Wie Brüssel unser Geld verpulvert S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 43 – 29. Oktober 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Hass auf Gaddafi: Zu wenig für einen staatlichen Neuanfang

Bild: F. Mori/dapd

Orient oder Okzident

Machtkampf in Libyen könnte zu einem Kampf der Kulturen werden

„Stunde Null“ in Libyen. Gaddafi ist tot und das Volk feiert seine vermeintliche Freiheit. Doch die Chancen für eine demokratische Zukunft des Landes, in dem sich unter der mehr als vier Jahrzehnte dauernden Herrschaft des Diktators keine Zivilgesellschaft hat herausbilden können, sind gering.

Alles dreht sich jetzt, da der gemeinsame Feind beseitigt ist, um die Frage, wer die Macht an sich reißen und damit das Schicksal des Landes bestimmen wird. In Libyen gibt es keine Organisationen, die für ein bürgerliches Leben stehen, statt dessen bestimmen traditionell verfeindete Stämme die tief gespaltene Gesellschaft. Bei dem Kampf um die Macht geht es auch um einen Kampf der Kulturen, um eine Auseinandersetzung zwischen den gemäßigten Kräften, die eine Modernisierung und Öffnung Libyens anstreben, und den Verfechtern eines fundamentalistisch-archaischen Weltbildes. Bald könnte sich der so oft beschworene Kampf zwischen Orient und Okzident mitten in dem arabischen Land als blutiger Bürgerkrieg abspielen. Die aus dem Machtkampf hervorgehende neue Führung muss die geographischen, ideologischen, religiösen und Stammesrivalitäten überwinden, wenn das Land eine demokratische Zukunft haben soll.

> Entwicklung in den Nachbarländern stimmt kaum optimistisch

Der vom Westen hofierte Nationale Übergangsrat, in dem sich die unterschiedlichen Kräfte unter dem gemeinsamen Ziel, Gaddafi zu beseitigen, zusammengeschlossen haben, hat als „Gesicht der Revolution“ ausgedient. Für die Gestaltung der Zukunft ist er ungeeignet, denn er ist zu sehr mit ehemaligen Funktionären des Gaddafi-Regimes durchsetzt. Sein Vorsitzender, Mustafa Abdel Dschalil, beispielsweise war unter Gaddafi Justizminister und hat dessen Unrechtssystem an führender Stelle repräsentiert. Ali al-Essawi diente dem Diktator als Wirtschaftsminister, Mahmoud Jibril leitete dessen Entwicklungsfonds, Schukri Ghanem verschaffte seinem Herrn als Ölminister Devisen und der ehemalige Innenminister Nassr al Mabruk Abdullah galt sogar als der zweite Mann in Gaddafis Machtapparat. Mit diesen Personen ist kein demokratischer Staat zu machen, zumal der Übergangsrat angekündigt hat, die Scharia zur Grundlage der Rechtsordnung zu machen.

Wie schnell der „arabische Frühling“ einer Eiszeit weichen kann, zeigt ein Blick in Libyens Nachbarländer. In Ägypten, das zu Jahresbeginn die Initialzündung zum Umsturz mit gegeben hatte, regiert Mubaraks ehemaliger Verteidigungsminister, der als archaisch und „reformresistent“ geltende Mohammed Tantawi, mit eiserner Hand. Christenverfolgung und der Anblick von Panzerwagen niedergewalzter Demonstranten lassen kaum Hoffnung auf Demokratie aufkommen. In Tunesien hat man den Diktator Ben Ali und seine Sippe zwar aus dem Land gejagt, die Demokratie lehnen viele Tunesier aber als die „Religion der Gottlosen“ ab. Statt eines Rechtsstaates sehen viele in Allah und dem Koran den Weg zur Lösung aller Probleme. Bei den ersten freien Wahlen am vergangenen Wochenende setzte sich die islamistische „En Nahda“-Bewegung als stärkste Kraft durch. Auch hier droht: Scharia statt Demokratie. *Jan Heitmann*

JAN HEITMANN:

Freiheit lernen

Das Streben nach Freiheit gehört seit jeher zu den Urinstinkten des Menschen. Freiheit fällt einem jedoch nicht in den Schoß, man muss sie sich verdienen. Das libysche Volk feiert überschäumend seine Freiheit, doch eigentlich hat es lediglich die Beseitigung der Gaddafi-Tyrannei zu feiern. Frei ist es noch lange nicht. Denn zur Gestaltung und Bewahrung der Freiheit gehört ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein. Menschen, die ihre Freiheit wiedererlangt haben, glauben leicht, dass sie endlich alles tun könnten, was sie wollen. Eine Freiheit, die dem Individuum das ermöglicht, gibt es jedoch nicht. Frei gewordene Menschen müssen lernen, sich so zu verhalten, dass die Freiheit erhalten bleibt. Dazu gehört die Beachtung der Rechte anderer, der Einsatz für das Große Ganze, ohne dabei eigennützige Interessen zu verfolgen, und Toleranz.

Der kollektive Jubel in Libyen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass von diesen Merkmalen von Freiheit nichts vorhanden ist. Im Internet kursieren zahlreiche Videos, auf denen zu sehen ist, wie „Freiheitskämpfer“ des Übergangsrates zur allgemeinen Volksbelustigung wehrlose Menschen brutal massakrieren, weil sie sie verdächtigten, Gaddafi-Anhänger zu sein. Der gefangene Diktator wird kurzerhand liquidiert, statt ihn in einem rechtsstaatlichen Verfahren seiner verdienten Strafe zuzuführen. Die unterschiedlichen Clans und Interessengruppen haben nur ihren eigenen Vorteil im Auge, die Zukunft des Landes interessiert sie nicht. So kann Freiheit nicht gedeihen. Die Libyer müssen Freiheit erst noch lernen. Gelingt ihnen das nicht, werden sie von einer Tyrannei in die nächste geraten.

Brüsseler Scheindemokratie

»Mehr Europa«? – Bundesbürger sind im EU-Parlament stark unterrepräsentiert

Die endlosen Streitereien über die sogenannten Rettungsschirme haben schwere Konstruktionsfehler von Euro-Zone und EU aufgedeckt. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten und Hoheitsrechte sind kaum noch tragfähige Einigungen zu erzielen. Als Lösung fordern immer mehr Verantwortliche, auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel: „Wir brauchen mehr Europa!“ Sprich: eine noch weitergehende „Integration“ auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.

Unklar bleibt jedoch, was darunter genau zu verstehen ist. Würde beispielsweise eine „Fiskalunion“ eingeführt, wo die Steuern aller EU-Bürger zusammenflössen, würde die Mehrheit der schwachen Länder letztlich über das Steuergeld der starken verfügen, weil die Zahlerländer deutlich in der Minderheit sind. Die Deutschen zählten mit Sicherheit zu den Hauptverlierern.

> Ein Malteser zählt so viel wie elf Deutsche

Zudem sind die europäischen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Ratspräsident oder die Leitungsgremien der Rettungsschirme alles andere als demokratisch gewählt. So entstünde also zudem ein verfassungsrechtliches Problem.

Dem wollen die Befürworter von „Mehr Europa“ mit einer Stärkung des EU-Parlaments begegnen. Doch auch hier steht es schlecht um grundlegende demokratische Prinzipien. So kommen in Deutschland mit seinen 99 Sitzen bei gut 81 Millionen Einwohnern mehr als 800 000 Bewohner auf einen Platz im Parlament. Malta verfügt hingegen mit seinen nur 418 000 Einwohnern über sechs Sitze, das heißt: Die Stimme eines einzigen Maltesers hat ein stärkeres Gewicht im EU-Parlament als die vom mehr als elf Deutschen. Und ab 2014 soll Deutschland auch noch drei Sitze einbüßen, während alle anderen Staaten ihre Parlamentsstärke behalten.

Würden die Deutschen mit Maltesern oder Luxemburgern (sechs Sitze bei 511 000 Einwohnern) gleichgestellt, müsste Deutschland mehr als 1000 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Sollte hingegen die Repräsentanz Luxemburgs und Maltas auf deutsches Niveau reduziert wurden, müssten sich die beiden Zwergstaaten einen einzigen Parlamentarier teilen. Damit könnte eine gerechte Vertretung der Wähler im Parlament hergestellt werden. Die Widerstände gegen eine solche Reform würden indes vermutlich schnell enthüllen, wie ernst es den Politikern der EU wirklich ist mit dem Aufbau eines „demokratischen Europas der Bürger“. *Hans Heckel*

Kein Stillstand

Putin gibt TV-Interview zu seiner Rückkehr

Wladimir Putin hat in der vergangenen Woche drei der größten russischen Fernsehsender ein TV-Interview gegeben, in dem er Gründe für seine geplante Rückkehr in den Kreml nennt. Putin bestellte gleich die Chefs der Sender zum Inteview: Konstantin Ernst vom „Ersten Kanal“, Oleg Dobrodejew von „WGTRK“ und Wladimir Kulistikow von der TV-Gesellschaft „NTW“.

Was war geschehen, das den Premier zu dem ungewöhnlichen Auftritt nötigte? Während sich im Westen niemand über Putins Ankündigung aufgeregt hatte – schließlich hatte man irgendwie die ganze Zeit damit gerechnet – wurde sie in Russland selbst äußerst negativ aufgenommen. Unmutsbekundungen gab es nicht nur in Internet-Foren, sie wurden auch in der realen Öffentlichkeit unverhohlen kundgetan. Putin wurde mit Breschnew verglichen, dem Land stünde eine neue Phase des Stillstands bevor, in der Wirtschaft würden wieder Staatspläne eingeführt. – Mit so viel Gegenwind hatte Putin nicht gerechnet. Im Interview stellte er sich selbst als Retter der Nation dar und wetterte gegen seine Gegner. Er verglich sich mit Staatschefs wie Franklin D. Roosevelt, Charles de Gaulle und Helmut Kohl, die ihre Länder ebenfalls über viele Jahre durch Krisenzeiten gelenkt hätten, ohne dass man sie dafür kritisiert habe. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Zwischenruf

Libyen – was nun?

Die Aufständischen in Libyen sind am Ziel. Im Bunde mit der Nato wurde das diktatorische System Gaddafi beseitigt. Der Diktator selbst kam beim Endkampf um die Stadt Sirte ums Leben.

Was wird aus Libyen? Die Zukunft des Landes ist ungewiss. Seine Städte und seine Infrastruktur sind – besonders im Norden – erheblich zerstört. Einige Küstenstädte des Landes sehen heute ebenso aus wie deutsche Großstädte im Frühjahr 1945. Fast 30000 Einsätze der Nato-Kampfjets haben „ganze Arbeit geleistet“. Der Westen – USA, Frankreich, Großbritannien – und die Aufständischen behaupten, dies sei das Werk der Gaddafi-Söldner. Eine reine Schutzbehauptung. Der Zorn der Betroffenen soll auf das untergegangene Regime gelenkt werden. Die gesamte Berichterstattung in Deutschland über den Bürgerkrieg in Libyen erinnert an die Kriegspropaganda der Siegermächte in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Die Nato habe Gaddafi in den Arm fallen müssen, damit dieser nicht sein Volk abschlachte. Assad in Syrien geht seit Monaten sehr viel härter gegen die eigenen Landsleute vor. Dennoch bleiben die Nato-Jets am Boden. Syrien ist kein reicher Ölstaat und Israel wünscht keine militärische Auseinandersetzung vor seiner Haustür. Assads Syrien ist für Israel berechenbar.

Gaddafi war ein skrupelloser Egozentriker, dem auch die Folterwerkzeuge nicht fremd waren. Auch die USA lassen foltern, notfalls geschieht dies in diktatorisch regierten Ländern. Gaddafi wurde im letzten halben Jahr in den Medien zu einem Teufel hochstilisiert. Der „Leibhaftige“ war er nicht. Libyen hatte bis zum Frühjahr 2011 das höchste Pro-Kopf-Einkommen und die geringste Kindersterblichkeit Afrikas. Libyen, in Zukunft eine freie Demokratie nach westlichem Vorbild? Die Islamisten im Wüstenstaat werden es zu verhindern wissen.

Wilhelm v. Gottberg

Bei Relativierung droht Knast

Leugnen und Verharmlosen von Totalitarismusverbrechen wird in der EU zunehmend bestraft

Die Leugnung von Verbrechen des Nationalsozialismus steht als Straftatbestand in den meisten Gesetzesbüchern der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Andere Völkermorde hingegen können in den meisten anderen Staaten noch ungestraft geleugnet werden. Seit einiger Zeit ist die europaweite Debatte um die Bestrafung von sogenannten Meinungsstraftaten jedoch weiter in Gang gekommen.

Ein EU-Rahmenbeschluss aus dem Jahr 2008 verfügte bereits, dass Zweifel an der offiziellen Version der Geschehnisse in Srebrenica während des Bosnien-Krieges strafbar sind. Der EU-Beschluss wurde seinerzeit unter Vorsitz der deutschen Justizministerin Brigitte Zypries gefasst und richtete sich eigentlich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Großbritannien und Dänemark hatten bis zuletzt Widerstand geleistet, sich dann aber gefügt. Auch Litauen war mit den Zypries-Vorschlägen unzufrieden. Dort wollte man die Strafbarkeit der Leugnung stalinistischer Verbrechen durchsetzen. Was europaweit zunächst nicht gelang, ist nun in einigen Ländern nationales Recht geworden.

Heute ist in Ungarn, Litauen und Polen die Verharmlosung sowjetischer Verbrechen strafbar. Auch in der Tschechischen Republik gibt es jetzt eine ähnliche Rechtsvorschrift, das „Gesetz gegen die Unterstützung und Förderung von Bewegungen, die Menschenrechte und Menschenfreiheiten unterdrücken“. In Paragraf 261a wird ausgeführt: „Wer der Nazi- oder kommunistischen Genozid“ oder andere Verbrechen der Nationalsozialisten und Kommunisten „öffentlich verneint, in Zweifel zieht, billigt oder zu rechtfertigen versucht, ist mit einer Freiheitsstrafe zwischen sechs Monaten und drei Jahren zu bestrafen.“ Der Paragraf 269/C des ungarischen Strafgesetzbuches lautet: „Wer vom kommunistischen System begangenen Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, in Zweifel zieht oder in ihrer Bedeutung



Kommunistische Verbrechen dürfen nicht mehr geleugnet werden: Gulag-Ausstellung in Wilna Bild: reuters

herabmindert, wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren belegt.“

Die Ahndung von „Wortverbrechen“ nahm in Deutschland ihren Anfang. Mit dem Paragrafen 130 des Strafgesetzbuches, dem sogenannten „Volksverhetzungsparagrafen“, war die Bundesrepublik europaweit Vorreiter auf dem Feld der Gesinnungsjustiz. Mehrfach verschärft, erhielt die Norm 1994 einen Absatz 3 angefügt, der speziell die Leugnung des Völkermordes an den Juden unter Strafe stellte. Vorläufiger Höhepunkt der

> Deutschland war hierbei Vorreiter

Entwicklung war am 1. April 2005 das Inkrafttreten des Absatzes 4, der nun auch die Billigung oder Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft unter Strafe stellt.

Der Tscheche Václav Havel forderte am 3. Juni 2008 in der Prager Deklaration: „Wir brauchen ein übergreifendes europäisches Verständnis der totalitären Regime des Nationalsozialismus und des Kommunismus, die jedes für sich wegen ihrer eigenen fürchterlichen zerstörerischen Taten, ihrer systematischen Form des Terrors, der Unterdrückung aller zivilen und menschlichen Freiheiten, dem Anzetteln von Aggressionskriegen ... verurteilt gehören“. Schließlich wandten sich die Außenminister von Litauen, Lettland, der Tschechischen Republik, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens im Dezember 2010 an die EU-Justizkommissarin Viviane Reding, EU-weit die Leugnung kommunistischer Verbrechen unter Strafe zu stellen. Die war mit einer abschlägigen Antwort rasch bei der Hand und gab zur Begründung, es gäbe überhaupt nur zwei Mitgliedsstaaten, nämlich die Tschechische Republik und Polen, die nationale Rechtslagen aufweisen, um die Leugnung kommunistischer Straftaten rechtlich zu ahnden.

Gesinnungsstrafrecht ist problematisch. Es stellt lediglich Gedanken, Meinungen, Ansichten oder Äußerungen, nicht aber Taten unter Strafe. Nicht selten bleibt es der Rechtsprechung überlassen, zu definieren, was Leugnung oder Verharmlosung ist. Gerade die letzte Begrifflichkeit ist ein dehnbarer Begriff. Während die politische Linke hierzulande mit dem Schlachtruf: „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen“ versucht, ihr nicht genehme Meinungen zu kriminalisieren, empfindet sie die Anwendung gleicher oder ähnlicher Bestimmungen gegen kommunistische Gesinnung als ungerecht. Hannes Hofbauer lamentiert nun in seinem Buch: „Verordnete Wahrheit, bestrafte Gesinnung“ über die sich abzeichnende Entwicklung und schreibt von einer „Unkultur der Diskussionsverbote“. Das linke Netzwerk „Intifada“ ereifert sich: „Voraussetzung für diese Art der Gesinnungsjustiz ist laut EU-Rahmenbeschluss, dass eine ‚rechtskräftige Entscheidung eines internationalen Gerichts‘ vorliegt, das eine Untat als Völkermord eingestuft hat. Gerade im Fall der südslawischen Bürgerkriege ist beispielsweise mehr als zweifelhaft, ob diese Voraussetzung gegeben ist.“ Auch Katharina König von der Linksfraktion im Thüringer Landtag, hat plötzlich etwas gegen Meinungsverbote: „Innerhalb einer Demokratie gilt es, sich für das Recht auf freie Meinungsäußerung einzusetzen, und nicht, Forderungen zu erheben, welche dieses einschränken würden.“

Das Problem: Meinungsfreiheit kann es nicht nur für die eine oder andere Gesinnung oder Denkschule geben, sondern entweder ganz oder gar nicht. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass der politischen Linken die von ihr selbst herbeiskandierte Einschränkung nun auf die Füße fällt. *Theo Maass/J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Teuer und bedenklich

Seit 1950 haben sich die staatlichen Zuschüsse für die Bundestagsfraktionen ver-450-facht. In Bund und Ländern erhalten die Fraktionen nach meinen Recherchen schon jetzt insgesamt 400 Millionen Euro vom Staat, einschließlich der Bezahlung der Abgeordnetenmitarbeiter.“ Auf diesen Tatbestand verweist der Verwaltungsrechtsprofessor Hans Herbert von Arnim in einem „Spiegel“-Interview. Abgesehen davon, dass das Geld Deutschlands Schulden vermehrt, sieht Arnim in dieser versteckten Parteienfinanzierung auch eine Wettbewerbsverzerrung, da nur die etablierten, bereits in den Parlamenten vertretenen Parteien, hiervon profitieren und neuen Bewegungen damit der Aufstieg erschwert wird. *M.R.*

2.075.882.435.679 €

Vorwoche: 2.074.845.210.831 €
Verschuldung pro Kopf: 25.409 €
Vorwoche: 25.396 €

(Dienstag, 25. Oktober 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Auf schwankendem Boden

Türkische Wachstumsraten primär durch private Verschuldung

Europa braucht die Türkei – dieser Satz ist immer wieder zu hören, teils vom türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan persönlich, teils auch von Politikern in der EU. Wer ihn erfunden hat, ist nicht bekannt, aber tatsächlich ist ein Markt mit rund 77 Millionen Konsumenten ebensowenig zu unterschätzen wie Wachstumsraten von an die zehn Prozent pro Jahr.

Doch selbst wenn man alle anderen Aspekte eines EU-Beitritts der Türkei beiseite schieben will – bezeichnenderweise finden sich bei der Suche nach aktuellen Nachrichten zum Stichwort Türkei allen voran Fußballmeldungen – steht es um die Wirtschaft nicht ganz so rosig, wie es aussehen mag. Meldungen, dass die Bankenaufsicht die Verwendung von Kreditkarten drastisch einschränken will, kamen daher „überraschend“. Aber wie im Kleinen, so im Großen: Die Konsumenten kaufen, was immer geht, auf Raten, und das Land insgesamt hat ein notorisch hohes Leistungsbilanzdefizit.

Das „Anschreibenlassen“ hat zwar Tradition, basiert aber auf persönlichem Vertrauen zwischen Käufer und Verkäufer, was beim Ratenkauf, der heute über Kreditkarten erfolgt, nicht unbedingt mehr der Fall ist. Und bei Kreditkosten, die selbst unter Berücksichtigung der hohen Inflationsrate drastisch überzogen sind, verlieren viele die Übersicht: Nach Abzug der Monatsraten verbleibt ihnen kaum noch etwas fürs tägliche Leben. Kurz gesagt, das Wachstum ist auf Pump, und die private Verschuldung liegt bereits bei rund 200 Milliarden Euro. Die Beschränkungen für Konsumentenkredite, die von den Banken nun umgesetzt werden, müssen also zwangsläufig auch den Konsum drosseln und sich entsprechend auf die Konjunktur auswirken.

> Anschreiben lassen hat in der Türkei Tradition

Der Tourist bemerkt davon natürlich nichts und hat in gepflegten Badeorten oder in Großstädten, vor allem in Istanbul, meist auch sonst nur die besten Eindrücke. Die gewaltige Bautätigkeit scheint sichtbares Signal einer blühenden Wirtschaft zu sein. Dass alles auf Kredit und nicht selten unter Vernachlässigung von Sicherheitsbestimmungen errichtet wird, bleibt dem Blick verborgen.

Türkei-Reisende, die sich weiter ins Landesinnere oder gar bis in die Osttürkei mit den von der Zentralregierung bewusst vernachlässigten Kurdengebieten verirren, bringen andere Eindrücke mit. Auffallend ist die drastisch unterentwickelte Infrastruktur, etwa bei Bahnen und Straßen, und dort, wo ausgebaut wurde, steht meist ein Hinweis auf Mitfinanzierung durch die EU. Selbst auf der Autobahn Istanbul-Ankara bleibt aber der Verkehr trotz spottbilliger Maut ziemlich dünn, denn bei mitteleuropäischen Treibstoffpreisen überlegt sich jeder Privatmann, wie viele Kilometer er fährt.

Warum also sollte Europa ein Land „brauchen“, das bereits jetzt beträchtliche Zuwendungen erhält und in der EU der mit Abstand größte Netto-Nehmer wäre? Ganz abgesehen davon, dass die Türkei – auch im übertragenen Sinn – ein Erdbebengebiet höchster Kategorie ist. *R. G. Kerschhofer*

Junckers Oase

Luxemburg fördert Steuerhinterziehung

Noch im Jahr 2009 konnte der luxemburgische Premierminister und „Vorzeige-Europäer“ Jean Claude Juncker verhindern, dass Luxemburg beim Londoner G20-Gipfel auf die Liste der Länder gesetzt wurde, die Steuerflucht begünstigen. Die Brandmarkung als Steueroase wurde im letzten Moment durch eine teilweise Aufhebung des Bankgeheimnisses abgewendet. Junckers Hoffnung, dass damit Ruhe um die Diskussion um den Finanzstandort Luxemburg eingekehrt ist, dürften sich jedoch als trügerisch herausstellen.

> »Vorzeige-Europäer« blockiert Änderungen

Behörden in Nordrhein-Westfalen haben für vier Millionen Euro Daten von 3000 deutschen Kunden der luxemburgischen Niederlassung der HSBC Trinkaus & Burkhardt-Bank angekauft, aus denen sich 1200 Verfahren wegen Steuerhinterziehung ergeben könnten. Während Veränderungen am luxemburgischen Steuerrecht bisher regelmäßig von Juncker mit dem Argument des „legitimen Steuerwettbewerbs“ abgebügelt wurden, macht er seit Jahren immer wieder mit Forderungen für neue Steuern auf europäischer Ebene von sich Reden: Im Jahr 2005 sollte es zum Beispiel eine „Europa-Steuer“ sein. Aktuell sind Euro-Bonds und eine Finanztransaktionssteuer, deren Erlöse nach Brüssel fließen sollen, die Lieblingsideen von Juncker. Obwohl es nicht einmal der Schweiz gelungen ist, das Bankgeheimnis aufrechtzuerhalten, bietet EU-Mitglied Luxemburg immer noch zu Lasten der Nachbarländer vielfältige Möglichkeiten für Steuerhinterziehung. Junker konnte zum Beispiel verhindern, dass Luxemburg in den automatischen Informationsaustausch zwischen den europäischen Steuerbehörden einbezogen wird. Die erhobene Quellensteuer auf Zinserträge ließ sich bisher leicht durch eine Anlage in Aktien umgehen. Die von den nordrhein-westfälischen Behörden angekauften Daten von Kunden der HSBC Trinkaus & Burkhardt könnten indes nur ein Vorgeschmack sein. Die Bank gilt zwar als feine Adresse, aber eher als „kleiner Fisch“. Bis auch Kundendaten von Großbanken den Steuerfahndern angeboten werden, dürfte nur eine Frage der Zeit sein. *N.H.*

Falsch wie damals

Von Vera Lengsfeld

Seit Beginn der Finanzkrise 2008 liegt die europäische Öffentlichkeit unter ideologischem Dauerbeschuss: Die Krise sei der Marktwirtschaft inhärent, sie sei durch einen ungezügelten Kapitalismus verursacht und durch die Gier des Finanzsektors verschlimmert. Das Ende der Marktwirtschaft sei gekommen, ein starker Staat müsse den Markt endlich zähmen. Fast genau dieselben Vorwürfe wurden um 1929 herum erhoben, vor allem, dass kein Ökonom die Krise habe kommen sehen, die Ökonomie also versagt habe.

Das war damals so falsch, wie es heute ist. Sehr wohl haben die Vertreter der „Wiener Schule der Ökonomie“ in den Jahren vor 1929 gewarnt. Sie haben die Weltfinanzkrise im Voraus beschrieben. Auf diese Ökonomen wurde damals ebenso wenig gehört wie auf die Ökonomen heute, die seit Jahren, ja Jahrzehnten vor den Folgen einer ungehemmten Schuldenpolitik, wie sie sich in den westeuropäischen Staaten seit Beginn der 70er Jahre entwickelt, warnen.

Zum Beispiel Prof. Charles Blankart, der in der Humboldt-Universität eine brillante öffentliche Vorlesung „Politische Ökonomie der Eurokrise. Wege in die Krise – Wege aus der Krise“ hielt. Leider haben Kanzlerin Merkel und ihr Euro-Rettungsteam, das täglich kontraproduktiver wird, nicht zugehört.

Sie hätten lernen können, dass nicht Marktversagen zur Krise geführt hat, sondern dass die Politik die Märkte gehindert hat, die Folgen politischer Fehlentscheidungen zu beheben. Im Wettbewerb der europäischen Währungssysteme zeigte sich, dass die „Stabilitätssysteme“ wie Deutschland und Holland den „Inflationssystemen“ wie Frankreich und die Südländer überlegen waren.

Wenn Deutschland nun für 255 Mrd. bürgen soll, sind das 115 Prozent der jährlichen Steuereinnahmen. Unsere Schuldenquote beträgt damit 92 Prozent des BIP. Zum Vergleich: In Griechenland liegt die Quote bei 150 Prozent.

Deutschlands Kreditwürdigkeit ist bereits beschädigt. Nicht umsonst gibt es in der EU Überlegungen, den Ratingagenturen zu verbieten, Länder zu bewerten. Indem man nicht mehr darüber sprechen darf, wird sich das Überschuldungsproblem allerdings nicht beseitigen lassen. Für Blankart gibt es nur eine Lösung: Keinen permanenten Rettungsschirm. Er ist überzeugt, dass es keine Ansteckung der Volkswirtschaften für Pleiten gibt, sondern nur eine Ansteckungsgefahr der Hilfsprogramme. Sobald Länder in Schwierigkeiten geraten, werden sie sich mehr auf die Hilfszahlungen als auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Am Ende könnte auch der Zusammenbruch des Euro stehen oder der Austritt Deutschlands aus der Währung. Für Blankart keine Tragödie. Europa ist so viel mehr, als seine verunglückte Einheitswährung. Das Ende des Euro wird nicht das Ende Europas bedeuten, sondern ein Anfang für ein besseres Europa.

Rot-Schwarz hat große Pläne

Berlin soll »Modellstadt« werden: Milliarden, um Kreative an die Spree zu locken



Mitten in Berlin klaffen auch 20 Jahre nach der Wende noch große Baulücken: Großbaustelle Leipziger Platz

Bild: Ullstein

Mit kostspieligen Projekten will der neue Senat Berlins Ausstrahlung als Kulturstadt stärken. Bei der architektonischen Gestaltung der immer noch von Krieg und Teilung durchlöcherten Metropole zeigen sich die Verantwortlichen indes recht ratlos. Architekten üben scharfe Kritik.

Berlin soll Modellstadt werden, verkünden SPD und CDU im Rahmen ihrer Verhandlungen um ein Regierungsbündnis im Land Berlin. Doch die hohen Ansprüche beider Parteien, sichtbar in gemeinsamen Verlautbarungen, droht die Möglichkeiten der mit 60 Milliarden Euro verschuldeten Metropole zu sprengen: 270 Millionen Euro für eine neue Zentralbibliothek sind geplant. Ein „Musik-Board Berlin“ soll überdies als „zentraler Ansprechpartner für Belange der Szene“ die Kreativen in der Stadt halten oder anlocken. Der Umsatz der Berliner Musikindustrie wird auf eine Milliarde Euro jährlich geschätzt.

Beide Vorhaben sollen erst der Anfang sein: Schon vor der Wahl hatte die Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten bekanntgegeben, die Kulturausgaben trotz Sparzwang zu erhöhen und damit den selbstauferlegten minimalen Ausgabenzuwachs zu brechen. Ebenfalls noch vor der Wahl hatte der rot-rote Senat den Neubau einer Metropolenbibliothek abgesegnet. Der Bau soll nicht nur zentrales Archiv für Bücher sein, sondern auf dem stillgelegten Flughafen Tempelhof modernste Multimediatechnik bieten. Stadtteilbibliotheken bleiben dagegen im Sparkorsett und schließen um 19 Uhr.

Der Bibliotheksneubau gilt als Lieblingsprojekt von Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Noch im Wahlkampf hatte die CDU das als „unsinnig und nicht zu finanzieren“ bezeichnet. Nun gibt sie ihr Okay. Im Gegenzug für die Zustimmung zum SPD-Projekt will die Union einen symbolischen Spatenstich am Stadtschloss noch in diesem Jahr statt erst 2013, wie bisher vorgesehen. Beide Parteien stellen „uneingeschränkte Unterstützung“ für den Plan in Aussicht, das 1950 gesprengte Gebäude wieder zu errichten. Berlins rund 32 Millionen Euro schwerer Anteil daran scheint somit sicher.

Möglich ist, dass eine von der SPD ins Gespräch gebrachte Bettensteuer, die sogenannte City Tax, weiteres Geld für dieses und andere Kulturprojekte liefern soll. Noch aber lehnt die CDU diese fünfprozentige Übernachtungssteuer für Berlin-Touristen ab. Zwischen den Verhandlungspartnern umstritten ist auch eine neue Kunsthalle. Die CDU hofft hier auf den Einsatz privater Investoren.

> »Bettensteuer« soll die Projekte finanzieren helfen

Während die angehende Koalition großzügig Kultur plant, sogar finanzielle Unterstützung für durch Lärmklagen von Anwohnern bedrohte Clubs über das neue „Musik-Board Berlin“ erwägt, flammt in der Stadt der Streit ums rechte architektonische Maß wieder auf. Der Berliner Architekt Tobias Nöfer attackiert den baulichen Zeitgeist. Dem Vorstandsmitglied im Berliner Architekten- und Ingenieur-Verein (AIV) missfällt ein Galerie- und Büro-Gebäude auf dem Kunst-Campus am Hauptbahnhof.

Nöfer tadelt den „Hang zur Schießscharten-Architektur“. Die Gebäude seien phantasielos, weil sie nach neuer Berliner Mode allen nur denkbaren Ansprüchen zugleich genügen sollen: „Dazu gehört auch die fast einheitliche Breite der Fenster“, so Nöfer. Senatsbaudirektorin Regula Lüscher verteidigt indes den aktuellen Baustil: „Ein Bürobau muss zunächst funktional sein, deshalb bietet sich das Raster an. Aber wenn man genau hinschaut, erkennt man deutliche Unterschiede“, sagte sie jüngst der Tageszeitung „B.Z.“. Als Gegenbeispiel nannte Lüscher den Leipziger Platz, wo das mit 450 Millionen Euro aktuell wohl teuerste private Bauwerk der Spreemetropole entsteht. Aufgelockerte Fassaden, Säulen, Schmuck – das spreche beim dortigen Einkaufskomplex gegen den Raster-Vorwurf, so Lüscher.

Zum ersten Spatenstich war im Januar Bürgermeister Klaus Wowereit erschienen und hatte seinerseits architektonische Forderungen erhoben. Überhaupt erlebt Berlin als Kultur- und Baustandort derzeit viel Aufmerksamkeit: Just hat der britische Architekt David Chipperfield für den umstrittenen, weil Kriegsschäden zeigenden Wiederaufbau des Neuen Museums den Deutschen Architekturpreis erhalten, bezeichnenderweise ein Projekt des Bundes. Zwar wurde auch das Berliner Architekturbüro Staab ausgezeichnet, allerdings für den Bau des Albertinums in Dresden.

Berlins Architekturstreit ist kein Zwist auf hohem Niveau oder ein Streit zwischen zugereisten und einheimischen Planern um lukrative Aufträge. Am Leipziger Platz baut beispielsweise der Berliner Star-Architekt Sergei Tchoban als Partner. Das Vorhaben Leipziger Platz, „das die Stadt dringend braucht, wegen der Arbeitsplätze und Perspektiven“, so Wowereit, steht beispielhaft für das Problem der Berliner Politik. Sie hat sich verzettelt. Im Frühjahr hatten Hauptstadtarchitekten diese Art Entwicklungspolitik bereits aufs Korn genommen. Star-Architekt Hans Kollhoff warf der Verwaltung „Versagen“ vor und Meinhard von Gerkan, Architekt des Hauptbahnhofs, sagte, im Umfeld seines Baus entstehe „die primitivste, billigste und ordinärste Architektur“. Insgesamt gebe es zu wenig offenen Wettbewerb und keine Vorstellung, was aus den Quartieren werden könne, mahnten damals junge wie alte Architekten.

Die Kritiker fordern also vor allem mehr Klarheit. Doch statt klarer Vorstellungen, was Vorrang hat, will die Politik die Kulturszene offenbar weiter mit kurzatmigen Ideen halten, so wird moniert. *Sverre Gutschmidt*

»Union« bleibt gespalten

Woran die Wiedervereinigung eines Berliner Fußballklubs scheiterte

Die Teilung Berlins durch den Mauerbau der Kommunisten hat viele Spuren hinterlassen, die noch immer schmerzen. Sogar beim Fußball sind noch heute Folgen des Mauerbaus spür- und sichtbar. Ausgerechnet der Berliner Kult-Klub „Union“ leidet bis in unsere Tage unter Folgeerscheinungen von Zwangsmaßnahmen der DDR.

Die Spaltung begann 1950, als die Spieler von „Union“ vom „Deutschen Sportausschuss“ im sowjetischen Sektor keine Interzonenpässe bekamen, um in der damals noch gesamtdeutschen Meisterschaft ein Spiel gegen den Hamburger SV auszutragen. Am 9. Juni 1950 kam es daher im Süd-ost-Kasino in Berlin-Tiergarten zur Gründung des Sportklubs SC Union 06, der seine Heimspiele im Poststadion in West-Berlin austrug.

Die Leistungsträger zogen in den Westteil der Stadt um, die Fans fuhren zu den Heimspielen mit der S-Bahn ins Poststadion. Noch am Tag des Mauerbaus flüchteten zwei Spieler von SC Union 06 in den Westen. Die „Union“ im Ostteil der Stadt blieb der SED-Führung daraufhin suspekt. Erst wurde der Verein diskriminiert, dann aufgelöst und erst 1966 wieder neu gegründet. „Union“ mit seinem Stadion an der Alten Försterei in Köpenick war ein Ost-Club der besonderen Art. Hier trafen sich zu DDR-Zeiten all diejenigen, die mehr oder weniger in Opposition zur SED standen.

> Bis zum Mauerbau waren sie eins

Nach Maueröffnung und Wiedervereinigung Berlins wurden mehrere Anläufe einer Fußballwiedervereinigung unternommen. In der Saison 1992/93 stellte der FC Union seine Jugendabteilung dem SC Union zur Verfügung, dessen 1. Mannschaft so verstärkt in die Verbandsliga aufsteigen konnte. Aber weiterführende Aktivitäten versickerten.

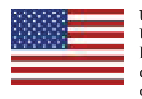
1995/96 fusionierte SC Union dann mit dem Ostklub SC Oberschöneweide statt mit dem FC Union, der damals Lizenzprobleme mit dem DFB hatte. Anschließend stritt man um Geld. Es ging um das Erbbaurecht im Stadion an der Alten Försterei.

Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 wollten die Vereinsgewaltigen nach dem Motto: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ einen neuen Anlauf unternehmen. Aber auch daraus wurde nichts. SC Union spielt nun Klassen tiefer als der FC Union in der 3. Staffel der Bezirksliga. Ein trauriges Beispiel dafür, wie schwer die Wunden der deutschen Teilung mancherorts heilen. *Hans Lody*

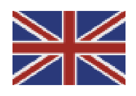
So machen es die anderen



Schweden: Seit der Abschaffung der Staatskirche im Jahr 2000 heißt die Kirchensteuer nun „Kirchenbeitrag“. Er wird von staatlichen Steuerbehörden eingezogen. Auch Unternehmen müssen diesen Beitrag bezahlen. In anderen skandinavischen Ländern, wie beispielsweise in Dänemark, finanziert der Staat aus Steuermitteln etwa drei Fünftel des Kirchenhaushaltes. Zusätzlich kann jede Kirchengemeinde eine Kirchensteuer von ihren Mitgliedern erheben. Die lutherischen Kirchen erreichen so vergleichbare Einnahmen wie die Kirchen in Deutschland.



USA: In den USA gibt es keine Kirchensteuer oder direkte Staatsunterstützung für christliche Kirchen. Die meisten Gemeinden erwarten von ihren Mitgliedern Spenden in Höhe des „Zehnten“, also zehn Prozent des Nettoeinkommens. In der Realität sind die wenigsten Christen aber bereit, ihre Kirchen so großzügig zu unterstützen und geben eher fünf bis sieben Prozent ihres Einkommens. Dieses System führt zu einer sehr guten Finanzausstattung der Gemeinden, die weit über den deutschen Verhältnissen liegt.



Großbritannien: Auf den britischen Inseln wurde die Anglikanische Kirche nie wie in Frankreich oder Deutschland durch die Säkularisation enteignet. Daher besitzen anglikanische Gemeinden und Kirchen oft ein erhebliches Vermögen. Sie können bis zu zwei Drittel ihrer Ausgaben durch eigene Einnahmen finanzieren. Für das restliche Drittel sind die Pfarrgemeinden jedoch auf Spenden der Gottesdienstbesucher angewiesen. Sinkt der Kirchenbesuch auf unter 50 Personen, ist daher oft die Schließung einer Gemeinde unumgänglich.



Italien: Ähnlich wie in Spanien muss jeder Italiener eine obligatorische Kirchen- und Kultursteuer in Höhe von 0,8 Promille („otto per mille“) bezogen auf das Bruttoeinkommen bezahlen. Jeder Bürger kann entscheiden, welcher Religionsgemeinschaft die Steuer zufließen soll oder ob sie der Staat für soziale und kulturelle Aufgaben, die sogenannten „anderen Zwecke“, verwenden darf. Über 80 Prozent der Italiener entscheiden sich bisher für die katholische Kirche.



Frankreich: In unserem Nachbarland ist die Kirche seit der Französischen Revolution völlig verarmt. Der Staat sorgt zwar für die Renovierung und auch den Neubau von Kirchengebäuden; die Priester und Pastoren sind aber allein auf die Spenden der Gemeindemitglieder angewiesen, weswegen sie oft unter dem Sozialhilfeniveau leben müssen. Dennoch ist die katholische Kirche in Frankreich sehr lebendig: Viele neue Klöster und kirchliche Bewegungen sind dort in den letzten Jahrzehnten entstanden; an Wallfahrten nehmen Zehntausende junger Menschen teil. *HEB*

»Wenn das Geld im Kasten ...«

Päpstliche Kritik an Kirchensteuer schlägt hohe Wellen

Mit einem Paukenschlag endete der jüngste Deutschland-Besuch von Papst Benedikt XVI. In seiner Freiburger Konzerthaus-Rede kritisierte das Oberhaupt der katholischen Kirche die „Verweltlichung“ seiner deutschen Heimatkirche und meinte damit offenkundig auch den staatlichen Kirchensteuereinzug, wie aus Rom bestätigt wurde.

Dem gastgebenden Erzbischof Robert Zollitsch, gleichzeitig Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, kam diese Thematik äußerst ungelegen. Eilig versuchte er, diese Interpretation der päpstlichen Worte zu dementieren. Doch seit mindestens drei Jahren ist es kein Geheimnis mehr, dass der Vatikan der deutschen Praxis des staatlichen Kirchensteuereinzugs kritisch gegenübersteht. Während Bischof Zollitsch an der „bewährten Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche“ am liebsten nichts ändern möchte, verfolgt der Vatikan eine andere Linie. Insider werten die päpstlichen Worte auch als Kritik an den Reformvorstellungen (Dialog-Prozess) von Zollitsch, die der Papst mit keinem Wort erwähnte. Stattdessen sprach Benedikt von einer „einfachen und armen Kirche“, die das Evangelium glaubwürdiger verkündigen könne.

In der Kirchengeschichte ist eine solche Kritik durch den Papst ziemlich einmalig. In der Reformationszeit war es Martin Luther, der die damalige Praxis einer päpstlichen Geldsammlung für den Petersdom als „Ablasshandel“ kritisierte und damit die Reformation auslöste. Heute beurteilen Katholiken wie der „Spiegel“-Autor Matthias Matussek die Kirchensteuer als „modernen Ablasshandel“. Es könne und dürfe nicht sein, dass das ewige Heil in Christus nur gegen eine Steuerzahlung gewährt werde und andernfalls die Exkommunikation drohe. Anfang Oktober, bei einem Vortrag in Berlin, warnte Matussek davor, dass man nicht „Christ per Abbuchungsauftrag“ sein könne. Die Kirche habe zuerst den Auftrag, die Frage nach Gott konsequent anzusprechen. Daher sei es gut, wenn die Kirche in Deutschland „ärmer, weniger glänzend, weniger bürokratisch, aber dafür engagierter“ werde.

> Benedikt: Arme Kirche kann Evangelium glaubwürdiger verkünden

Moderater äußerte sich der katholische Philosoph Robert Spaemann. Er nannte die Papstkritik am Kirchenapparat „zutreffend“. Dass den Gläubigen ein angemessenes Opfer als Beitrag für die Kirche zugemutet werde, sei „in Ordnung“. Das Skandalöse am deutschen Modell sei aber, dass man exkommuniziert werde, wenn man keine Kirchensteuer mehr bezahle. Wenn ein Priester die Auferstehung Jesu leugne, dann passiere nichts, aber wenn es ans Geld gehe, dann werde es ernst.

Auf diesem Ohr müssten evangelische Kirchenvertreter auf Grund der Reformationsgeschichte eigentlich besonders hellhörig werden. Doch bisher schweigen Kirchenfunktionäre und Bischöfe zu dieser Thematik weitgehend. Die Kirchensteuer gilt als Achillesverse aller evangelischen Landeskirchen. Auf Grund hoher Unzufriedenheit und geringem Teilnahmeverhalten – nur 3,8 Prozent aller Evangelischen besuchen den Sonntagsgottesdienst – fürchten evangelische Kirchenführer einen massiven Einbruch von Einnahmen bei einem Wegfall der Kirchensteuer oder ihres staatlichen Einzuges. Im evangelikalen Nachrichtendienst „Idea“ hat derweil eine lebhafte Diskussion um die Kirchensteuer begonnen. Selbst Befürworter wie der Theologieprofessor Axel Denecke, der die Kirchensteuer für ein Zeichen der „inneren Glaubwürdigkeit der Kirche“ hält, sehen den „anonymen und unpersönlichen Einzug durch den Staat“ als Problem. *Hinrich E. Bues*



Klingelbeutel traditioneller Art: Neben dem Bankeinzug der Kirchensteuer ist heute auch elektronische Kollekte möglich Bild: Ullstein

Mehr als nur ein Streit ums Geld

Was wie ein kurioser Streit um Geld aussieht, hat für den Freiburger Professor und katholischen Kirchenrechtler Hartmut Zapp einen tieferen Hintergrund. Ausgerechnet im Bistum des Vorsitzenden der Bischofskonferenz erklärte der streitbare Mann 2007 vor den staatlichen Behörden seinen Entschluss, nicht mehr der römisch-katholischen Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts angehören zu wollen. Gleichzeitig aber schickte er an das Bistum einen Brief und bestand darauf, dass er weiterhin Mitglied der römisch-katholischen Kirche als Glaubensgemeinschaft sein wolle. Das Bistum bestätigte den Wunsch Zapps und machte die automatische Exkommunikation rückgängig. Gleichzeitig erklärte das Bistum jedoch, dass damit der Austritt Zapps ungültig geworden sei und er nach wie vor Kirchensteuer zu zahlen habe. Damit drehte sich die Sache im Kreise.

> Kirchenmitglied nicht ohne Steuern?

Die Frage ist: Kann eine staatliche Behörde über eine Kirchenmitgliedschaft entscheiden? Nach dogmatischer Auffassung kann man in die Kirche nicht wie in einen Verein eintreten oder aus dieser austreten. Nur durch die Heilige Taufe – also letztlich von Gott selbst – kann ein Mensch in die Kirche aufgenommen werden. Nur durch die Absage vom Glauben kann man die Kirche wieder verlassen.

Zapp geht nun durch mehrere gerichtliche Instanzen, wie es sich für einen Juristen geziemt. Auf seiner Seite sieht er eine Erklärung der vatikanischen Behörde für Gesetzestexte vom 13. März 2006, wo diese Frage eigentlich verbindlich für alle katholischen Bischofskonferenzen weltweit und im Sinne Zapps geklärt ist. Doch bisher stellen sich die deutschen katholischen Bischöfe noch quer. *HEB*

Fiskalisches Unikum

Staatlich eingezogene Kirchensteuer eine Folge der Säkularisation

Eine Kirchensteuer, die von staatlichen Steuerbehörden eingezogen wird, ist relativ selten auf der Welt zu finden. Sie existiert fast nur noch im deutschsprachigen oder nordeuropäischen Raum. Weltweit finanzieren sich über 80 Prozent der christlichen Kirchen über freiwillige Beiträge oder Spenden.

Die Sonderstellung der Kirchensteuer erklärt sich aus der Säkularisation von 1803. Im Zuge der napoleonischen Eroberung verloren die Kirchen beider Konfessionen nahezu ihren gesamten Besitz, aus dessen Einkommen sie bisher die Kirchengebäude und Gehälter ihrer Priester und Pastoren finanziert hatten. Von diesen Enteignungen ausgenommen blieb nur das sogenannte „eigentümliche Kirchengut“, das der Seelsorge, der Caritas und dem Unterricht dienen sollte. Aus den Pfründen und Kirchenstiftungen konnten zunächst die notwendigen Ausgaben leidlich bestritten werden, was sich aber in den folgenden Jahren und Jahrzehnten änderte. Die Industrialisierung und Landflucht, revolutionäre Bewegungen und Kriege sorgten für eine Verarmung der Kirchen, die ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen konnten. So begann Lippe-Detmold 1827 mit der Einführung einer Kirchensteuer, die 1808 in Preußen noch gescheitert war. 1831 folgten Oldenburg und 1835 (durch die rheinisch-westfälische Kirchenordnung) die preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen. Sachsen schloss sich 1838, Hessen 1875, Baden 1888, Bayern 1892 und als letztes Land 1905/1906 das übrige Preußen an.

> Viele soziale Leistungen werden von den Kirchen finanziert

Kirchenkritische, liberale und sozialistische Kräfte konnten es nicht verhindern, dass die Kirchensteuer im Jahr 1919 in den Artikel 137,6 der Weimarer Reichsverfassung aufgenommen und so die entsprechende Regelung aus der Kaiserzeit beibehalten wurde. Auch das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl (1933) sicherte ebenfalls deren Fortbestand und ihren staatlichen Einzug. Erst 1941 beschloss die Reichsregierung per Gesetz, die staatliche Hilfe beim Einzug der Kirchensteuer zu verbieten, weswegen ab 1943 in Bayern eigene Kirchensteuerämter die entsprechenden Beiträge eintrieben.

Als 1949 das Grundgesetz verabschiedet wurde, wurde die Weimarer Regelung im Artikel 140 übernommen. Seitdem ziehen die staatlichen Finanzbehörden acht bis neun Prozent der fälligen Einkommensteuer als zusätzliche Kirchensteuer ein. Dies entspricht etwa ein bis zwei Prozent des Nettoeinkommens einer Person und damit ungefähr auch dem Satz, der in anderen europäischen Ländern für kirchliche oder kulturelle Aufgaben fällig wird. Die evangelischen Landeskirchen und die katholische Kirche erzielen auf diese Weise zusammen rund neun Milliarden Euro an jährlichen Einnahmen. Über 70 Prozent der Kirchensteuereinnahmen werden für soziale Zwecke verwandt. Die Kritik an der Kirchensteuer von linken und liberalen Parteien ist nahezu verstummt, weil die religiösen Gemeinschaften diese sozialen Leistungen wesentlich billiger als staatliche Träger anbieten können. Als ungerecht wird allerdings seit Längerem kritisiert, dass Nicht-Kirchenmitglieder sich an diesen sozialen Leistungen nicht beteiligen. *H.E. Bues*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5868**

Rot-grüne Paartherapie

SPD und Grüne wollen mit einer gemeinsamen »Denkfabrik« Optionen für einen Machtwechsel retten

Nach dem Scheitern der rot-grünen Blütenträume in Berlin haben sich SPD und Grüne ordentlich in die Wolle bekommen. Um die Option für den Machtwechsel im Bund zu retten, versuchen es die Generalsekretäre nun mit einer links-theorielastigen Paartherapie: „Denkwerk" heißt die rot-grüne Kuschelecke.

„Kein Grüner wird das der SPD vergessen", giftete Grünen-Fraktionschefin und Ex-Spitzenkandidatin Renate Künast nach dem Scheitern von Rot-Grün in Berlin. Die SPD spiele falsch und sei unglaubwürdig, meinte sie verbittert in der „Welt". Grünen-Parteichefin Claudia Roth, von Insidern auch „Bundesbetroffenheitsbeauftragte" genannt, assistierte mit der Diagnose, die SPD sei eben eine „Benzin- und Beton-Partei".

Umgekehrt attestierte SPD-Chef Siegmar Gabriel dem Möchtegern-Koalitionspartner, dass er doch endlich einsehen möge, dass ein Industrieland Deutschland nicht ohne eine moderne industriefreundliche Infrastruktur funktioniert. Dazu gehörten eben auch Autobahnen, Schienenwege, Stromtrassen und Pipelines, vertraute Gabriel seinem Hausblatt, der „Hannoverschen Allgemeinen", an. Die Grünen müssten ihre Haltung zu Verkehrsprojekten „grundsätzlich überdenken".

Woraufhin besorgte Vertreter beider Seiten, Grünen-Chef Cem Özdemir ebenso wie Hamburgs SPD-Bürgermeister Olaf Scholz, sich öffentlich fragten, ob Rot-Grün wirklich die Ideallösung für die Regierungsbildung 2013 sei. Özdemir und Roth jedenfalls unterstellten der SPD umgehend, sie habe eine heimliche Sehnsucht nach der Großen Koalition.

Mehr noch: Mit dem rot-grünen Hauskrach drohen den Grünen – ein halbes Jahr nach ihrem historischen Höhepunkt wegen der Fukushima-Hysterie – die Koalitionsoptionen auszugehen. Nach der Niederlage von Berlin hatten die beiden Co-Fraktionschefs Jürgen Trittin und Renate Künast noch betont, künftig müsse man alle Gedankenspiele hinsichtlich Schwarz-Grün „zu 150 Prozent zumachen" (Künast) und klarmachen, dass man Schwarz-Gelb „rückstandsfrei ablösen" (Trittin) wolle.

In der Tat zeigen drei Beispiele aus der konkreten Politik, dass Rot und Grün in vielerlei Hinsicht nicht zueinander passen. Während die SPD grundsätzlich für wirtschaftsdienliche Investitionen in die Infrastruktur ist, gefallen sich die Grünen auch hier in ihrer Position als Totalverweigerer, die vornehmlich die Umweltromantiker und Wutbürger-Egoisten an sich binden. Das zeigen die Fälle Baden-Würtemberg, wo eine verfassungsrechtlich mehr als fragwürdige Volksabstimmung den Grundsatzstreit innerhalb der grün-roten Koalition zu Stuttgart 21 beilegen muss, und Bayern, wo die Möchtegern-CSU-Ablöser – eine Truppe Kunterbunt aus SPD, Grünen und Freien Wählern – sich schon jetzt wegen der dritten Startbahn des Münchner Flughafens fetzt, sowie eben Berlin, wo sich die Grünen einer dringend notwendigen Anbindung des früheren Ostteils durch den Weiterbau der A 100 verweigerten. Weil es in der Realität nicht klappt, suchen die Parteistrategen nun ihr Heil in der Theorie. Denn das Herumtheoretisieren beherrschten die Linken bekanntlich schon immer am besten. „Denkwerk Demokratie" heißt das rot-grüne Kuschelseminar, das SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und Grünen-Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke soeben ins Leben riefen. „Harmonie durch Theorie – eine rot-grüne Paartherapie" wäre wohl der bessere Titel gewesen.

In vielen Punkten mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten

Schon der Titel „Denkwerk Demokratie" wirkt irgendwie verdächtig. Hatte nicht Willy Brandt einst im Bundestag mit rauchiger Stimme verkündet, seine schöne neue sozialliberale Koalition wolle „mehr Demokratie wagen" – was immer das heißen sollte? Und hatte nicht sogar die SED die „Demokratie" ganz groß und unübersehbar ans Revers der „Deutschen Demokratischen Republik" geheftet? Merke: Wer das Wort „Demokratie" allzu auffällig vor sich her trägt, führt oft Links-Ideologisches im Schilde.

So auch hier: Nach dem Willen von Nahles und Lemke sollen ab Anfang 2012 Rote und Grüne zusammen mit den üblichen Verdächtigen – Gewerkschaften, Umwelt-, Sozial- und sogenannten Menschenrechtsverbänden – „politische Projekte" entwickeln. „Wir wollen Alternativen zur Politik von Schwarz-Gelb entwickeln", so Lemke in der „Süddeutschen". Nahles ergänzt, man wolle „jenseits von Tagespolitik und Koalitionsfragen" über politische Zukunftsaufgaben sprechen. Nahles weiß: Am einfachsten erzeugt man Harmonie, indem man sich von einem Feindbild abgrenzen kann. Gemäß dieser Erkenntnis benutzt sie CDU, CSU und FDP als „Neoliberale": „Die Neoliberalen hatten es mit der Parole ‚Privat vor Staat' immer einfach. Die Linke muss komplexe Antworten liefern und dafür eine gesellschaftliche Mehrheit bekommen."

Fazit: Das „Denkwerk", die rot-grüne Paartherapie, soll und wird eine Menge linksideologisches Papier produzieren und sich Umverteilungs-„Projekte" ausdenken, die dann der fleißige Bürger und die Wirtschaft – zweifellos über höhere Steuern – finanzieren dürfen. Wen interessieren im Umverteilungs-Rausch noch so banale Fragen wie Autobahnen, Flughäfen und Bahnhöfe?

Anton Heinrich



Generalsekretäre üben sich im Denken: Steffi Lemke (l.), Bündnis 90/Die Grünen und Andrea Nahles, SPD Bild: Caro

MELDUNGEN

Online-Netzwerke sammeln weiter

Berlin – Die Anbieter von sozialen Netzwerken im Internet Facebook und Google sind nicht auf die Forderung nach konkreten Verbesserungen im Datenschutz eingegangen. Die beiden marktbeherrschenden Firmen bekannten sich bei der Anhörung im Bundestagsunterausschuss Neue Medien am Montag lediglich mündlich ganz allgemein zu Transparenz und Datenschutz. Abgeordnete verschiedener Parteien und Datenschützer forderten die Online-Netzwerke eindringlich zum Schutz der Privatsphäre ihrer Nutzer auf. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar sagte in Berlin: „Das zentrale Problem sind diese Dienste selbst." Schaar drängte auf eine gesetzliche Regelung der Missstände beim Datenschutz. Facebook wehrte Ansprüche unter Verweis auf den Firmensitz in Irland ab. *CR*

Lückenhaftes Gedächtnis

Mainz – „Gedächtnis der Nation" nennt ZDF-Geschichtsverwalter Guido Knopp sein jüngstes Projekt, das sich zum Ziel gesetzt hat, Zeitzeugenberichte zur jüngeren deutschen Geschichte per Video dauerhaft zu dokumentieren. Knopp leitet das Projekt gemeinsam mit Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der Chefredaktion des „Stern", einem der Hauptsponsoren. Die Schirmherrschaft hat Bundespräsident Christian Wulff übernommen. Google stellt im Internet eine Plattform bereit, auf der künftig jeder seine eigenen Zeitzeugenberichte publizieren kann. Unterstützt wird das Projekt von einem neunköpfigen Beirat und einem 26-köpfigen Kuratorium. Darin sind nahezu alle „gesellschaftlich relevanten" Gruppierungen vertreten – außer den Vertriebenenverbänden. Flucht und Vertreibung von 15 Millionen Deutschen scheint demnach kein „relevantes" Thema für das „Gedächtnis der Nation" zu sein. *H.J.M.*

US-Luftwaffe dominiert

Eine erdrückende Überlegenheit der US-Luftwaffe lässt sich aus der jüngst veröffentlichten Statistik der europäischen Luftraumüberwachung „Eurocontrol" für das Jahr 2010 ablesen: Während die US-Streitkräfte 13195 Militär-Flugzeuge im Bestand haben, bringen es sämtliche 27 EU-Staaten zusammen auf nur 8111 Maschinen. Selbst die europäischen Länder mit größeren Streitkräften können sich nicht annähernd mit dem amerikanischen Ausstattungsstand messen. Transportflieger, Hubschrauber und Kampfjets zusammengenommen, bringen es Frankreich auf 1229, Großbritannien auf 1296 und Deutschland nur auf 1096 Fluggeräte. US-Streitkräfte führen dagegen allein 3630 Kampf-Jets im Bestand. Ablesbar wird die Dominanz auch an den 38482 Flugbewegungen der US-Streitkräfte in Europa. Nur Italien mit 39985 und Frankreich mit 31962 Flügen weisen ähnlich hohe Zahlen auf. Zutage fördert die „Eurocontrol"-Statistik noch andere erstaunliche Details: Trotz leerer Kassen führte die griechische Armee 2010 immer noch 6068 Flüge durch. In Bulgarien scheint es hingegen im gesamten vergangenen Jahr nur acht militärische Flüge gegeben zu haben. Zumindest, wenn man den von den Behörden des Balkanlandes gemeldeten Daten Glauben schenkt. *N.H.*

Parteiposse auf Rügen

CDU demontiert sich in Streit mit ehemaligem DVU-Mitglied selbst

Das CDU-Mitglied Thomas Gens wird weiter von der eigenen Partei ausgegrenzt. Bekannt wurde Gens dadurch, dass der ursprüngliche Wahlkreiskandidat der CDU für Rügen verstarb, er als Kandidat nachnominiert wurde und einige links orientierte Medien seine frühere DVU-Mitgliedschaft skandalisierten.

Gens verweigerte sich zu DDR-Zeiten dem System, konnte kein Abitur machen, wurde schließlich Hochseefischer, sah sich selbst während der Wende als Bürgerrechtler und war gegenüber der Blockflöten-CDU skeptisch: Es gab dort keinen personellen Neuanfang. Daher orientierte er sich bei verschiedenen Bürgerbewegungen, besuchte Veranstaltungen der Grünen und sogar der PDS. Später ging er auch zu Veranstaltungen der DVU, wurde eines von wenigen Mitgliedern der Partei auf der Insel Rügen und dann zu deren Vorsitzendem gewählt. Zu seinen Ämtern auf Landesebene will er ohne eigenes Zutun gekommen sein. Etwas naiv wirkt die Erklärung, er habe sich von der Begrifflichkeit „Union" täuschen lassen, als er der DVU beitrat. Aber Gens macht auch nicht den Eindruck eines gewieften Berufspolitikers. Eher erscheint er wie ein biederer Gewerbetreibender, was der Fischer und Räucherer ja auch ist. Konkret beendete Gens seine 1998 bestehende Mitgliedschaft in der DVU 2002 und schloss sich dann der CDU an. Zumindest auf Orts- und Kreisebene seien seine früheren Aktivitäten bekannt gewesen, so der Politiker.

Gens holte bei den letzten Kommunalwahlen auf Hiddensee sensationelle 42 Prozent für die Christdemokraten und ist unangefochten dort Bürgermeister. Nach dem „Skandal" um ihn ließ er im Kommunalparlament eine Vertrauensabstimmung durchführen, die er souverän mit sieben zu drei Stimmen gewann. Das missfällt CDU-Landeschef Laurenz Caffier, der schon zu DDR-Zeiten in der Ost-CDU Einfluss hatte.

Kritisierter CDU-Mann ist beliebt und bei Wahlen erfolgreich

Bei den Nachwahlen zum Wahlkreis Rügen am 18. September 2011 erreichte Gens – nunmehr als parteiunabhängiger Kandidat – 13,3 Prozent der Erststimmen. Erstmals fiel das Direktmandat an die SPD. Die CDU hatte zuvor zur Wahl fremder Kandidaten aufgerufen. In den Medien war darüber spekuliert worden, ob ein besonders hohes Zweitstimmenergebnis auf Rügen für die Grünen ein Mandatsverlust für die NPD nach sich ziehen könnte. Tatsächlich schnitten die Grünen dort besonders gut ab, aber ihr zusätzliches Mandat ging dann zu Lasten der SPD.

So leicht scheint Caffier die für ihn unbequeme Personalie Gens nicht loszuwerden, denn der denkt gar nicht daran, seine CDU-Mitgliedschaft kampflos preiszugeben. Die Frage nach früheren Parteimitgliedschaften sei, so Gens, bei dem damals verwendeten Beitrittsformular freiwillig gewesen, seine politische Vergangenheit sei bekannt gewesen und schließlich habe er großen Rückhalt in der Bevölkerung. Das Schiedsgericht der Partei habe bislang über seinen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nicht entschieden. Gens wundert sich, weil einstweilige Anordnungen bei öffentlichen Gerichten innerhalb von Stunden oder doch wenigstens Tagen erlassen würden.

Während Dissidenten anderer Parteien unangefochten den Kurs ihrer Partei kritisieren dürfen, scheint sich die CDU partiell zu einer Partei zu entwickeln, in der ein Abweichen von der Parteilinie mit allen Mitteln geahndet wird.

Theo Maass

BIW hat gesiegt

Linker Autor gibt Unterlassungserklärung ab

Jan Timke, Vorsitzender der Partei „Bürger in Wut" (BIW), hat einen Rechtsstreit gegen den Sozialwissenschaftler und selbst ernannten Rechtsextremismusexperten Alexander Häusler gewonnen. Häusler hatte vor zwei Jahren sein Buch „Rechtspopulismus als Bürgerbewegung" veröffentlicht und darin auch Vorwürfe gegen die BIW erhoben. Diese belegte er mit einer Textpassage aus dem BIW-Bundesprogramm, die er nicht nur verkürzt wiedergab, sondern durch Textumstellung und Veränderung der Wortstämme zusätzlich sinnentstellt hatte. Nachdem bereits sein Buchverlag diesbezüglich eine Unterlassungserklärung zu den von Timke beanstandeten Passagen unterzeichnet hatte, zierte sich Häusler, dies selbst auch zu tun. So war Timke gezwungen, den Rechtsweg zu beschreiten.

Passagen aus Wahlprogramm manipuliert

Kein Wunder, denn Häuslers Thesen haben sich derweil „verselbständigt" und finden sich beispielsweise im linksextremen Internet-Auftritt „Scharf Links" wieder. Kostprobe aus dem Häuslerbuch für den „Beweis" der rassistischen Gesinnung der BIW: „Diese im Jahr 2004 gegründete Wählvereinigung (BIW) trat ebenfalls mit rassistischen Forderungen in Erscheinung – so etwa mit der Forderung nach Rückkehr zum Abstammungsprinzip, wonach Deutscher nur sein kann, wer abkömmlich deutscher Staatsangehöriger ist."

Während der Gerichtsverhandlung gab Häuslers Rechtsanwalt bekannt, sein Mandant habe nunmehr ebenfalls eine Unterlassungserklärung unterzeichnet. Allerdings gelte diese nicht für die erste Auflage des Buches, das auf Kosten des Steuerzahlers auch den Weg in öffentliche Bibliotheken findet.

Am „Wikipedia"-Beitrag über die BIW, in dem die Partei als „rechtspopulistisch" bezeichnet wird, schreibt ein Autor mit dem Pseudonym „Häuslebauer" mit. Seine Beiträge belegt er unter anderem mit Häuslers Schriften. So ist der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, dass es sich bei „Häuslebauer" in Wirklichkeit um den Buchautor Alexander Häusler selbst handelt, der auf diese Weise für eine weitere Verbreitung seiner Thesen sorgt.

T.M./J.H.

MELDUNGEN

Rumäniens korrupte Richter

Bukarest – Rumäniens Anti-Korruptionsamt, die „Nationale Integritätsbehörde“ (ANI), hat Ermittlungsverfahren gegen elf Richter des Obersten Gerichtshofs und des Kassationsgerichtes eingeleitet. Vorgeworfen wird den Richtern, einem in mehrere Prozesse verwickelten rumänischen Geschäftsmann gegen Bestechung Vorteile verschafft zu haben. Gegen drei weitere Richter wurden im gleichen Zusammenhang Vorermittlungen aufgenommen. Bereits seit mehreren Monaten laufen Ermittlungen der Anti-Korruptionsbehörde gegen sieben der neun Verfassungsrichter wegen Bestechlichkeit. *N.H.*

Triumph der Mitte

Bern – Wahlen werden in der Mitte gewonnen – diese These setzten die Schweizer auf ihre Weise um: Bei den Parlamentswahlen am 23. Oktober gewann die bürgerliche Mitte deutlich. Am linken wie am rechten Rand gab es ebenso deutliche Verluste. Die Sieger heißen GLP und BDP. Letztere hatte sich von der nationalkonservativen (SVP) abgespalten und eroberte nun neun der 200 Sitze im Nationalrat. Die Grünliberalen (GLP) schafften die noch größere Überraschung: Die wertkonservative Öko-Truppe rückt mit zwölf Abgeordneten in den Nationalrat ein und dürfte bei der Wahl der Regierungsmitglieder eine Schlüsselrolle spielen. Die hatten sich eigentlich die Grünen ausgerechnet. Doch statt auf der Anti-Atom-Welle zu punkten, verloren sie ein Drittel ihrer Mandate. Die SP verlor ebenfalls nach (Prozent-)Punkten, gewann aber ein Mandat hinzu; im Nationalrat agieren künftig 44 Sozialdemokraten. Die SVG verlor acht Sitze, bleibt aber mit 55 Mandaten stärkste Fraktion. *H.J.M.*

Seychellen statt sparen

Das EU-Parlament vergeudet jährlich 400 Millionen Euro, ohne dass die Arbeit davon profitiert

Lediglich um vier neue Abgeordnetensitze ist das „EU-Parlament“ seit der letzten großen EU-Erweiterungswelle im Jahr 2004 größer geworden. Dass die Mitarbeiterzahl in der gleichen Zeit um mehr als 2000 zugelegt hat, ist nicht der einzige Beleg dafür, dass die Kosten des EU-Parlaments aus dem Ruder laufen

Folgt man der Untersuchung „Ending Excess – Cutting the Cost of European Parliament“ der Brüsseler Stiftung „New Direction“, dann lassen sich die Ausgaben des EU-Parlaments pro Jahr um mehr als 400 Millionen Euro zurückfahren. Entsprechen würde dies ungefähr einem Viertel der derzeitigen jährlichen Aufwendungen. Möglich wären die Einsparungen sogar, ohne dass es in den Kernfunktionen zu Beeinträchtigungen der Arbeit kommen würde, so „New Direction“-Chef Geoffrey Van Orden. Als eine treibende Kraft bei der Kostenexplosion hat Van Orden die ausufernde Bürokratie ausgemacht. Während seit dem Jahr 2004 die Abgeordnetenzahl von 732 auf 736 gestiegen ist, legte die Zahl der Parlamentsmitarbeiter von 3946 auf 6245 zu. Zudem kann man die Mitarbeiter kaum als Geringverdiener bezeichne: Während schon die Abgeordnetendiäten üppig bemessen sind, beziehen etwa 1000 Parlamentsmitarbeiter sogar noch höhere Einkünfte als die Parlamentarier selbst, die für ihre Tätigkeit jährlich 93.685 Euro erhalten.

Außer den Personalkosten fallen inzwischen aber auch immer stärker Verwaltungskosten ins Gewicht. Jährlich werden Übersetzungen für 100 Millionen Euro angefertigt. Sollten nur drei weitere Sprachen dazu kommen, würden laut „New Direction“ die Kosten schon auf 128 Millionen Euro ansteigen. Die Beschränkung der Übersetzungen auf fünf oder sechs Sprachen würde hingegen 40 Millionen Euro sparen, ohne dass die Abgeordnetenarbeit gravierend beeinträchtigt würde.



Immer größere Prachtbauten für immer mehr Mitarbeiter: EU-Parlamentsgebäude in Straßburg Bild: pa

Überhaupt keine Einschränkungen würden sich ergeben, wenn kostspielige Prestigeprojekte fallen gelassen werden, die eigentlich nur als Werbemaßnahmen für die EU dienen, aber nahezu nichts mit der eigentlichen Parlamentsarbeit zu tun haben. Die Kosten für das Projekt „Museum der europäischen Geschichte“ laufen, wie bei solchen Großvorhaben üblich, aus dem Ruder. Kalkuliert wird mittlerweile mit 150 Millionen Euro, die komplett eingespart werden könnten. Ebenso fraglich ist, warum das EU-Parlament in den Mitgliedstaaten 34 Informationsbüros unterhalten muss. Während die Existenz der Büros in der breiten Bevölkerung nahezu unbekannt ist, fallen jährlich Ausgaben in Höhe von 44 Millionen Euro an.

Die Zahl der Parlamentsmitarbeiter explodiert

Noch wesentlich mehr ließe sich einsparen, wenn die Sitzungen der Abgeordneten zukünftig nur noch in Brüssel abgehalten würden. Die derzeitige Verteilung der Parlamentsarbeit auf drei Standorte scheint hingegen eher eine Garantie für Zusatzkosten zu sein: Während in Straßburg jährlich zwölf jeweils viertägige Plenarsitzungen stattfinden, tagen die Ausschüsse und die Fraktionen in Brüssel. Zusätzlich werden in Belgiens Hauptstadt bis zu sechs zweitägige Plenarsitzungen abgehalten. Das Generalsekretariat des EU-Parlaments ist wiederum in Luxemburg angesiedelt. Die selbst von Parlamentariern regelmäßig zur Kosteneinsparung vorgeschlagene Aufgabe des Standortes Straßburg scheint indessen intern kein Thema mehr zu sein. Eher werden vollendete Tatsachen zum Beispiel mit dem im September 2001 beschlossenen Ankauf eines weiteren Gebäudes in Straßburg für 6,7 Millionen Euro geschaffen. In die Renovierung des Gebäudes werden nochmals 9,2 Millionen Euro investiert. Weitere 30 Millionen Euro werden in die Neueinrichtung von Abgeordnetenbüros gesteckt.

Insgesamt hat das EU-Parlament im Laufe der Zeit 63 Bürogebäuden angemietet oder gekauft. Allein die Konzentration auf den Standort Brüssel würde nach Berechnungen von „New Direction“ ein Einsparpotenzial von 200 Millionen Euro mit sich bringen. Dass es statt Einsparungen eher zu der geforderten Erhöhung des Parlaments-Budgets in Höhe von 1,9 Prozent für 2012 kommen wird, kann als sicher gelten. Anzunehmen ist, dass die beschlossenen Investitionen in Straßburg zukünftig sogar als Begründung dafür herhalten müssen, dass ein Umzug nach Brüssel gegenüber den Steuerzahlern nicht verantwortet werden kann.

Nicht verwunderlich ist, dass in einem solchen Klima der Verschwendung auch einzelne Abgeordnete immer wieder mit kostspieligen Eskapaden auffallen. Erst im September wurde zum Beispiel eine Reise von sieben Mitgliedern des EU-Parlaments zu den Seychellen bekannt. Die fünftägige Reise zum Studium von „Fragen der Fischereipolitik“ verursachte Kosten von zirka 115 000 Euro. Entstanden ist der Betrag nicht nur, weil die EU-Parlamentarier natürlich standesgemäß per „Business-Class“ reisten, sondern auch, weil zusätzlich weitere fünf Mitarbeiter und sogar zehn Dolmetscher die Abgeordneten auf ihrer „Dienstreise“ begleiteten. *Hermann Müller*

Zittern im Hinterhof

Afghanistans Christen fürchten um ihr Leben

Christliche Soldaten mehrerer Nationen, darunter 5000 Deutsche, setzen ihr Leben für Freiheit und ein besseres Leben in Afghanistan aufs Spiel. Ungeachtet dessen wird ihre Religion im Scharia-Staat am Hindukusch nicht toleriert, teilweise offen bekämpft. Die wenigen Bekennenden aus dem Land selbst sind für ihre Glaubensausübung in die Heimlichkeit der Hinterhöfe und den Untergrund verbannt, zittern vor Denunziation, Entdeckung und Tod, wagen es nicht, ein Kreuz an der Wand aufzuhängen. Fundamentalistische Stammesfürsten und Warlords gelten als die eigentlichen Herren im Lande. Und sie dulden keine Christen. Nach der Statistik der Organisation Open Doors rangiert Afghanistan hinter Nordkorea und dem Iran nach wie vor an einer der vordersten Stellen auf dem sogenannten Weltverfolgungsindex.

Das letzte Gotteshaus im Zeichen des Kreuzes wurde nach Entzug des Pachtvertrages auf ursprünglich 99 Jahre 2009 abgerissen. Zehn Jahre Amtspraxis des derzeitigen Präsidenten Hamid Karsai und reichlich fließende Milliarden aus dem westlichen Ausland für den Aufbau des seit Jahrzehnten kriegsgeschüttelten Landes haben an dem intoleranten Erbe der durch den amerikanischen Einmarsch 2001 beendeten Taliban-Herrschaft nichts geändert. Und der vom Westen unterstützte Karsai scheint an Religionsfreiheit kein Interesse zu haben, kann sich zudem gegen die fundamentalistischen Hardliner in seinem Machtapparates kaum durchsetzen.

Bundespräsident Christian Wulff indes lobte bei seinem Besuch die Fortschritte und versprach vollmundig weitere Hilfe, ohne das heikle Thema Christenverfolgung anzusprechen. Nach Schätzungen internationaler Organisationen sind es ohnehin nur noch 2000 bis 3000 Christen, die sich im Untergrund treffen. Maximal 10 000 sollen es unter Einbeziehung im Lande lebender Ausländer sein. Insgesamt zählt Afghanistan 28 Millionen Einwohner. Von ihnen gehören 80 Prozent der sunnitischen und 19 Prozent der schiitischen Glaubensrichtung des Islam an.

Nato hilft ihren eigenen Gegnern

Amerikanische Militärs sprechen längst von einem Scheitern der westlichen Mission und glauben, dass die Taliban nach dem Truppenabzug wieder das Heft in die Hand bekommen werden. Karsai jedenfalls dürfte sich dann in eines seiner mit zweckentfremdeten Hilfsgeldern erworbenen Häuser zurückziehen. *Joachim Feyerabend*

Pole = Katholik stimmt nicht mehr

Säkularisierung in vollem Gange – Die »Palikot-Bewegung« zog Aufsteiger und Junge an

In den polnischen Milchbars, einer Art Schnellgaststätte mit traditionellen Gerichten, lässt sich manchmal beobachten, wie Gäste vor dem Essen flüchtig ein Kreuz schlagen; in Taxen oder im PKS-Überlandbus baumelt am Rückspiegel ein Bildchen der Muttergottes. Die Kirchen, und nicht nur die in den Innenstädten Polens, sind tagsüber bis nach der Abendmesse offen, frequentiert nicht von Kunstinteressierten, sondern von Betern; an Sonn- und Feiertagen gibt es zehn, elf Messen über den ganzen Tag verteilt, so groß ist der Andrang der Gläubigen. Im mittelpolnischen Lichen wurde 2004 ein riesenhaftes römisch-katholisches Sanktuarium fertiggestellt, das größte Gotteshaus zwischen Oder und Bug. Den legendären Arbeiterführer und kauzigen Ex-Präsidenten Lech Walesa kennt man nicht anders als mit der Madonna von Tschenstochau am Revers.

Die Gleichung „Pole = Katholik“ scheint sich in diesen Eindrücken zu bestätigen. Doch die Religiosität im Polen von heute ist schon länger nicht mehr das, was sie mal war. Genauer: die Tiefe und Prägekraft der christlichen Überzeugung. Polen durchlebt seit dem Beitritt zur EU einen rasanten Modernisierungsschub, der die Gesellschaft umkrempelt. Westliche Verhaltensmodelle ersetzen traditionelle Bindungen. Vier Millionen Polen arbeiten im Ausland, das Gros verließ nach 2004 auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen das Land Richtung Westeuropa. Wer zurückkehrt, ist geprägt von der Erfahrung liberalistischer, säkularisierter Gesellschaften, etwa in Großbritannien, mit ihrem hedonistisch-freizügigen Lebensstil.

Der Kirche geht die Jugend, zumal die städtische, zunehmend von der Fahne. In Irland genügten zehn Jahre, um den Anteil der jungen Leute, die sich als gläubig und praktizierend einstuften, von 70 auf 30 Prozent sinken zu lassen. In Spanien betrachtet sich von den 15- bis 29-Jährigen nur gut die Hälfte als katholisch. Die Messen sind schwach besucht, 2009 ließen sich erstmals mehr Spanier standesamtlich als vor dem Altar trauen.

Transsexuell, vom andern Bahnsteig, feministisch

Im Vergleich dazu macht Polen zwar eine „gute Figur“. Doch die große Diskrepanz zwischen dem theoretischen Bekenntnis und den täglichen Lebensentscheidungen bereitet den Seelsorgern unruhige Nächte. Die Macht der religiösen Tradition in der polnischen Kultur ist noch groß – es gehört sich eben, gefirmt zu sein, außerdem kann man nur so später kirchlich heiraten –, doch wie im Westen auch wird der christliche Glaube zunehmend als Privatsache betrachtet, dessen Anforderungen nicht in die Lebenspraxis Eingang finden. Man geht sonntags in die Kirche und damit hat es sich. Die große Popularität des katholischen Heiratsvermittlungsportals przeznaczeni.pl (Vorherbestimmte) legt davon Zeugnis ab, dass tiefgläubige Menschen sich auch in Polen inzwischen in der Diaspora befinden. In einem Land, in dem sich 71 Prozent der Jugend als gläubig bezeichnen, müssen diejenigen, die ihren Glauben besonders engagiert leben, auf einen Internetdienst zurückgreifen, um jemanden zu finden, der eine ähnliche Weltanschauung vertritt.

Vor dem Hintergrund dieses gesellschaftlichen Umbruchs ist es nicht verwunderlich, dass die radikalliberale Partei des Multimillionärs und Polit-Provokateurs Janusz Palikot bei den jüngsten Parlamentswahlen aus dem Stand 10,02 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Ihr krasser Antiklerikalismus machte sie sensationell zur drittstärksten Fraktion im Sejm. Besonders viel Anklang fand die erst vor einem Jahr gegründete Partei – Hauptslogan: „Für einen modernen Staat“ – bei zwei Wählergruppen: bei den Erst- und Jungwählern bis 25 Jahre sowie bei der karriereorientierten und auslandserfahrenen Generation der zwischen 30- und 40-Jährigen.

Die Palikot-Bewegung kämpft für einen klar laizistischen Staat, für die Freigabe der Abtreibung und weicher Drogen, die rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften und eine gesetzliche Grundlage für künstliche Befruchtung. Die Partei entsendet illustres Personal nach Warschau: Anna Grodzka wird die erste transsexuelle, Robert Biedron, polnischer Schwulenaktivist, der erste offen homosexuelle Parlamentsabgeordnete. Die Feministin Wanda Nowikka zieht ebenso in den Sejm ein wie der frühere katholische Priester Roman Kotlinski, Chefredakteur des antikirchlichen Hetzblattes „Fakty i Mity“. Dessen Bruder im Geiste, Andrzej Rozenek, Vize-Chefredakteur der vulgären Hasszeitschrift „Nie“, wird Pressesprecher der Fraktion. Die erste Forderung Palikots nach dem Wahltriumph war, das Kreuz aus dem Sitzungssaal des Sejms entfernen zu lassen. *Christian Rudolf*

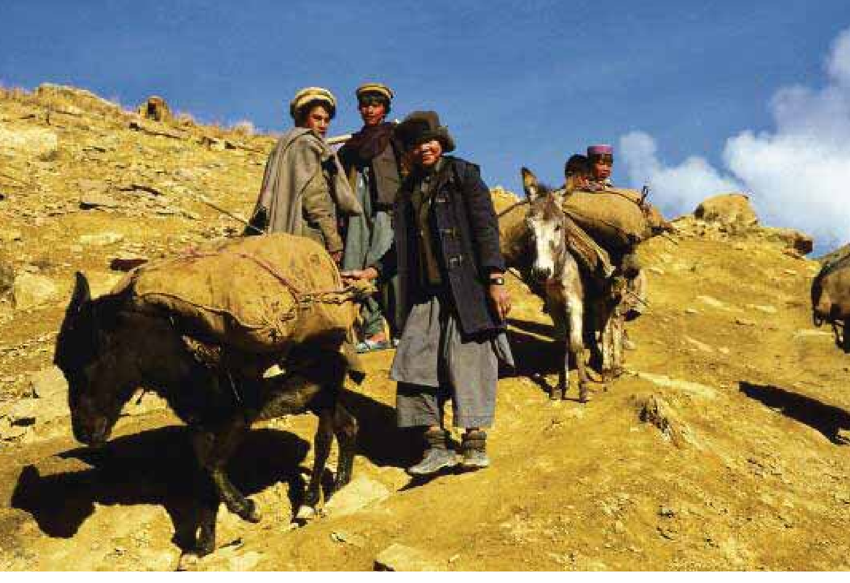
»Schatzkiste« Afghanistan

Das Land verfügt über große Vorkommen an Bodenschätzen – Westen hat bei Ausbeutung das Nachsehen

Als Sensation präsentierten US-Geologen im vergangenen Jahr Erkundungsergebnisse über afghanische Bodenschätze. Der Wert der Lagerstätten wird auf eine Billion Dollar geschätzt. Reelle Chancen, im politisch instabilen Afghanistan wirtschaftlich Fuß zu fassen, werden allerdings nur zwei Ländern eingeräumt: China und Pakistan.

Von einem „zweiten Saudi-Arabien“ war die Rede, als Pentagon-Vertreter im Juni 2010 der Öffentlichkeit geologische Befunde über den Rohstoff-Reichtum Afghanistans präsentierten. Gegolten haben dürfte der entfachte Medienrummel vor allem der „Heimatfront“, die am Sinn des Afghanistan-Abenteuers immer stärker zweifelt. In Fachkreisen waren die vermeintlich neuen US-Erkenntnisse nämlich allesamt bereits bekannt. Erste Erkundungen hatten bereits in den 50er Jahren begonnen und in den 70er und 80er Jahren haben sowjetische Geologen Afghanistan systematisch nach Bodenschätzen abgesucht. Kartografiert wurden dabei 1700 Fundstellen verschiedener Erze. Resultat der damaligen Untersuchungen war der Abbau eines Kupfererz-Vorkommens, in den die Sowjets geschätzte 650 Millionen Dollar investierten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer im Jahr 1989 nahmen afghanische Geologen zunächst die Erkundungsergebnisse in Obhut, bis das Material von US-Stellen neu aufbereitet und 2010 als Sensation präsentiert wurde. Afghanistan erwirtschaftet mit fast 30 Millionen Einwohnern lediglich ein Bruttoinlandsprodukt, das auf 12 Milliarden Dollar geschätzt wird. Das Land könnte allerdings mit seinen reichen Vorkommen an Bodenschätzen ein globales Bergbauzentrum sein. Bedeutung könnten vor allem die entdeckten reichen Lithium-Vorkommen erlangen. Dem Leichtmetall wird eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von Hochleistungsakkus, unter anderem für Elektro-Autos, zugeschrieben. Im Boden Afghanistans gibt es außer Steinkohle, Öl und Erdgas auch Kupfer, Blei, Zink, Gold und Silber sowie eine enorme Eisenerzlagerstätte nahe Kabul. Sie gilt als die größte in Asien und nimmt, gemessen an der Qualität, sogar die Spitzenstellung in der Welt ein.



Beschwerlicher Kohleabbau: Mit Mauleseln mussten die Arbeiter bislang ihre Ausbeute transportieren Bild: Ullstein

So groß das afghanische Potenzial in der Zukunft durch die reichen Bodenschätze auch ist, so groß sind die Probleme in der Gegenwart. Bis auf oberirdisches Goldschürfen existiert kaum eine Bergbautradition. Eine Verkehrsinfrastruktur ist nur rudimentär vorhanden. Selbst die einzige vorhande Eisenbahnstrecke – im Jahr

> Viele wichtige Lagerstätten liegen in unsicheren Provinzen

1923 von Deutschen errichtet – ist zerstört. Noch problematischer ist die Sicherheitslage: Wichtige Lagerstätten befinden sich in den unsicheren südlichen und südöstlichen Provinzen entlang der Grenze zu Pakistan. Dass sich westliche Firmen, zumal nach einem Abzug der US-Truppen, auf das Abenteuer einer Erschließung von Rohstoffvorkommen einlassen, ist kaum anzunehmen. Allein die Vorbereitungszeiten bis zur Abbauaufnahme werden bei Lithiumlagerstätten auf fünf Jahre geschätzt. Ein Übriges tut die weit verbreitete Korruption. Nicht nur Kabuls Präsidentenpalast, sondern auch das Bergbauministerium gelten als Hort der Bestechlichkeit. Für die Vergabe von 30-jährigen Abbaurechten an der größten Kupfermine der Welt in der Nähe von Kabul an den Staatskonzern „China Metallurgical Construction Corporation“ (MCC) sollen fast 30 Millionen Dollar an Schmiergeldern geflossen sein.

Für westliche Firmen wenig ermutigend sind auch Äußerungen von Offiziellen des Bergbauministeriums. Wegen Standortvorteilen sollen eher chinesische oder indische Interessenten als westliche Käufer bevorzugt werden. Die Erwähnung von Indien sollte man allerdings eher als einen geschickten Schachzug im Preispoker mit den Chinesen statt als ein ernsthaftes Angebot betrachten. Im Hinblick auf die heikle Sicherheitslage dürften die Chinesen in Afghanistan die weitaus besseren Karten als westliche oder indische Firmen haben. Wenn es äußere Kräfte gibt, die überhaupt Einfluss auf Taliban-Gruppen haben, dann sind es Pakistan und der Iran, beides Verbündete Chinas. Bereits 2007 wurden Nato-Truppen darauf aufmerksam, dass bei den Taliban verstärkt Waffen chinesischer Herkunft auftauchen. Die Boden-Luft-Raketen und Panzerfäuste sind wahrscheinlich über den Umweg Teheran nach Afghanistan gelangt.

Geeint durch den gemeinsamen Feind Indien, sind die Beziehungen zwischen Peking und Islamabad inzwischen wahrscheinlich noch enger als die nach Teheran. China liefert Pakistan nicht nur zwei neue Kernreaktoren und modernisiert die pakistanische Marine, sondern errichtet in Gwadar auch einen komplett neuen Hafen für Pakistan. Bestätigt wurde inzwischen von pakistanischen Stellen, dass eine Einladung zur Stationierung von 11000 chinesischen Soldaten im Gilgit-Baltistan-Gebiet existiert. Die chinesischen Truppen würden damit unmittelbar im zwischen Pakistan und Indien umstrittenen Kashmir-Gebiet in Stellung gebracht. Kaum verwunderlich ist dann noch, dass bereits im Jahre 2010 eine ranghohe chinesische Militärdelegation das pakistanisch-afghanische Grenzgebiet inspiziert hat und Pakistans Premier Yousuf Raza Gilani eine stärkere Rolle Chinas in Afghanistan anmahnt.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Transferunion macht Euro unattraktiv: Der tschechische Premier Petr Necas will eine neue Volksabstimmung über die Einführung des Euro in der Tschechei abhalten lassen. Zwar hatte die Bevölkerung 2003 beim Beitritt des Landes zur EU auch der Einführung des Euro zugestimmt, aber heute lägen die Dinge anders. Necas: „Heute ändert sie (die EU) sich schrittweise in eine Schulden- und Transferunion.“ *T.M.*

EU-Kommission duldet Verstoß: Massive Wettbewerbsnachteile befürchtet die deutsche Eierwirtschaft nach einer Ankündigung von EU-Kommissar John Dalli zur stillschweigenden Duldung von Käfig-Eiern nach dem 1.Januar 2012. Während deutsche Produzenten 500 Millionen Euro in die verbesserte Haltung von Legehennen investiert haben, ist absehbar, dass nach zehn Jahren Vorbereitungszeit zwölf Länder die EU-Vorgaben nicht erfüllen werden. *N.H.*

Vertrag über Freihandelszone unterzeichnet: Am vergangenen Dienstag haben die Regierungschefs der GUS-Länder mit Ausnahme von Aserbaidschan, Tadschikistan und Turkmenistan in St. Petersburg den Vertrag über eine Freihandelszone unterzeichnet. Er ermöglicht für bestimmte Warengruppen zollfreie Ein- und Ausfuhren. Besonders für Weißrusslands Staatschef Alexander Lukaschenko bedeutet der Beitritt zur Freihandelszone eine Alternative zum Westen und eine Befreiung aus der Isolation. Lukaschenko schließt nun auch den Beitritt zu einer „Eurasischen Union“ nicht mehr aus. Russlands Premier Wladimir Putin betonte, dass der Vertrag nicht den Normen der Welthandelsorganisation (WTO), der einige GUS-Staaten angehören, zuwiderläuft. Russland wertet das Zustandekommen des Vertrags als großen Erfolg. Er werde Barrieren abschaffen und zur wesentlichen Veränderung der handelswirtschaftlichen Beziehungen im postsowjetischen Raum beitragen. *MRK*

Über »Bad Bank« an den Steuerzahler

Abschreibung der Griechenlandanleihen, die der HRE gehörten, erzeugen Millionenverlust

Nein, es sei nicht richtig von der „Bad Bank“ der Hypo Real Estate (HRE) zu sprechen, so der Pressesprecher der FMS Wertmanagement, Andreas Henry. Korrekt hieße es, „die für die Übernahme der Altlasten der HRE gegründete Abwicklungsanstalt“. Fakt ist, dass es sich hier um ein Konstrukt handelt, bei dem die HRE ihre Risikopapiere, die anlässlich der Bankenkrise vorerst nicht verkäuflich waren, ausgelagert hat. Konkret entstehende Verluste würden von da an der Bund, also der Steuerzahler, tragen.

Aufgabe der FMS Wertmanagement ist es, die in den Medien als „toxisch“ bezeichneten, 2010 aus der Bilanz der HRE ausgegliederten Wertpapiere so zu verkaufen, dass sie möglichst viel Geld einbringen. Die Mitarbeiter der FMS Wertmanagement versuchen also den optimalen Zeitpunkt zu finden, um Risikopapiere doch noch mit Gewinn zu veräußern. Handelt es sich um Kredite, bei denen nicht mehr monatlich die fällige Rate aus Zins und Tilgung bezahlt wird, versuchen sie zumindest Teile des Geldes einzutreiben.

> SoFFin überweist Milliarden

Und die Mitarbeiter der Abwicklungsanstalt hatten ihre Sache im ersten Halbjahr offenbar gut gemacht, denn die FMS Wertmanagement hätte für den Zeitraum ein positives Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 118 Millionen Euro ausweisen können, gäbe es nicht Griechenland. Pressesprecher Henry weiß zwar, dass seine Aufgabe schon aufgrund der Sache an sich – schließlich handelt es sich um eine Abwicklungsanstalt – die Verkündung eher negativer als positiver Nachrichten mit sich bringt, doch Griechenland lässt derzeit jede Aussicht auf eine positive Nachricht in noch weitere Ferne rücken. Da erwirtschaften die Mitarbeiter voller Mühe aus sogenannten Schrottpapieren hier und da mal einige Millionen, doch dann kommen die großen Verluste aus der Abschreibung der griechischen Staatspapiere und machen alles zunichte.

Im ersten Halbjahr 2011 wurden auf Empfehlung des Instituts der Deutschen Wirtschaftsprüfer bereits 21 Prozent der Griechenland-Kredite mit einer Laufzeit bis 2020 abgeschrieben. Da waren mal schnell 808 Millionen Euro weg, die das positive Ergebnis von zuvor 118 Millionen Euro in einen Verlust von 690 Millionen Euro verwandelten. Das dürfte aber nur der Anfang sein, denn die FMS Wertmanagement hielt am 30. Juni 2011 noch griechische Staatsanleihen im Nominalwert von 7,2 Milliarden Euro, dazu noch Kredite und Anleihen anderer griechischer Schuldner in Höhe von 1,6 Milliarden Euro. Und angesichts des Umstands, dass inzwischen weltweit davon ausgegangen wird, dass Athen etwa 50 bis 60 Prozent seiner Schulden nicht zurückzahlen kann, muss die öffentlich-rechtliche Anstalt demnächst weitere dreistellige Millionenbeträge abschreiben. Es fehlt dann letztendlich Geld. In der Bilanz wird dieser Fehlbetrag dann erst einmal als Forderung gegenüber dem Sonderfonds Finanzmarktstabilität (SoFFin), der 2008 von der schwarz-roten Bundesregierung zur Rettung der Banken gegründet worden war, ausgewiesen. Der SoFFin überweist dann irgendwann den Betrag. So wurden im August für ein Defizit aus dem Jahr 2010 in Höhe von drei Milliarden Euro zwei Milliarden von SoFFin überwiesen. Der SoFFin, der der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) unterstellt ist, die wiederum dem Finanzministerium angegliedert ist, ist rechtlich ein sogenanntes „Sondervermögen“ des Bundes. Man kann es auch als einen Schattenhaushalt bezeichnen, da Soll und Haben des SoFFins nicht im Bundeshaushalt in Erscheinung treten. Der SoFFin verfügte zum 30. September über 28,2 Milliarden Euro an Garantien des Bundes und hatte die Erlaubnis in dessen Namen 19,8 Milliarden Euro an Kapital direkt aufzunehmen. 2,9 Milliarden wurden hiervon bisher für den FMS Wertmanagement an Schulden gemacht.

> Schulden versteckt im »Sondervermögen«

Wann die Griechenlandverluste und andere Fehlbeträge aus der Abwicklungsanstalt der HRE und übrigens auch der Ersten Abwicklungsanstalt der WestLB real den Steuerzahler treffen, war allerdings nicht zu erfahren. Derzeit scheint das Finanzministerium weiter gewillt, dieses „Sondervermögen“ vor den Augen der Bürger zu verstecken. *Rebecca Bellano*

Zukunft ungewiss

Droht Baukonzern Hochtief Zerschlagung?

Fünf Monate, nachdem Hochtief den Kampf gegen die Übernahme durch den spanischen Konzern ACS verloren hat, ist die Zukunft von Deutschlands größtem Baukonzern weiter offen. Proklamiertes Ziel von ACS-Chef Florentino Pérez ist die Schaffung von Europas größtem Bau- und Infrastrukturkonzern. Über die Rolle von Hochtief bei dem gewagten Projekt hält man sich in der Zentrale von ACS allerdings immer noch bedeckt.

> Tochtergesellschaften kommen auf den Markt

Während die befürchtete komplette Ausschlachtung von Hochtief ausgeblieben ist, werden nun die Tochtergesellschaften auf den Markt geworfen. Auf diese zusätzlichen Einnahmen ist man in Madrid dringend angewiesen, denn während Hochtief schuldenfrei war, stemmte ACS die Hochtief-Übernahme trotz massiver Schulden, die inzwischen auf 9,8 Milliarden Euro angewachsen sind. 512 Millionen Euro brachte nun der Verkauf eines Teils der australischen Hochtief-Tochter Leighton ein. Die Vorbereitungen für weitere Verkäufe laufen bereits: Trotz Jahresrenditen von teilweise 25 Prozent stehen auch die Hochtief-Beteiligungen an den Flughäfen in Düsseldorf, Hamburg, Budapest, Athen, Tirana und Sydney zur Disposition. Geschätzte Einnahmen: 1,5 Milliarden Euro.

Dass bei Hochtief nicht nur einzelne Tochtergesellschaften in klingende Münze umgewandelt werden, sondern irgendwann auch der Konzern komplett ausgeschlachtet wird, ist keinesfalls ausgeschlossen. Ziel von ACS ist immer noch die Kontrolle über den spanischen Energieversorger Iberdrola. Während für die Hochtief-Übernahme nach Angaben von Pérez bisher zwei Milliarden Euro investiert wurden – die durch den Verkauf von Hochtief-Töchtern durch den übernommenen Essener Konzern quasi selbst finanziert werden –, kostete der Übernahmeversuch von Iberdrola bisher acht Milliarden Euro. Trotz Teilerfolgen hat ACS seinen Anteil bei Iberdrola erst auf zirka 20 Prozent ausbauen können. Wenn weitere Milliarden für den innerspanischen Übernahme-Poker gebraucht werden, könnte in Madrid erneut die Versuchung wachsen, mit Hochtief Kasse zu machen. *N.H.*

Zweischneidig

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Die Abgabe des Archivs der Arbeitsgemeinschaft der Memelländkreise (AdM) an Litauen ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits ist das von den Vertriebenen trotz Kriegswirren gerettete und jahrzehntelang bewahrte Material in die Heimat zurückgekehrt. Die Übergabe an die Simonaitytes-Bibliothek zeugt von fruchtbarer Zusammenarbeit deutscher und litauischer Menschen und von einem tiefen Vertrauen. Andererseits stimmt die Tatsache traurig, dass die deutsche Öffentlichkeit dem kulturellen Erbe der Vertriebenen so wenig Interesse entgegenbringt, so dass diese sich gezwungen sehen, unersetzbare Originale ins heutige Ausland abzugeben, damit sie für die Nachwelt erhalten und zugänglich bleiben können. Archivmaterial, das einmal aus der Hand gegeben wurde, ist dem direkten Zugriff der Betroffenen entzogen. Die Ankündigung des Bibliotheksdirektors Juoszas Siksnelis, die Geschichte der Stadt müsse neu geschrieben werden – losgelöst von der kommunistischen Ideologie –, klingt einerseits vernünftig, birgt andererseits aber auch die Gefahr, dass Material, das dem Bearbeiter als umwichtig, unverständlich oder unbequem erscheint, verloren geht.

Alter Zopf

Von Jan Heitmann

Wohl jeden packt beim Blick auf die Gehaltsabrechnung die Wut, wenn er sieht, wie wenig er von seinem hart erarbeiteten Geld ausbezahlt bekommt. Das Geld verschwindet automatisch in den Kassen des Staates, der Sozialversicherungen und der Kirchen. Hilflos fühlt man sich der Abzockerei ausgeliefert. Doch halt, eine Zahlung kann man vermeiden. Schnell kommt man auf die Idee, sich durch einen Kirchenaustritt etwas mehr Netto vom Brutto zu sichern. Schließlich erhält man keine unmittelbare Gegenleistung für seine Kirchensteuern, warum also sollte man das Geld nicht sparen? Einerseits ist der Schritt nachvollziehbar, andererseits bedeutet der Kirchenaustritt aber auch einen Rückzug aus sozialer Verantwortung. Denn die Kirchen finanzieren mit den Steuereinnahmen unzählige Einrichtungen wie Kindergärten, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime und soziale Dienste. Würde die Kirchensteuer abgeschafft, müssten viele dieser Einrichtungen schließen oder von allen steuerfinanziert werden. Wer aus grundsätzlichen Erwägungen nicht Mitglied einer Kirche sein will, sollte daher wenigstens einen Teil seines Einkommens für gemeinnützige Zwecke spenden.

Nicht einzusehen ist allerdings, dass die Kirchensteuer immer noch vom Staat auf Kosten der Allgemeinheit eingezogen wird. Dieser mehr als 200 Jahre alte Zopf ist nicht mehr zeitgemäß und gehört abgeschnitten. Einerseits klagen die Finanzämter über die hohe Arbeitsbelastung, andererseits erbringen sie den Kirchen eine kostengünstige Dienstleistung. Das Rote Kreuz beispielsweise muss den Einzug der Mitgliedsbeiträge ja auch selbst und auf eigene Kosten vornehmen.

Es ist zum Schaudern

Von Hans Heckel

Die Szenen geraten zunehmend bizarrer: Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy fährt den britischen Premier David Cameron an, er solle die „Klappe halten“. Italiens Silvio Berlusconi fragt den Franzosen provozierend, ob er das italienische EZB-Ratsmitglied Lorenzo Bini Smaghi „umbringen“ solle, weil der seinen Platz nicht absprachegemäß einem Franzosen überlassen will. Und gleichzeitig zetert der römische Skandalpolitiker gegen Merkel und Sarkozy, sie hätten Italien „keine Lektionen zu erteilen“.

Man könnte diese Kette von Entgleisungen leichterhand auf die Nervosität der Akteure schieben. Überarbeitet von endlosen Gipfeln und überrollt von der Lawine an neuen Schreckensmeldungen brennt schon mal die eine oder andere Sicherung durch. Auch Spitzenpolitiker sind Menschen, deren Nerven nicht jeder beliebigen Belastung problemlos standhalten.

Doch so harmlos ist die Sache schon deshalb nicht, weil sich das Gift der europäischen Entzweiung längst in die Völker hineingefressen hat. Die nationalen Debatten, die man etwa auf den Internet-Diskussionsforen der Zeitungen verfolgen kann, machen das sichtbar.

Der Euro sät neuen Hass unter den Völkern

Ging es dort vor Monaten noch fast ausschließlich um das Versagen von Politikern und/oder Banken, so verbreiten sich dort jetzt zunehmend jene Stimmen, die ihre Wut gegen ganze Völker richten. Es treten Ressentiments hervor, die in ihrer Schärfe erschrekken. Aggressiv antifranzösische Töne in deutschen Foren nehmen da ebenso zu wie etwa hetzerisch antideutsche Ausfälle in spanischen Debatten. Dabei musste man Antideutsches bei Letzteren vor Kurzem noch mit der Lupe suchen. Bellte doch mal jemand gegen „Alemania“, wurde er von den übrigen Diskutanten fast unisono barsch zur Ordnung gerufen. Das war einmal.

Wer nicht vergessen hat, dass sich die Völker Europas jahrtausendelang mit Hass und Krieg überzogen haben, wer noch weiß, wie lang und steinig der Weg zu einem gelasseneren Miteinander war, der kann diesen Befund nur als niederschmetternd, ja, als Tragödie erleben.

Damit löst sich auch das letzte und zugleich fundamentalste Versprechen in Rauch auf, das mit der Einführung des Euro gegeben wurde: Die Gemeinschaftswährung sichere Frieden und Freundschaft in Europa. Das Gegenteil ist traurige Realität.

Ein Entrinnen ist nicht in Sicht, wie das Beispiel Deutschlands zeigt: Hilft Berlin bis zur völligen Selbsterschöpfung, werden ihm imperiale Absichten unterstellt, die es verlogen mit dem Mantel der Solidarität tarne. Verweigern sich die Deutschen hingegen den immer absurderen „Rettungsschirmen“, ist ihnen der Ruf des kalten Egoisten gewiss. Fürwahr, der Euro hat Europa verändert. Es ist zum Schaudern.



Die Töne werden zunehmend schärfer: (v.l.) die drei Staatschefs Angela Merkel, Nicolas Sarkozy und Silvio Berlusconi

Bild: krohnfoto

Gastkommentar

Eine Alternative ist möglich

Von Barbara Rosenkranz

In den aktuellen Umfragewerten liegt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) derzeit Kopf an Kopf mit der (noch) stärksten Partei, der SPÖ. Die Partei von Bundeskanzler Werner Faymann liegt bei 29 Prozent, die Freiheitlichen liegen nur zwei Prozent dahinter. Je nach Meinungsforschungsinstitut und Befragungszeitraum soll sich das Bild bereits gedreht haben. Klar scheint in jedem Fall, dass die Österreichische Volkspartei (ÖVP) deutlich abgeschlagen auf dem dritten Rang liegt. Während sich die österreichischen Grünen zwar über einen deutlich Zuwachs freuen können, sind sie mit nur 13 Prozent von bundesdeutschen Fabelwerten weit entfernt. Die Freiheitliche Partei befindet sich als einzige politische Kraft in Österreich auf einem Höhenflug und kann beruhigt in Richtung Nationalratswahl 2013 blicken.

Die Gründe für den Aufstieg der FPÖ nach dem bitteren Niedergang in der schwarz-blauen Regierung, der im Jahr 2005 in einer Parteiabspaltung mündete, sind freilich mannigfaltiger Art. Ein gewichtiger Grund für den Zuspruch in der österreichischen Bevölkerung liegt in der klaren Haltung der FPÖ in der Frage der Euro-Rettung. In Zeiten, in denen nicht nur die österreichische rot-schwarze Bundesregierung Milliardenzahlungen in die so genannte Euro-Rettung versenkt, bleibt einzig die Freiheitliche Partei, die auf Seiten der zu Recht empörten Bürger steht. Es ist nur verständlich, dass sich dies auch in positiven Umfragewerten niederschlägt. Falsch wäre es, aber, der FPÖ vorzuwerfen, sie richte ihr Fähnlein nach dem Wind. Es ist vielmehr so, dass die Wähler die FPÖ als verlässliche Kraft sehen, die sich einen kritischen Blick bewahrt hat.

SPÖ und ÖVP halten trotz Bürgerprotesten an ihrem EU-Kurs fest

Tatsächlich waren die Freiheitlichen bis in das Jahr 1992 die einzige Partei Österreichs, die eine europäische Einigung anstrebte. Die FPÖ sah (und sieht) sich allerdings während dieser Zeit eher als idealistischer Fürsprecher des de Gaulles'schen „Europas der Vaterländer“ denn als ein Anhänger einer bürokratisch-institutionellen Union mit grenzenlosen Erweiterungswünschen. Mit der Begründung, die Europäische Union habe nichts mehr mit der ursprünglichen Wirtschaftsgemeinschaft gemein, welche von den Freiheitlichen noch befürwortet wurde, knüpften die Freiheitlichen den Beitritt zur EU zunächst noch an Bedingungen, kurze Zeit später lehnten sie ihn vollends ab. Die FPÖ sieht seitdem in der EU die Souveränitätsrechte der Mitgliedsstaaten zu sehr beschnitten und kritisiert das Demokratiedefizit der Gemeinschaft. Diese Richtungsänderung der FPÖ lässt sich allerdings weder mit einer Fundamentalopposition erklären, noch hat sich die FPÖ zu einer „Anti-Europa-Partei“ entwickelt. Vielmehr sieht sich die FPÖ als Anwalt derjenigen Bürger, die sich von einem bürokratischen Monstrum in Brüssel drangsaliert und von der österreichischen politischen Klasse im Stich gelassen fühlen.

Als im Mai 2005 der österreichische Nationalrat über den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ abstimmte, war ich die einzige unter den Abgeordneten, die gegen die faktische EU-Verfassung stimmte. Meine damaligen Bedenken haben sich leider vollauf bestätigt.

Die vormaligen Großparteien können, trotz aller Bürgerproteste, freilich nicht aus ihrer Haut. Im Jahr 2008, kurz nach dem irischen Nein zum EU-Vertrag, kündigte der heutige Bundeskanzler Faymann gemeinsam mit dem damaligen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in der populären „Kronen Zeitung“ eine Volksabstimmung in Österreich an, sollte es zu einer Änderung des Lissabon-Vertrages kommen. Auch wenn bereits die Ausweitung des sogenannten Rettungsschirms EFSF und erst recht die geplante Installierung des dauerhaften Rettungsmechanismus ESM eindeutig eine Änderung des Lissabon-Vertrages darstellten (Verletzung der *No-bail-out*-Klausel), will sich Faymann daran heute nicht mehr erinnern.

Die ÖVP hingegen, die sich als die wahre Europa-Partei sieht, betrachtet die Bekenntnisse zu jedem noch so großen nationalen Souveränitätsabtritt an Brüssel als quasi sinnstiftend. Die größten EU-Fanatiker unter den Christlichsozialen träumen nun gar davon, Österreich als eigenständigen Staat komplett abzuschaffen. Die Nationalstaaten als Träger der europäischen Demokratien sind den ÖVP-Granden ein Dorn im Auge. Sie fügen sich damit hervorragend ins Bild ein, das die EU-Spitzen derzeit abgeben.

Auch der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, präsentiert sich im Österreichischen Fernsehen wenig demokratiefreundlich. In der ORF-Sendung „ZIB 2“ vom 10. Oktober antwortete er auf die Frage, was der größte Fehler der letzten drei Jahre in der Eurozone gewesen sei: „Wir waren nicht schnell genug. [...] Die Finanzmärkte sind schnell und wir sind langsamer. Demokratien bewegen sich langsam, weil sie auf Legitimität bedacht sein müssen. Finanzmärkte haben diese Sorge nicht und können deshalb schneller laufen. Wir müssen schneller laufen lernen.“ Die lästige Demokratie in Europa sieht Juncker offensichtlich als Klotz am Bein, da sie schnellen Entscheidungen selbsternannter Experten entgegensteht. Seine Aussage zeigt, dass die politische Klasse mittlerweile mit demokratiefeindlichen Aussagen nicht mehr hinter dem Berg hält. Vielmehr wird die Gunst der Stunde genutzt.

Die politische Klasse will die Souveränität der Nationalstaaten abschaffen

Die Euro-Krise soll ganz nebenbei dazu dienen, Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten massiv zurückzudrängen. Der Rettungsfonds ESFS will bereits jetzt immer mehr Befugnisse erhalten, während der geplante Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der den ESFS ablösen soll, das vornehmste Recht aller nationalen Parlamente, die Budget-hoheit, endgültig aushebeln wird. Er soll mittels eines Vertrages der Euro-Staaten als rechtlich selbstständiges Völkerrechtssubjekt installiert werden. Der ESM wäre dann eine rechtlich vollkommen selbstständige und unabhängige Einrichtung, deren leitender „Gouverneur“ (samt Mitarbeiterstab) in einem rechtsfreien Raum agieren kann und völlige Immunität genießen wird. Die einzelnen nationalen Parlamente sind dann zu bloßen Erfüllungsgehilfen degradiert.

Genau das ist es, was die Brüssler Zentralisten seit jeher anstreben: die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, die nicht von gewählten Regierungen geleitet werden, sondern durch einen „Expertenrat“, der nicht durch einen lästigen Legitimationsdruck gehemmt ist. Richard Sulík, als slowakischer Parlamentspräsident wegen seiner Ablehnung des „Rettungsschirms“ von der politischen Klasse mit Amtsentzug abgestraft, brachte es auf den Punkt: „Verglichen mit dem, was im Begriff ist zu entstehen, war der von der Sowjetunion diktierte sozialistische Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe nur ein Kaffeekränzchen.“

Den freiheitsliebenden Parteien in Europa kommt in dieser Stunde die Aufgabe zu, diese Entwicklung als Irrweg zu entlarven. Meine feste Überzeugung ist: Demokratie und ein „Europa der Vaterländer“ sind die Alternativen, die – konsequent verfolgt – von den Bürgern gewünscht und unterstützt werden.

Barbara Rosenkranz ist FPÖ-Politikerin und Landesrätin von Niederösterreich. Sie kandidierte im vergangenen Jahr für das Präsidentenamt in Österreich.

Vision von einem »neuen Menschen«

Der Bildhauer Ernst Barlach war weitaus mehr als nur ein Schöpfer grandioser Skulpturen

Der Name Ernst Barlach ist meist eng mit seinen Skulpturen verbunden. Der Schöpfer eindringlicher Menschenbilder aus Holz und Bronze hat sich jedoch auch mit Literatur und Grafik beschäftigt.

„Man klebt die Etiketten ‚kultisch‘ und ‚mystisch‘ auf meine Arbeiten und zerbricht sich den Kopf darüber, welche Rätsel ich aufgebe und mit wie viel Geschick ich deren Lösung erschwere. Mein Glaube ist: Was sich nicht in Worten ausdrücken lässt, kann durch die Form verfügbar werden und in den Besitz eines anderen übergehen. Ich brauche einen Gegenstand, an dem ich mir die Zähne zu Stücken zerbeiße“, schrieb Ernst Barlach (1870–1938) sechs Jahre vor seinem Tod.

Barlach hat sich stets gewehrt, in eine Schublade gesteckt zu werden. Wie vielfältig sein Schaffen war, macht eine Ausstellung mit dem Titel: „Mythos und Zukunftstraum“ der Ernst Barlach Stiftung Güstrow deutlich. Sie zeigt, in welcher Weise sich der Künstler in seinen Werken mit Mythen auseinandersetzte. Zu sehen sind Handschriften seiner Dramen und Prosatexte, bibliophile Kostbarkeiten aus Barlachs Lebzeiten, Publikationen seiner literarischen Werke bis in die jüngste Zeit, Illustrationen zu eigenen und fremden Texten sowie meisterhafte Handzeichnungen und Plastiken. Darüber hinaus sind Druckgrafiken als Einzelblätter und als Mappenwerke aus Paul Cassirers berühmter Pan-Presse zu sehen.

> Der Mensch in seiner Verbundenheit mit dem Kosmos

Auf großes Interesse stoßen Lithografien zu Barlachs erstem Stück „Der tote Tag“, seine Holzschnitte zur „Walpurgisnacht“ aus Johann Wolfgang von Goethes „Faust I“ sowie die Skizzen zu Heinrich von Kleists „Michael Kohlhaas“ und zum „Nibelungenlied“. Die Auseinandersetzung mit dem Mythos nehme im Werk Barlachs einen zentralen Platz ein, betont Helga Thieme, Kuratorin der Ausstellung. „Aus der Wahrheit der mythischen Geste schöpfte der Künstler Sinnbilder für das Leiden des Menschen, für seine Größe, für seine ‚Angelegenheiten‘, wie er es nannte.“ Seine Arbeit am Mythos sei verbunden mit der expressionistischen Vision von einem „neuen Menschen“. Er entnahm sie unter anderem aus dem Mythos „Sonne-Mond“, „Pferd“, aus dem literarischen „Faust“ und aus den „Nibelungen“. Aber nicht als Theorie, sondern als existenziell und in einer „künstlerischen Sinnübermittlung“.

Ernst Barlach, einer der bekanntesten und bedeutendsten Künstler des frühen 20. Jahrhunderts, fand auf einer Russlandreise im Sommer 1906 sein Thema: den einfachen Menschen in seiner Gebundenheit an Kosmos, Natur und Umwelt. Die dort erlebten einfachen, unverbildeten und bodenverwachsenen Menschen wurden für ihn chiffrenhaft zum Symbol der menschlichen Existenz schlechthin.

Der Künstler, der sich in der Großstadt nie wohlgefühlt hatte, war 1910 ins mecklenburgische Güstrow gezogen. Dort fand er in kleinstädtisch-ländlicher Abgeschiedenheit die Ruhe, die er benötigte, um in höchster Konzentration das Wesen seiner Figuren herausarbeiten zu können. Dort entstanden auch seine Dramen „Der tote Tag“ (1912), „Der arme Vetter“ (1918) und „Der blaue Boll“ (1926). „Der tote Tag“, an dem Barlach seit 1907 gearbeitet hatte, wurde 1912 bei Julius Sittenfeld in Berlin gedruckt und in zwei Ausgaben veröffentlicht: als Buchausgabe und als Mappe mit Textband und 27 Lithografien. Am 3. Dezember 1917 las im Kunstsalon Paul Cassirer der berühmte Schauspieler Friedrich Kayßler Ausschnitte aus dem Drama. Theodor Däubler sprach dazu über den Dramatiker Ernst Barlach und rief so erstes öffentliches Interesse hervor. Im April 1919 kam es dann zu einer ersten Aufführung im Berliner Lyceum-Club.



Leo von König: Porträt Ernst Barlach (Öl, 1937; im Besitz des Hamburger Ernst-Barlach-Hauses) Bild: Archiv

Die Kritik ging nicht gerade glimpflich mit Barlach um, der 1924 mit dem Kleist-Preis, dem bedeutendsten Literaturpreis der Weimarer Republik, ausgezeichnet worden war. So urteilte Thomas Mann im gleichen Jahr über Barlachs „Toten Tag“: „Gar zu unkollegialisch sondert sich dieser Outsider mit seinem Stück von ihnen ab, – es steht tatsächlich außer aller Literatur, etwas Wildbürtiges, schwerfällig Urwüchsiges und Unzünftiges, etwas Unmodisches, ja Uncivilisiertes haftet ihm an, es ist ein Werk sui generis, ausgefallen und unmöglich, grundkühn und grundsonderbar – das Stärkste und Eigentümlichste, meiner unmaßgeblichen Meinung nach, was das jüngste Drama in Deutschland hervorgebracht hat.“ „Der blaue Boll“ kam bei Zeitgenossen weitaus besser weg. Der Kritiker und Schriftsteller Monty Jacobs schrieb 1930 über die Premiere: „Seltsam, wie persönlich, wie lebendig sie zu uns sprechen, diese Grübler und Visionäre! Deshalb fangen sie uns ein, auf der Straße, oben auf dem Kirchturm und am stärksten in der Gaststube des Hotels ‚Zur goldenen Kugel‘. Dass sie alle einen kleinen Sparren haben, steigert nur den Reiz ihrer Bekanntschaft.“

Wer mehr über Ernst Barlach und sein Werk erfahren will, der kann auf unterhaltsame Weise in dem Buch „Auf den Spuren von Ernst Barlach“ wandeln, das nun in zweiter Auflage erschienen ist. Der im ostpreußischen Seeburg geborene Wolfgang Tarnowski hat diesen Führer geschrieben, Toma Babovic die Barlach-Stätten fotografiert. Entstanden ist ein prächtiger Bildband, der leider zu groß ist, um ihn mit auf Reisen zu nehmen.

Silke Osman

Die Schau im Ausstellungsforum-Graphikkabinett Am Heidberg, Güstrow, kann bis zum 15. Januar 2012 dienstags bis sonntags von 11 bis 16 Uhr besichtigt werden, Eintritt 6/4 Euro. Das Buch „Auf den Spuren von Ernst Barlach“ ist im Ellert & Richter Verlag, Hamburg, erschienen (96 Seiten mit 90 Abb.) und kostet 14,95 Euro.

In Kürze

Mischwesen und Nebenwelten

Wenn an diesem Sonntag im Kölner Käthe-Kollwitz-Museum Klaviermusik erklingt, dann hat das durchaus etwas mit der aktuellen Ausstellung zu tun. Gezeigt werden dort nämlich weit über 100 hochkarätige Werke des böhmischen Grafikers Alfred Kubin. Und zu hören ist unter anderem Erich Apostels Klaviermusik „Kubiniana“, die 1947 nach Zeichnungen Kubins entstand. Das Musikprogramm wird durch Auszüge aus Kubins Roman „Die andere Seite“, Arthur Schnitzlers „Traumnovelle“ sowie durch expressionistische Lyrik ergänzt. In der Ausstellung ist ein großer Teil des Kubin-Bestands des Kunstforums Ostdeutsche Galerie, Regensburg, zu sehen, der sich hauptsächlich aus späten Arbeiten des Künstlers zusammensetzt. In Köln wurde dieser Bestand durch bedeutende Blätter aus dem Frühwerk ergänzt. Kubins Arbeiten faszinieren trotz seiner Darstellung der Schattenseiten des Lebens, manche Blätter wirken geradezu bedrohlich durch gespenstische Mischwesen und Nebenwelten, die der Künstler dem Betrachter vor Augen hält. *os*



Bild: Eduard Spangenberg

Alfred Kubin: Grotesker Tanz (Feder / Aquarell, um 1922 / 1923, Ausschnitt)

Die Ausstellung „Alfred Kubin. Nebenwelten“ im Käthe-Kollwitz-Museum, Neumarkt 18-24, Köln, ist bis zum 4. Dezember dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr, am Wochenende 11 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 3/1,50 Euro, Katalog 19,80 Euro. Das Konzert findet am 30. Oktober, 19 Uhr, statt. Eintritt 12 Euro.

Deutsche Schule und italienische Leichtigkeit

Der Königsberger Otto Nicolai bezaubert mit seinen Kompositionen damals wie heute sein Publikum

Obwohl Berlin drei Opernhäuser hat, fahren Opernfreunde immer häufiger in die „Provinz“. In Dessau oder in Cottbus hört man inzwischen seltene Werke oder junge Künstler, was ebenso zum Erlebnis wird wie ein Abend in der Hauptstadt.

Inzwischen ist auch Chemnitz das Ziel „musikalischer Entdeckungsreisen“ geworden; wiederholt wurden dort Werke ausgegraben, die rundweg auf Zustimmung stießen, etwa Emil von Rezniceks Oper „Benzin“ und mehr noch zwei kaum bekannte Opern von Otto Nicolai, darunter in diesem Frühjahr die 1841 uraufgeführte Oper „Il Proscritto“, die 1844 in Wien als „Die Heimkehr des Verbannten“ in Szene ging – wie unlängst in Chemnitz.

> Harte Jugend in Königsberg

Otto Nicolai ist einer der größten Musiker, den Ostpreußen der Welt geschenkt hat. Etwas abschätzig wird heute mitunter gesagt, man kenne ihn nur noch als Begründer der Wiener Philharmoniker und als Komponist der „Lustigen Weiber von Windsor“. Wie ungerecht dieses Urteil ist, zeigt sich immer dann, wenn geistliche oder auch weltliche Werke von Nicolai aufgeführt werden, die fast immer großes Staunen angesichts der Musikalität der einzelnen Stücke hervorrufen.

Otto Nicolai wurde am 9. Juni 1810 (einen Tag nach Robert Schumann) in Königsberg geboren, im Haus Steindamm 127. Er starb kurz vor Vollendung seines 39. Lebensjahres 11. Mai 1849 in Berlin, ist also – wie etwa Mozart oder Schubert – eines der vielen Beispiele früh vollendeter Lebensläufe. Seine Kindheit in Königsberg war äußerst hart; der ehrgeizige Vater hatte das Amt eines Musikdirektors inne und wollte die musikalische Begabung des Jungen für sich nutzen. Genügte ihm der kleine Otto nicht, gab es Prügel und Haftstrafen. Einmal, so sagt es eine Quelle, sperrte ihn der Vater mitten im Winter trotz „aller verzweifelsten Zeichen der Furcht“ über Nacht in eine Bodenkammer, „wo man den Armen früh fast erstarrt fand“. Im Frühjahr 1826 lief Otto endgültig von zu Hause davon; es war ein Glück, dass er in der Nähe von Stargard einen musischen Gönner fand, der ihn ein Jahr lang regelrecht „durchfütterte“.

Nicolais musikalische Lehr- und Wanderjahre begannen dann 1827 in Berlin, das damals in hoher kultureller Blüte stand, wofür Namen wie Humboldt, Zelter, Schadow und Schinkel stehen. Gerade Zelter, Leiter der Singakademie, förderte den jungen Nicolai nach Kräften. Dessen Mehrfachbegabung als Komponist, Dirigent, Sänger und Pianist (später noch als Publizist für Schumanns „Musikalische Wochenzeitung“) half ihm zeitlebens, prekäre äußere und künstlerische Situationen zu überstehen.



Otto Nicolai: Der Komponist schrieb nicht nur die Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ Bild: Archiv

Im Jahr 1837 wurde er Verantwortlicher für Kirchenmusik an der preußischen Gesandtschaft in Rom. Es zeichnet den hohen Kunstsinn vieler damaliger preußischer Staatsdiener aus, die sich in einer heute kaum vorstellbaren Weise für die Förderung von Kunst und Wissenschaften, in Italien besonders der Altertumswissenschaften einsetzten.

Nicolai hat in Italien in rascher Folge drei Opern komponiert, „Templario“ 1839 in Turin, „Gildippe ed Odoardo“ 1840 in Genua, „Il Proscritto“ 1841 für die Mailänder Scala. Mit diesen dem Vorbild der italienischen Oper verpflichteten Werken war der Boden für Deutschland bereitet.

Ein kurzes Gastspiel 1837 in Wien war noch erfolglos, aber 1841 wurde er Kapellmeister an der k.u.k. Hofoper. Das etwas träge gewordene Opern- und Konzertleben frischte er derart auf, dass er endlich hoffen konnte, für länger in gesicherter Position arbeiten zu können.

> Schadow hielt ihm die Totenrede

Sein Wiener Ruhmesblatt ist in der Tat die Einrichtung sogenannter Philharmonischer Konzerte, zu denen er die besten Musiker der Stadt verpflichten konnte, die – ganz ungewohnt damals – große Orchesterwerke als Ganzes aufführten und oft selbstverliebte Gesangskünstler nur wenig berücksichtigten. Ein Kritiker schrieb damals: „Die Begeisterung pflanzte sich aus dem Saal in die gesellschaftlichen Privatkreise fort, und der Name Beethovens, der Ruhm Nicolais und seiner Heldenschar tönte von allen Lippen.“

Wie Musiker unserer Tage wurde aber damals schon auch Nicolai ein Opfer von Intrigen. Alle Pläne zerfielen, so dass er, nach der 400-Jahrfeier der Universität Königsberg bestens beim preußischen König eingeführt, dessen Angebot einer Kapellmeisterstelle an der Königlichen Oper in Berlin annahm.

Nur zwei Jahre waren ihm hier noch vergönnt, in denen er nicht nur als gefeierter Komponist und erfahrener, mitunter freilich auch aufbrausender Operndirigent wirkte, sondern auch seine Erfolgsoper „Die lustigen Weiber von Windsor“ komponierte, die am 9. März 1849 unter seiner Leitung uraufgeführt wurde. Deren Siegeszug hat er nicht mehr erlebt.

Zwei Monate später, am 11. Mai, starb er an einem Blutsturz. Posthum wurde er in die Akademie der Künste aufgenommen, der doppelt so alte Schadow hielt ihm die Totenrede. „Deutsche Schule muss da sein“, hatte Nicolai in seinen ersten Italienjahren geschrieben, „das ist die erste Bedingung, aber italienische Leichtigkeit muss dazukommen. So ist Mozart entstanden, und wenn ich seinen Geist hätte, so könnte ich auch etwas Gutes machen.“ In seinen besten Werken ist ihm das beglückend gelungen.

Dirk Klose

Die Wahrheit über Ilja Ehrenburg

Präsentation eines neuen Werkes zum Streit um die Benennnung einer Rostocker Straße nach dem sowjetischen Propagandisten

Vorletzten Donnerstag fand in der Rostocker Universitäts-Buchhandlung Thalia die Buchpräsentation des 9. Bandes der Schriftenreihe „Diktaturen in Deutschland" statt. Dabei handelt es sich um eine Dokumentation zum Streit um die Namensgebung der Ilja-Ehrenburg-Straße in Rostock-Toitenwinkel, der seit rund zwei Jahrzehnten in der Stadt schwelt und bundesweite Aufmerksamkeit erregte und immer noch erregt.

Das Buch unter dem Titel „Ilja Ehrenburg ‚Töte!'" ist eine gemeinsame Initiative der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland und des ß Verlages aus Rostock. Herausgeben von Fred Mrotzek von der Universität Rostock und Ingo Sens vom ß Verlag wurden die Dokumente von Studenten der Geschichts- und Politikwissenschaften der Universität zusammengestellt.

Eingeleitet wird diese Dokumentensammlung durch drei Artikel aus der Feder des Professors Ingo von Münch, Hamburg, des ehemaligen Oberbürgermeisters Rostocks und Professors Dieter Schröder, Born, und der studentischen Forschungsgruppe. Schwerpunkte dabei sind „Ilja Ehrenburg im Urteil der Geschichte" (von Münch), „Straßennamen – eine besondere kommunalpolitische Herausforderung" (Schröder) und „Die Benennung der Ilja-Ehrenburg-Straße" (Hackbarth/Henschel/Wolf). Darüber hinaus hatten alle politischen Parteien der Rostocker Bürgerschaft die Möglichkeit eine aktuelle Stellungnahme zur Problematik abzugeben. Abgeschlossen wird der Band durch den Abdruck eines Kapitels aus v. Münchs eindrucksvoller Studie „Frau, komm!" über die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen durch Angehörige der sowjetischen Streitkräfte 1944/45.

Nach einer Begrüßung durch Werner Müller vom Historischen Institut der Universität Rostock ging das Wort an Fred Mrotzek, der das Auditorium in die Dimensionen und Facetten von Schuld einführte beziehungsweise die Frage von Opfer und Täter während und nach dem Zweiten Weltkrieg erörterte. Den Hauptteil der Veranstaltung bestritt der bekannte Völkerrechtler und ehemalige Zweite Bürgermeister Hamburgs Ingo von Münch, in den 90er Jahren Professor an der Juristischen Fakultät der Rostocker Universität. Dieser brachte dem Publikum Ehrenburg über dessen Autobiografie „Menschen, Jahre, Leben" näher. Allein anhand dieses Dokumentes zeigte v. Münch eindrucksvoll, dass Ehrenburg keinesfalls der große Menschenfreund und Systemkritiker gewesen war. Die Frage, ob Ehrenburg eine Ehrung, welcher Art auch immer, verdiene, ist aus von Münchs Sicht nicht mit letzter Gewissheit zu klären. Jedoch schloss er seinen Vortrag mit einem auch im Buch enthaltenen Text:

„Ehrenburg selber würde sich vermutlich sehr darüber wundern, dass in Rostock eine Straße nach ihm benannt wurde. Vielleicht würde er diesen Vorgang der ‚Liebedienerei' und der ‚Katzbuckelei' zuordnen, die Ehrenburg bei der verängstigten Bevölkerung der Stadt Rastenburg in Ostpreußen nach deren Besetzung durch die sowjetischen Truppen bemerkt haben wollte. In Russland selbst ist man, was frühere Straßennamen betrifft, offensichtlich schon weiter als einige Politiker in Rostock: Im Rat für die Entwicklung der demokratischen Institutionen und der Zivilgesellschaft beim russischen Präsidenten ist vorgeschlagen worden, die Bezeichnungen von Straßen und Plätzen aus der Sowjetzeit zu überprüfen. Fest steht jedenfalls: Wer nach alldem, was wir heute über Ehrenburgs Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges und danach wissen, an einer ihn ehrenden Straßenbenennung festhält, handelt unbegreiflich."

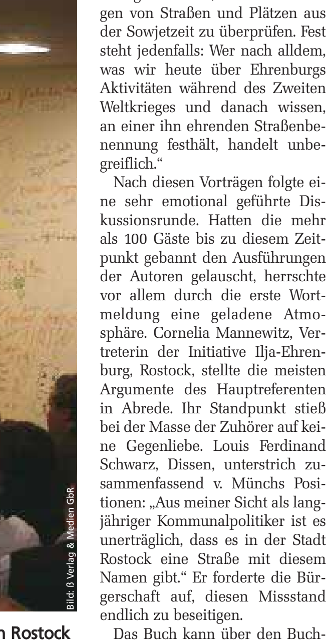



Bild: ß Verlag & Medien GbR

Sehr emotional und mit 100 Gästen gut besucht: Präsentation des Buches „Ilja Ehrenburg ‚Töte!'" mit Ingo v. Münch in Rostock

Nach diesen Vorträgen folgte eine sehr emotional geführte Diskussionsrunde. Hatten die mehr als 100 Gäste bis zu diesem Zeitpunkt gebannt den Ausführungen der Autoren gelauscht, herrschte vor allem durch die erste Wortmeldung eine geladene Atmosphäre. Cornelia Mannewitz, Vertreterin der Initiative Ilja-Ehrenburg, Rostock, stellte die meisten Argumente des Hauptreferenten in Abrede. Ihr Standpunkt stieß bei der Masse der Zuhörer auf keine Gegenliebe. Louis Ferdinand Schwarz, Dissen, unterstrich zusammenfassend v. Münchs Positionen: „Aus meiner Sicht als langjähriger Kommunalpolitiker ist es unerträglich, dass es in der Stadt Rostock eine Straße mit diesem Namen gibt." Er forderte die Bürgerschaft auf, diesen Missstand endlich zu beseitigen.

Das Buch kann über den Buchhandel, über die ß Verlag & Medien GbR, Kröpeliner Straße 78, 18055 Rostock, Fax (0381) 25295091, E-Mail: eszet-verlag@web.de, oder die Universität Rostock, Historisches Institut zu einem Preis von 15 Euro bezogen werden. *C.N.*

Ein »Traum« wird 100

Chevrolet – Symbol der US-amerikanischen Hegemonie

Deutschland nach der Währungsreform. Damals hatten die automobilen Träume einen Namen: Chevrolet, kurz Chevy, das Synonym für große, weite Welt, für Freiheit und Luxus – „american way of life" auf vier Rädern. Heute kommt niemand mehr ins Träumen und Schwärmen, wenn er einen Chevrolet vor sich sieht. Unter dem altehrwürdigen Markennamen verkauft GM in Deutschland Allerweltsgefährte aus fernöstlicher Produktion. Sie erinnern nicht unbedingt an Straßenkreuzer, einige Modelle eher an motorisierte Gehhilfen. Auch dies ein Symbol: für den Niedergang der amerikanischen Hegemonie.

Dennoch hat Chevrolet in diesen Tagen Grund zum Feiern, der 100. Geburtstag steht an. Am 3. November 1911 nahm die Firma den Konkurrenzkampf gegen Fords legendäre „Tin Lizzy" auf.

Der Gründer, Louis Chevrolet, war an Weihnachten 1878 in La-Chaux-de-Fonds im schweizerischen Kanton Neuenburg zur Welt gekommen. Der Vater war Uhrmacher, von ihm hatte der Junge wohl die Begeisterung für alles Technische übernommen. Als er elf Jahre alt war, siedelte die Familie uns ins südwestfranzösische Beaune. Bald schon begann Louis in einer Fahrradwerkstatt zu arbeiten; in der Freizeit versuchte er sich als Radrennfahrer. Zunächst mit mäßigem Erfolg, also tüftelte er alle möglichen technischen Tricks aus, um seine Velos schneller zu machen.

Sein Schlüsselerlebnis hatte Louis als 18-Jähriger. Ein reicher Amerikaner, der die berühmte Weinbauregion bereiste, suchte seine Werkstatt auf, um eine Panne reparieren zu lassen. Die Arbeit des jungen Schweizers begeisterte ihn dermaßen, dass er ihn einlud, nach Amerika zu kommen und dort sein Glück zu versuchen. Als sich dann herausstellte, wer der Amerikaner war, gab es für Chevrolet kein Halten mehr – ab nach Amerika.

Der Werkstattkunde nämlich war William K. Vanderbilt, Sprössling der schwerreichen US-Eisenbahn-Dynastie, der seinen Erfinder-Talent von 55 Millionen Dollar in Frankreich als Jockey und Rennpferdehalter verlebte. Gern folgte Chevrolet dem Rat des 30 Jahre älteren Amerikaners.



Bild: Archiv

Gründer und Namensgeber: Louis Chevrolet

1901 begann er in New York bei De Dion-Bouton zu arbeiten, einem von zwei Franzosen aufgebauten Autohersteller. Bald beteiligte der Ex-Radrennfahrer sich an Autorennen, fuhr 1905 den ersten Sieg herein. Zufrieden war er damit noch nicht. Er wollte im eigenen Fahrzeug siegen.

Ende 1911 war es soweit: Gemeinsam mit William Durant, dem Gründer der „General Company of New Jersey", gründete er am 3. November die „Chevrolet Motor Car Company". Die freundschaftliche Partnerschaft währte nicht lange. 1915 hatten der Schweizer und der Amerikaner sich so zerstritten, dass Chevrolet seine Firmenanteile an Durant verkaufte, der ein Jahr später seine beiden Firmen zu „General Motors" (GM) verschmolz.

Chevrolet blieb – neben Cadillac, Buick und Pontiac – jahrzehntelang eine der Kernmarken des Konzerns und stand immer wieder an der Spitze der weltweiten Verkaufsstatistiken. Insgesamt wurden bislang über 85 Millionen Chevrolet-Autos produziert.

Louis Chevrolet selber war weniger erfolgreich. Hin und wieder gewann er ein Autorennen, beendete die Karriere aber 1920 nach dem tödlichen Rennunfall seines Bruders Gaston. Versuche, eine Flugmotorenproduktion aufzunehmen, scheiterten. Die letzten Lebensjahre verbrachte er in Armut. Zuletzt bot GM ihm aus sozialen Gründen eine Stellung an, die er aber aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr annehmen konnte. 1941 starb Chevrolet in Florida; beigesetzt wurde er in der Nähe der Rennstrecke von Indianapolis.

Der Heimatliebe des Gründers verdankt Chevrolet auch heute, nach 100 Jahren, noch sein Markenemblem: ein stark verfremdetes silbernes Schweizerkreuz.

Hans-Jürgen Mahlitz

Unvollendetes Heiligtum

Das Mount Rushmore National Memorial wird 70 Jahre alt

Es entspricht so trefflich dem Zerrbild vom materialistischen US-Amerikaner, für den alles Geschäft ist: Während in anderen Ländern Symbole und Wahrzeichen der Nation mit dem Aufkommen des Massentourismus zu Touristenattraktionen geworden sind, haben die US-Amerikaner eine Touristenattraktion zum Nationalheiligtum erkoren. Die Rede ist vom Mount Rushmore National Memorial.

Landestypisch für diesen Staat, in dem alles eine Nummer größer ist, sind auch die Ausmaße. Deutlich wird das im Showdown, dem dramatischen Finale des Hitchcock-Klassikers „Der unsichtbare Dritte", in dem Cary Grant und Eva Marie Saint in dem Monument auf der Flucht vor den Verbrechern um ihr Leben kraxeln. Immerhin 18 Meter sind die Köpfe der vier US-Präsidenten George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln hoch.

Typisch für das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" sind auch die modernen Mittel, mit denen die vier Präsidentenköpfe aus dem Berg mit dem Namen Mount Rushmore herausgeschält wurden. Mit Hammer und Meißel, klassischen Werkzeugen eines bildnerischen Künstlers, wurde hier nur die Feinarbeit gemacht. Bei diesen Größenordnungen mussten gröbere Mittel verwendet werden, wollte man mit den rund 400 Mann auskommen, die zur Verfügung standen. So kamen Presslufthammer und Dynamit zur Anwendung. Neun Zehntel der rund 450000 Tonnen abgeschälten Gesteins wurden mittels Sprengstoff entfernt. Folgerichtig kamen bei diesem Kunstwerk auch in hohem Maße Minenarbeiter zum Einsatz, für welche die überirdische Arbeit an einem Nationalmonument sicherlich eine interessante Abwechslung darstellte. Gelobt wird denn auch die Loyalität der an dem Werk beteiligten Arbeiter.

Mehr als zwei Millionen Besucher des Mount Rushmore National Memorial pro Jahr machen den Tourismus zur zweitwichtigsten Wirtschaftsbranche des US-Staates Süd-Dakota. Damit ist die Rechnung von Doane Robinson aufgegangen. 1923 schlug Süd-Dakotas Minister für Geschichte vor, mit in den Stein gehauenen Personendarstellungen Touristen in den strukturschwachen Prärie-Staat zu ziehen.



In Stein gehauen: Vier US-Präsidenten-Köpfe

Er gewann John Gutzon de la Mothe Borglum für das Projekt, der sich durch seine Arbeiten am Stone Mountain Memorial in Georgia bereits als Fachmann für derartige Großprojekte profiliert hatte. Auf Borglum geht die Wahl von Mount Rushmore zurück sowie die Darstellung von für die US-Geschichte bedeutenden Präsidenten statt der vom Minister vorgesehenen profanen Westernhelden und Indianer. Damit trug er wohl maßgeblich dazu bei, dass die Touristenattraktion zum „Heiligenschrein der Demokratie" wurde, zu dem der US-Amerikaner in seinem Leben genauso muss wie der Moslem nach Mekka.

Am 10. August 1927 wurden die Arbeiten mit einer feierlichen Ansprache des damaligen US-Präsidenten, Calvin Coolidge, aufgenommen. Der Republikaner ist auch dafür verantwortlich, dass das Monument neben dem ersten Präsidenten zwei seiner Parteifreunde und nur einen Demokraten zeigt.

Wegen Geldmangel zogen sich die Arbeiten in die Länge. Als Borglum im Alter von immerhin schon 73 Jahren am 6. März 1941 starb, war sein Werk noch unvollendet. Genau genommen blieb es das auch, denn wichtige Teile seiner Planung blieben unrealisiert. So sollten die Präsidenten eigentlich bis zur Taille dargestellt werden. Und ein in den Berg eingearbeitetes Archiv sollte Dokumente von nationaler Bedeutung aufnehmen. Es fehlte jedoch das Geld und so wurde die Arbeiten noch in Borglums Todesjahr eingestellt. Nolens volens wurde das Werk mit der Einstellung der Arbeiten am 31. Oktober 1941 für vollendet erklärt. Immerhin waren die Häupter ja bereits fertiggestellt, was dieser Interpretation eine gewisse Berechtigung verleiht. *Manuel Ruoff*

Schweden machte den Anfang

König Karl X. Gustav erkannte als erster die Souveränität des Herzogtums Preußen an

Vor 355 Jahren tobte in Ostmitteleuropa der Nordische Krieg zwischen Schweden und Polen. Am 20. November 1656 entließ der schwedische König Karl X. Gustav mit dem Vertrag von Labiau das Herzogtum Preußen in die Souveränität.

Am 16. Juni 1654 bestieg der damals erst 31-jährige Pfalzgraf Karl Gustav von Pfalz-Zweibrükken den schwedischen Thron. Er übernahm die Krone von seiner Cousine und vormaligen Braut Christina. Diese hatte wegen ihrer Konversion zum Katholizismus auf die Krone verzichten müssen. Karl X. Gustav, wie sich der Deutsche als schwedischer König nannte, sah sich Thronansprüchen durch den polnischen König Johann II. Kasimir aus der katholischen Linie der Wasa gegenüber. Diese nahm der tatendurstige Karl Gustav zum Anlass, im Juli 1655 in Polen einzumarschieren. Eine Armee unter Feldmarschall Arvid Wittenberg fiel mit 14000 Mann vom schwedischen Vorpommern aus in Polen ein. Eine zweite Armee drang von Livland aus ins damals zu Polen gehörende Litauen vor. Und Karl Gustav landete mit 15000 Mann auf Usedom und griff vom Westen her in die Kämpfe ein. Der Feld- wurde – zumindest am Anfang – ein einziger Siegeszug. Am 8. September fiel Warschau, am 16. Oktober Krakau. Johann Kasimir blieb nur die Flucht ins österreichische Exil.

Bereits am 22. Juni 1655 hatte Karl Gustav den Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg aufgefordert, seinen Leuten freien Marsch durch Hinterpommern sowie die Besetzung der Hafenstädte Pillau und Memel zu gewähren. Die Preußenherzöge waren seit Albrecht Lehensmänner Polens. Insofern war Friedrich Wilhelm an einer Schwächung Polens interessiert, um die polnische Lehenshoheit abschütteln zu können. Andererseits wollte er nicht zwischen den mächtigen Nachbarn zerrieben werden. Das Ergebnis ist das sogenannte brandenburgische Wechselfieber.

Anfänglich bemühte sich der Brandenburger um eine bewaffnete Neutralität. Die dafür nötigen Verbündeten fand er jedoch weder im sogenannten königlichen Preußen, dem heutigen Westpreußen, noch im Kaiser. Ohne starke Verbündete war Friedrich Wilhelms Neutralitätspolitik indes ebenso zur Erfolglosigkeit verdammt wie eineinhalb Jahrhunderte später die Friedrich Wilhelms III. So wie später Napoleon missachtete nun Karl Gustav die Neutralität des Hohenzollern. Bei ihrem Feldzug zogen die Schweden durch das brandenburgische Hinterpommern und im Dezember 1655 kam es zu verlustreichen Zusammenstößen zwischen Schweden und Brandenburgern.

Der Große Kurfürst verzichtete auf eine Kraftprobe mit dem sogenannten nordischen Alexander. Vielmehr willigte er in den Vertrag von Königsberg vom 17. Januar 1656 ein. In diesem erkannte er statt Polen nun Schweden als Lehensherren an. Ferner überließ er Schweden die Hälfte der preußischen Zölle und die Nutzung von Pillau und Memel. Er verpflichtete sich auf die Beteiligung an antischwedischen Allianzen zu verzichten und stellte den Schweden



Bild: Archiv

Karl X. Gustav: Gemälde aus dem Jahre 1652/53 von Sébastien Bourdon

1500 Soldaten und seine vier Kriegsschiffe zur Verfügung.

Karl Gustavs Stern hatte jedoch seinen Zenit überschritten. Das Kriegsglück wendete sich. Die Fremdherrschaft der protestantischen Schweden führte in Polen zu einem erfolgreichen katholisch-nationalistischen Aufstand. Zudem gelang es Österreich, dass Polen und Russland im April 1656 einen Waffenstillstand abschlossen und nun gemeinsam gegen Schweden kämpften. Karl Gustav musste sich aus Warschau zurückziehen und war mehr denn je auf die Unterstützung des Hohenzollern angewiesen.

Mit 1500 Mann und vier Schiffen war es nun nicht mehr getan. Mit dem Vertrag von Marienburg schlossen Karl Gustav und Friedrich Wilhelm am 25. Juli 1656 ein Offensivbündnis. Im Falle eines Sieges sollte Brandenburg-Preußen die fünf polnischen Woiwodschaften Posen, Kalisch, Sieradz, Lencziz und Wielun erhalten.

Kaum verbündet, marschierten die beiden auf Warschau. Drei Tage, vom 28. bis 30. Juli 1656, dauerte die Schlacht vor Warschau. 70000 bis 80000 Polen, Litauer und Tataren standen dabei 9000 Schweden und noch weniger Mannen Friedrich Wilhelms gegenüber. Und trotzdem trug die protestantische Allianz den Sieg davon, was weniger das Verdienst der Schweden als der Brandenburger war.

Das erhöhte Friedrich Wilhelms Bündniswert ebenso wie der Umstand, dass sich die Lage trotz des Sieges bei Warschau weiter verschlechterte. Durch das Zögern der Schweden gelang es den Polen, sich hinter die Weichsel zurückzuziehen und die Weichselbrücken hinter sich zu verbrennen. Die Russen, die seit Mai des Jahres eine Offensive in Livland durchführten, besetzten Riga. Die Polen besetzten Danzig und unterbrachen die schwedischen Verbindungen zwischen Pommern und Polen. Die Österreicher traten offen auf der Seite Polens in den Krieg ein. Und mit Polen verbündete tatarische Reitertruppen fielen wie ins Herzogtum Preußen so auch in Pommern ein und wüteten dort grauslich.

Die bei Warschau offenbar gewordene hohe Kampfkraft seiner Armee und Karl Gustavs missliche Lage erlaubten es Friedrich Wilhelm, den Preis für seine weitere Unterstützung in die Höhe zu treiben. Das Ergebnis war der Vertrag von Labiau vom 20. November 1656. In ihm entließ der schwedische König das Herzogtum Preußen in die Souveränität.

Manuel Ruoff

Ehrenbreitstein neu entdecken

Die Veränderungen durch die Bundesgartenschau eröffnen neue Perspektiven auf die preußische Festung

Nach Jahrhunderten der Wehrhaftigkeit ist die Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz heute ein geschichtsträchtiger Ort schöner Ausblicke und spannender Einblicke. Der Plan zu ihrer Erbauung stammt vom Preußenkönig Friedrich Wilhelm III., der dafür sorgte, dass rund 6500 Handwerker und Tagelöhner zwischen 1817 und 1828 auf den Ruinen des kurtrierischen Vorläufers eine gewaltige Anlage realisierten. Militäringenieure errichteten unter dem Befehl des Generalinspekteurs der preußischen Festungen Gustav von Rauch und des Inspekteurs der rheinischen Festungen Preußens Ernst Ludwig von Aster eine imposante Anlage, die auch heute noch als Wahrzeichen der Stadt Koblenz bekannt ist. Die preußischen Baumeister vernetzten gestaffelte Mauern, Gräben, Artillerie- und Infanteriestellungen sowie flankierende Wehrwerke und sogar schlossartige Bauten zu einem komplexen „Organismus“, der notfalls auch unter Beschuss funktionieren musste.

Die Festungsanlage gilt als eines der spektakulärsten preußischen Bauvorhaben der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie ist ein historisches Zeitzeugnis ersten Ranges, das zusammen mit dem Deutschen Eck zum Unesco-Welterbe Oberes Mittelrheintal gehört.

Besucher, welche die Festung vom Hochplateau her durchs Feldtor betreten, durchschreiten zunächst ein Befestigungslabyrinth bestehend aus meterdicken Wehrmauern mit Schießscharten, Tunneln, Brücken und Toren. Wenn sie den Oberen Schlosshof mit den im klassizistischen Stil gehaltenen Gebäuden erreichen, eröffnet sich ihnen eine gänzlich andere Perspektive. Und da die Festung Ehrenbreitstein in diesem Jahr als zentraler Schauplatz in die erste Bundesgartenschau in Rheinland-Pfalz miteinbezogen wurde, wurden geschichtliche Fakten und Daten neu aufbereitet, kulturhistorische Präsentationen und thematische Sonderausstellungen eingerichtet. Die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz hat somit die Gelegenheit bekommen, mit verschiedenen Aspekten des rheinland-pfälzischen Kulturerbes nicht nur bei den an Geschichte und Archäologie interessierten Zielgruppen zu punkten, sondern eine breite Öffentlichkeit anzusprechen. Zu den neuen Dauereinrichtungen auf der Festung Ehrenbreitstein gehört die multimediale Inszenierung „Ein Berg im Wandel – 3000 Jahre befestigter Ort“, die inmitten einer archäologischen Tiefengrabung unter der Großen Traverse eingerichtet wurde.

> Moderne und lebendige Präsentation

Seit diesem Jahr haben Besucher die Möglichkeit, einen anlässlich der Bundesgartenschau 2011 fertiggestellten kulturtouristischen Rundweg kennenzulernen. Zu den für das Publikum erstmals zugänglichen Bereichen entlang des neuen Erlebniswegs zur Festungsgeschichte gehört unter anderem der Komplex „Turm Ungenannt“ und „Lange Linie“. Bei einem Rundgang kann man sich zum einen Einblicke in das einstige Leben im Bauwerk und zum anderen auch einen Überblick über die Geschichte der Festung Ehrenbreitstein verschaffen. Die museal aufbereitete Zeitreise führt durch mehrere Ausstellungsbereiche, die Meilensteine der Geschichte chronologisch – von den Anfängen bis zur „Entfestigung“ durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges – veranschaulichen. Nicht nur die einzelnen Exponate, sondern auch die baulichen Gegebenheiten wie Kasematten und Geschützstellungen erinnern an den Alltag im preußischen Wehrwerk.

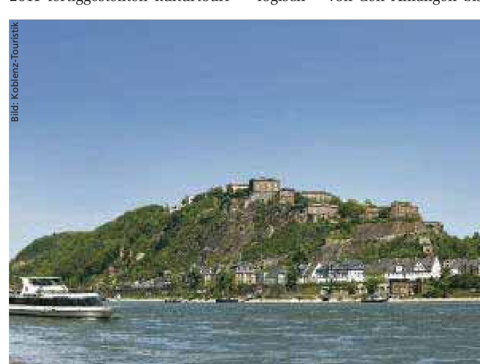


Bild: Koblenz-Touristik

Idyllisch am Rhein gelegen: Festung Ehrenbreitstein

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Festungswaffen. Anhand originaler Exponate oder Nachbauten wird ein Bogen von der wehrhaften kurtrierischen Zeit zur Preußenfestung gespannt. Der legendäre „Vogel Greif“, die „Prunkkanone“ des 16. Jahrhunderts, ist ebenso zu sehen, wie Details aus der Festungsartillerie des 19. Jahrhunderts. Eine „lebendige Werkstatt“, die als Schauraum und mit praktischen Vorführungen Einblicke ins Handwerk des damaligen Büchsenmachers gewährt, ist eine interessante Ergänzung.

Durch den Erlebnisweg zur Festungsgeschichte sind erstmals auch Dachbereiche der Festung zugänglich. Besucher können dort stehen, wo einst preußische Soldaten patrouillierten und in die Festung hinein beziehungsweise über sie hinweg sahen.

Selbst Kenner der Festung Ehrenbreitstein haben die preußische Anlage und ihre lange Vorgeschichte in dieser modernen und lebendigen Präsentationsform bisher noch nicht erlebt und schätzen die Neuerungen in und rund um das Areal. Auch wenn die Bundesgartenschau 2011 selber schon Geschichte ist bleibt den interessierten Besuchern das gewonnene Erschließungsstadium und das kulturhistorische Vermittlungspotenzial der Festung weit darüber hinaus erhalten.

Dieter Göllner

MELDUNGEN

Ostpreußischer Museumsmarkt

Lüneburg – Auch in diesem Jahr lädt das Ostpreußische Landesmuseum für den 5. und 6. November zwischen 10 und 18 Uhr zum traditionellen Museumsmarkt ein. 27 Aussteller präsentieren auf zwei Stockwerken ihre Arbeiten. Kunstvolle Keramik gehört ebenso dazu wie Schnitzereien aus dem Erzgebirge, feine Textilkunst, Bernsteinschmuck, Holzskulpturen, Goldschmiedearbeiten, handgezogene Kerzen und Produkte aus der Rigaer Seifenmanufaktur. Für den Gaumen gibt es hausgemachte Kartoffelpuffer, Lüneburger Schokotäfelchen, Marzipan und ostpreußische Pfefferkuchen. Kinder können sich im Obergeschoss unter fachkundiger Betreuung mit Stoffdruck und Aquarellmalerei beschäftigen. Nähere Informationen erteilt das Ostpreußische Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Fax (04131) 7599511, E-Mail: info@ol-lg.de *PAZ*

Symposium zu Breslaus Uni

Köln – Die Universität zu Köln und die Universität zu Breslau führen am Freitag, den 2. Dezember ein wissenschaftliches Symposium durch zu dem Thema „Zwischen Tradition und Partnerschaft – 200 Jahre Universität Breslau/Wrocław“. Veranstaltungsort ist der Tagungsraum des neuen Seminargebäudes der Universität zu Köln am Albertus-Magnus-Platz. Auf der Veranstaltung referieren Jan Harasimowicz (Breslau) über „Die Gründung und Entwicklung der staatlichen Universität zu Breslau aus historischer und hochschulpolitischer Sicht“, Manfred Alexander (Köln) über „Wissenschaftliche Kooperation im Schatten der Konfrontation des 20. Jahrhunderts. Erläutert am Beispiel Breslaus als einer Stadt der Begegnung von Deutschen, Juden und Polen“, Krzysztof Wojtowicz (Breslau) über „Die Verfassung und das politische System der Republik Polen“, Adam Jezierski (Breslau) über „Die Naturwissenschaften an der polnischen Universität Breslau/Wrocław“, Tassilo Küpper (Köln) über „Brain connectivity and synchronisation – Mathematical models of neural processes“ und Reimund Haas (Köln) über „Rheinische Kirchenrechtsgeschichte von Breslau aus – Prof. Dr. Dr. Franz Gescher (1884–1945) als Brückenbauer zwischen der Universität zu Köln und der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität“. Um Anmeldung wird gebeten bei der Breslauer Sammlung Köln, Markmannsgasse 7, 50667 Köln, Telefon (0221) 2582676 montags 10 bis 15 Uhr, Mobil 0177/7642470 ganztags von 9 bis 17 Uhr, E-Mail: tobias.koerfer@breslauer-sammlung.de *PAZ*

Symposium in Rheinsberg

Rheinsberg – Vom 11. bis 13. Mai nächsten Jahres findet in Rheinsberg das 21. Symposium zur Fridericianischen Zeit statt. Die Veranstaltung wendet sich an interessierte Laien und stellt verschiedene Themen zu Friedrich dem Großen vor. Informationen versendet Jürgen Ziechmann, Villa Sanssouci am Kanal, 26203 Südmoslesfehn. *J.Z.*

Politiker haften nie persönlich

Zu: „Marsch der Marionetten“ (Nr. 41)

Hans Heckel ist nicht nur ironisch treffend spitzfindig in seinen Wochenrückblicken. Er ist auch offen in Schlußfolgerungen seiner Erkenntnis zur „Lage der Nation“ heute. Dank dafür!

Besonders wichtig erscheint mir sein Hinweis auf den Beginn der von unseren politischen Staatsführungen zu verantwortenten Dauerverschuldung seit 1970 ff. Wenn er sagt, „dass kaum ein Politiker willens und imstande ist“, Schulden aus einer manchmal vollen Staatskasse zu begleichen, dann hat er den Nagel voll getroffen. Weil der Politiker „schließlich wiedergewählt werden will“.

Und damit haben wir wohl den entscheidenden Punkt unserer Schuldenmisere gefunden: Wir werden von Politprofis geführt. Und diese brauchen Wählermehrheiten, um ihre hochdotierten Einkünfte zementieren zu können. Wozu sie gerne Schulden zu machen bereit sind. Wofür sie leider niemals persönlich haften müssen. An dieser Stelle darf ich Heckel ergänzen: Das Dilemma wurzelt dabei in dem derzeit bei uns geltenden Wahlrecht: Die gefährlicheren Politprofis, die ihre Dauereinkünfte für alle Zeit sichern wollen, sind nicht wirklich abwählbar. Sie sind per Landeslisten ihrer Parteien schon vor den Wahlen „Erwählte“! Womit auch deutlich wird, dass die ständig allüberall in Deutschland hochgejubelte Demokratie eigentlich nur eine Scheindemokratie ist.

Damit will ich von Heckel, dass Spekulanten wie Soros die gleiche Masche wie Gewerkschaften verfolgen, Massen Unwissender zu gewinnen suchen, um Zustimmung zu erlangen, nicht widersprechen. Aber warum sind unsere Politprofis nicht früher dagegen eingeschritten? Vielleicht wohl, weil sie per Landesbanken reichlich neben Steuereinnahmen auch Spekulationseinnahmen angepeilt hatten!

Manfred Laufer, Meppen

Mangelnde Legitimation

Zu: „Unproduktives Chaos im Hause Ashton“ (Nr. 41)

„... ist der Dienst mehr mit sich selbst, mit internen Machtkämpfen und nicht funktionierenden bürokratischen Abläufen beschäftigt.“

Damit zeigt der Europäische Auswärtige Dienst sich als schönes Beispiel für Parkinsons Gesetz, nachdem die tyische Bürokratie mangels sinnvoller Aufgaben beginnt sich mit sich selbst zu befassen, zu wachsen und immer mehr Kosten zu verursachen.

Die Absurdität dieses undemokratischen „Dienstes“ resultiert aus seiner mangelnden Legitimation: Es existiert kein europäisches Staatsvolk, das nach außen hin vertreten werden müsste, und erst recht keine Verfassung für den gewollten Bundesstaat EU. Es war, ist und bleibt eine Utopie, innerhalb weniger Jahrzehnte über zwei Dutzend jahrhundertelang gewachsene Nationen mit eigenen Kulturen und Religionen, mit extrem unterschiedlicher Wirtschaftskraft und Gesetzgebung mal eben so zu einer Union zu vereinigen.

Ein Skandal ist es aber auch, dass wir alle ungefragt dieses Monster alimentieren müssen, ohne je Rechenschaft über seinen Nutzen zu bekommen. Typisch EU!

Dietmar Fürste, Rattiszell

Clowns der Banken

Zu: „Marsch der Marionetten“ (Nr. 41)

Mit der Idee John Maynard Keynes wurde die Staatsverschuldung als Mittel zum Zweck erhoben. Mit dem Haavelmo-Theorem, das eine Selbstfinanzierung der Staatsausgaben bei Anhebung des Steuersatzes behauptet, erfuhren die Staatsschulden ihre Legitimation. Wann wird neben Bankenbashing endlich auch Ökonomenbashing „trendy“?

Und jetzt geruhen die sogenannten Wirtschaftswissenschaftler auch noch, den nächsten Abschwung herbeizureden. Sie werden leider Recht behalten (selbsterfüllende Prophezeiung), weil sich kein Manager traut, gegen diese Meinung zu handeln.

Das Geschäftsinteresse der Groß-Spekulanten liegt auf der Hand. Und zumindest in Deutschland sind die Leute von „attac“, die so tun, als ob sie das Volk vertreten, im Schlepptau von Rot-Grün und DGB nichts als Clowns der Banken: weil sie den Euro erhalten wollen. Doch ohne Abschaffung des Euro und Wiedereinführung der D-Mark machen die Proteste für die Deutschen keinen Sinn.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf

Zu viele Opfer

Zu: „Symbolische Wiedergutmachung“ (Nr. 40)

Zum Bericht über die deutsche Kolonialzeit möchte ich Folgendes zur Zahl der in Deutsch-Südwestafrika ums Leben gekommenen Afrikaner in den Aufstandsjahren anmerken: Der Verfasser des Artikels sollte sich der Mühe unterziehen, in der historischen Literatur sich selbst hierüber zu unterrichten. Die Historiker streiten bis heute über die Zahlen. Die Frage nach der Höhe der Opfer und Überlebenden wird niemand beantworten können. Die Zahl ist ungenau dokumentiert. In der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur werden keine oder abweichende Zahlen angegeben. Ohne Zweifel, es waren leider allzu viele Opfer.

Der Apartheitsstaat in Südafrika wurde nicht so sehr von den Briten geschaffen, sondern es waren überwiegend burische Elemente unter der weißen Bevölkerung Südafrikas.

Georg Striegel, Erlangen



Gesichtet in Königsberg: Auto eines russischen Halters signalisiert Bekenntnis zum ursprünglichen Namen der urdeutschen Pregelstadt

Bild: W. Reith

Lob für Satire

Zu: „Die Dampfwalze“ (Nr. 42)

Es ist wahrlich kein leichtes Unterfangen, Woche für Woche Themen zu wählen, die vielen auf den Nägeln brennen, Ideen für deren satirische Bearbeitung zu finden und diese dann in treffende Sprache und elegante Form umzusetzen. Dabei kann natürlich nicht jede Woche ein Spitzenprodukt herauskommen. Mit dem Gedicht „Die Dampfwalze“ ist es Ihrem Autor Pannonicus aber wieder einmal gelungen. Gratulation!

Auch Ihr Karikaturist Mohr soll an dieser Stelle gelobt werden. Jedesmal gelingt es ihm, nicht nur wesentliche aktuelle Vorgänge zu thematisieren, sondern durch klare, treffsichere zeichnerische Darstellung, die nun wirklich buchstäblich „ins Auge springt“, den jeweiligen Sachverhalt auf den Punkt zu bringen. Nach meinem Eindruck gelingt das so nur wenigen Künstlern dieser Zunft.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Junges Königsberg

Zu: „Gouverneur erwartet Rückbenennung Königsbergs“ (Nr. 39)

In dem Beitrag heißt es, vor allem jugendliche Königsberger solidarisierten sich unter anderem durch „vereinzelte Straßenproteste und Schilderdemonstrationen auf Fahrzeugen mit einer Rückbenennung“. Genau dies haben wir bei unserem Besuch Mitte September in Königsberg auch gesehen, wobei es mir gelang, auch ein Fahrzeug zu fotografieren, das jene Einstellung öffentlich dokumentierte. Man erkennt das deutlich im nebenstehenden Bild.

Wolfgang Reith, Neuss

Umbenannte SED

Zu: „Hitler sitzt immer mit am Tisch“ (Nr. 40)

Sehr geehrter Herr Röhl, Ihre Artikel in der *PAZ* lese ich immer wieder gerne und mit nur kleinen Ausnahmen auch mit großer Zustimmung.

In meinem Schreiben vom 9. Juni 2006 an Sie hatte ich über die Unterschiede in der Benennung der SED geschrieben. Daran, wie Sie die SED seitdem betiteln, kann ich sehen: Es hat also Sinn, Leserbriefe zu schreiben. So wie Sie die SED jetzt nennen, findet es meine große Zustimmung. Ich gehe davon aus, dass es auch vielen anderen Lesern, die wie ich die SED schon lange kennen, ebenso geht. Weiter so, immer an der Wahrheit bleiben.

Ehrhard Frömmig, Haar

Fellgiebel hatte drei Möglichkeiten – Unter Folter dichtgehalten

Zu: „Der Führer lebt“ (Nr. 40)

Zu den Ausführungen des Autors möchte ich Folgendes ausführen beziehungsweise ergänzen:

Zunächst ist festzuhalten, dass General Fellgiebel (General der Nachrichtentruppen) die Nachrichtensperre in Rastenburg auslöste. Über die Leitungen der SS besaß er jedoch keine Verfügungsgewalt, so dass die Sperre unvollkommen war. Es ist belegt, dass Fellgiebel in einer verschlüsselten Nachricht aus Rastenburg seinem in das Komplett eingeweihten Stabschef Generalleutnant Thiele im OKH in der Bendlerstraße in Berlin übermittelte: „Es ist etwas Furchtbares passiert – der Führer lebt.“

Jedoch gab er zu verstehen, dass der Staatsstreich auch unter diesen Umständen anlaufen sollte. Diese Übermittlung sollte sich als verhängnisvoller Fehler erweisen, er hinterließ bei den Putschisten Ratlosigkeit und eine schwankende Unentschlossenheit. Wertvolle Zeit zum Handeln ging verloren.

Fellgiebel hatte drei Möglichkeiten die Verschwörer von dem Geschehen in Rastenburg zu unterrichten: das Scheitern des Attentats zu verschweigen, das Scheitern zu melden und den Staatsstreich abzusagen – und das Scheitern zu melden und trotzdem den Staatsstreich auszuführen (Joachim Fest: „Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli“).

Zwischen 14 Uhr und 16 Uhr lösen General Friedrich Olbricht und Oberst Albrecht Mertz von Quirnheim endlich den „Walküre“-Alarm aus. Gegen 17 Uhr trifft Claus Schenk Graf von Stauffenberg in der Bendlerstraße ein.

Von Fellgiebel ist nach seiner Verhaftung übermittelt, dass er trotz Folter keine Einzelheiten über die Hintergründe der Verschwörung hergab.

Abschließend muss festgehalten werden, dass der 20. Juli 1944 der letzte verzweifelte Versuch – unter schlechten Vorzeichen und Bedingungen – war, Hitler auszuschalten. Vier vorausgegangene Attentatsversuche im März 1943 und Anfang 1944 scheiterten an Zufällen, Hitler erschien nicht zu Ausstellungen beziehungsweise verließ eine solche vorzeitig. (Oberst von Gersdorff, Leutnant Ewald Heinrich von Kleist, Hauptmann Axel von dem Bussche trugen den Sprengsatz am Körper, wollten sich mit Hitler in die Luft sprengen).

Auch ein geplantes Pistolenattentat von Rittmeister von Breitenbuch scheiterte, er wurde zum Lagevortrag auf dem Obersalzberg nicht vorgelassen.

Nicht außer Acht gelassen werden darf in diesem Zusammenhang, dass drei Generalfeldmarschälle (von Bock, von Kluge, von Manstein) von den Putschvorbereitungen mehr oder minder unterrichtet waren. Man lehnte sich zurück – mal abwarten, wie „die Sache ausgeht“. Hoffte man „auf einen fahrenden Zug zu springen“?

Bevor jemand über die Männer des 20. Juli den Stab bricht, sollte er sich dieser Tatsachen einmal bewusst werden.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Widersprüchlich

Zu: Lob und Kritik der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*

Im Großen und Ganzen gefällt mir Ihre Zeitung. Besonders gut sind Ihre historischen Betrachtungen und Darstellungen sowohl hinsichtlich bestimmter Persönlichkeiten als auch hinsichtlich geschichtlicher Ereignisse.

Die politische Ausrichtung der Zeitung ist widersprüchlich. Einerseits grenzen Sie sich klar von politisch links orientierter Politik ab, polemisieren aber oft stark gegen bürgerliche Regierungen und Parteien, einschließlich der deutschen Regierung.

Die allgemeine Ratlosigkeit der westlichen Industriestaaten im Hinblick auf die gegenwärtigen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme in der Welt kommentieren Sie oft sehr sarkastisch und süffisant, ohne dass Ihre Redakteure nützliche Alternativen andeuten. Es ist natürlich immer leichter an bestehenden Missständen Kritik zu üben, da die jeweiligen Fakten ganz offensichtlich sind und die Zustimmung der Leser sicher ist. Schwieriger ist es schon, über Ideen und Konzepte zu berichten, wie Entwicklungen positiv gestaltet werden könnten, auch wenn damit bestimmte Grundordnungen geändert werden müssten.

Klaus Neumann, Berlin

Warnungen in den Wind geschlagen

Zu: „Lieber Euro-Austritt als Siechtum“ (Nr. 42)

Völker sollten die Möglichkeit der Weiterentwicklung behalten und sich selbst zu einem gewaltfreien Zusammenleben befähigen. Die Erfahrung von zwei Weltkriegen sollte nicht zu einer extremen, selbstzerstörerischen Überreaktion führen.

Eine vergleichbare radikale Überreaktion wäre es, einem Dieb die Hände abzuhacken, um weitere Diebstähle durch ihn zu verhindern. Auch ihm sollte die Möglichkeit der Weiterentwicklung zu einem sittlich gefestigten Menschen gelassen werden. Folglich: Die Uno sollte auch für Europa zur Friedenssicherung ausreichend sein.

Innerhalb der Europäischen Union schufen europafixierte Politiker eine Währungsunion, um das Problem der durch Spekulanten verursachten Wechselkursschwankungen zu beseitigen. Die Warnungen von Finanz- und Wirtschaftswissenschaftlern, dass für eine Währungsunion eine politische Union die Voraussetzung ist, wurden nicht beachtet. Eine politische Union, also vollständige Abgabe der Hoheitsrechte der Mitgliedsländer an die EU, erschien Europapolitikern noch nicht erreichbar.

Die Folgen der einer politischen Union zeitlich vorgezogenen Währungsunion sind nun sichtbar: der Bankrott überschuldeter Mitgliedsländer der Währungsunion, der nur durch ständige Hilfskredite verhindert werden kann. Das Problem der von Spekulanten verursachten Wechselkursschwankungen ließe sich sicher auch ohne Bildung einer Währungsunion lösen, zum Beispiel durch eine Finanztransaktionssteuer.

Die Währungsunion ist also wie die gesamte EU entbehrlich. Es wäre zu klären, wie weitere politische Fehlentwicklungen durch europafanatische Politiker zu stoppen und bestehende zu korrigieren sind.

Deutschland kann nur durch den Kampf gegen die gesellschaftlichen Gruppen demokratisiert werden, die eine freie Meinungsäußerung einschränken. Die Handhabe dazu liefert der Artikel 20 des Grundgesetzes. Absatz 4 dieses Artikels lautet: Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (Artikel 20, Absätze 1 bis 3) zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Dieter Bliesener, Hamburg

Auch bei uns untragbare Gesetze

Zum Leserbrief: „Geschundene Esel“ (Nr. 41)

Es ist schwer verständlich, dass Herr Hofmeister einen „Sport“ verteidigt, bei dem sich die Zuschauer an der blutigen Zugrunderichtung eines Tieres ergötzen. Der Stierkampf hat mit Kultur nichts zu tun, eher könnte man ihn als Anti-Kultur bezeichnen. Und viele Menschen empfinden ihn als sadistisch und archaisch. Mit Recht sind Hunde- und Hahnenkämpfe bei uns verboten und werden wohl nur noch in Zuhälterkreisen gesehen.

Möglich, dass die fast achthundertjährige Fremdherrschaft in Spanien die Mentalität so geformt hat, dass in weiten Kreisen das Mitleid mit der geschundenen Kreatur fehlt. In der Tat glaube ich beobachtet zu haben, dass die Katalanen ein differenzierteres Verhältnis zu Tieren haben als ein Großteil der Spanier.

Die Tierschützer kämpfen gegen unzählige Missstände bei der Tierhaltung, dem Transport, beim Pferdesport, bei Schlachtungen, sie kämpfen gegen den Singvogelfang und die Kettenhundehaltung. Der Missbrauch ist endlos. Aber die engagierten Tierschützer sind in ihren Möglichkeiten begrenzt.

Dazu kommen auch bei uns untragbare Gesetze, die das koschere oder halal-Schlachten erlauben, obwohl diese Prozeduren mit wahrer Religiosität nichts zu tun haben. Weil der Tierquälerei nicht überall Einhalt geboten werden kann, gibt es jedoch keinen Grund, das unwürdige Schauspiel des Stierkampfes damit zu relativieren und in einem zivilisierten Land beizubehalten.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt

Das Ostpreußenblatt

Nr. 43 – 29. Oktober 2011

MELDUNGEN

Denkmäler besudelt

Königsberg/Palmnicken – In den vergangenen Wochen kam es zu zwei Fällen von Vandalismus an Denkmälern für die Opfer des Holocausts. Unbekannte Täter haben in Königsberg die Gedenktafel an die Opfer der „Reichskristallnacht" besudelt, die an die Königsberger Juden erinnern soll. Die Tafel, die an der Stelle angebracht worden ist, wo sich die im Jahre 1938 von den Nationalsozialisten zerstörte Königsberger Synagoge befand, war mit Hakenkreuzen und Schmierereien verunstaltet worden. Die Tafel befindet sich am Eingang zum Kneiphof. Nur wenige Tage später wurde auch das Denkmal in Palmnicken geschändet, das an den „Todesmarsch" erinnern soll. Unbekannte hatten Flaschen mit Farbe gegen das Granitmonument geschleudert. Das Denkmal war erst im Januar dieses Jahres am Strand von Palmnicken nahe der Grube Anna aufgestellt worden. Es zeigt Frauenhände, die aus dem Eiswasser in den Himmel ragen. In den Gedenkstein sind die Nummern eingraviert, welche die Nationalsozialisten ihren Gefangenen gegeben hatten. Vertreter der jüdischen Gemeinde haben Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Bislang wurden die Täter noch nicht dingfest gemacht und die Polizei enthält sich eines jeden Kommentars. Die Farbspuren sind noch immer sichtbar, weil das Reinigungsverfahren eine spezielle Technik und viel Vorsicht erfordert, denn der Granit ist mit einer speziellen Schutzschicht überzogen. Durch eine zu aggressive Reinigung könnte das Denkmal zusätzlich beschädigt werden. Der oberste Rabbiner des Gebiets, David Schwedik, hat vorgeschlagen, eine Überwachungskamera aufzustellen, um von weiteren Übergriffen abzuschrecken. *J.T.*



Bild: Tschernyschew

Denkmal in Palmnicken

Kleiner Grenzverkehr

Allenstein – Die EU hat zur Enttäuschung der dortigen Kommunalpolitiker entschieden, dass die ostpreußischen Kreise Osterode, Deutsch Eylau, Neumark/Westpr., Soldau, Neidenburg, Ortelsburg, Johannisburg und Lyck nicht am kleinen Grenzverkehr mit dem Königsberger Gebiet teilnehmen. Dafür sind Kreise der Woiwodschaft Danzig dabei. *PAZ*

Dauerleihgabe an die Litauer

Vertriebene Memelländer übergaben ihr Archiv Simonaitytes Bibliothek in der Heimat

Zu Beginn dieses Monats übergab die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) offiziell das AdM-Archiv als Dauerleihgabe an die Simonaitytes Bibliothek in Memel [Klaipeda]. Zu dieser Feierstunde kamen rund 120 interessierte Besucher.

Die Ausstellung von einigen Büchern, Dokumenten und Bildern, liebevoll zusammengestellt von Jurga Bardauskiene und Victorija Intaite von der bibliographischen und landeskundlichen Abteilung, in der das Archiv untergebracht ist, fand großes Interesse. Zur Einleitung spielte ein junges Damen-Streichorchester.

Direktor Juoszas Siksnelis begrüßte die Anwesenden und brachte seine Freude zum Ausdruck, so ein großes Archiv verwalten zu können. Die Bibliothek werde es hegen und pflegen. Ferner meinte er, dass man bereits nach grober Durchsicht des Archivs wohl die Geschichte Memels neu werde schreiben müssen.

In seiner Ansprache ging der Bundesvorsitzende der AdM, Uwe Jurgsties, auf die Geschichte des Memellandes ein, sprach von der Gründung und den vielfältig geleisteten Aufgaben der AdM. Außerdem erwähnte er den Werdegang des Archivs mit seinen verschiedenen Standorten und Archivaren und wie es schließlich zu dem Kontakt mit der Bibliothek in Memel kam.

Danach fand die feierliche Vertragsunterzeichnung statt, natürlich mit großem Interesse der anwesenden Medien, sei es das litauische Fernsehen oder die örtliche Presse. In den anschließenden Grußworten des deutschen Botschafters in Wilna, Matthias Mülmenstädt, des Bürgermeisters der Stadt Memel, Vytautas Grubliauskas, des Professors Vygantas Vareikis von der Universität Klaipeda, des ehemaligen Bürgermeisters von Memel, Rimantas Taraskevicius, und Alexander Popovs vom Kunstliebhaberverein Nidden kam die positive Resonanz zum Ausdruck, dass das AdM-Archiv sich nun in dieser modernen und mit allen technischen Geräten bestens ausgestatteten Bibliothek befindet.



Ein heller, wohltemperierter Raum: Der neue Standort des Archivs der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Bild: Jurgsties

Vom Bürgermeister der Stadt Memel unterzeichnete Danksagungsurkunden wurden an Uwe Jurgsties, Gisela Pietsch, Karin Gogolka und Werner Boes übergeben für ihre zuletzt geleistete Arbeit am Archiv.

Von der AdM waren zu dieser Übergabe außerdem der zweite stellvertretende Bundesvorsitzende Viktor Kittel mit seinem Sohn Volker, die Kreisvertreter von Heydekrug, Herbert Jaksteit, und von Pogegen, Gerhard Schikschnus, gekommen. Ferner konnte Gerd Balzer begrüßt werden. Anschließend wurde das AdM-Archiv besichtigt und man stärkte sich mit einem Imbiss und Getränken. Der Eingang des Archivs ist mit der Aufschrift „adm-archyvas" versehen und das gesamte Material in den Regalen des hellen, wohltemperierten Raumes einsortiert.

Zurück in den Vertreibungsgebieten

Im Anschluss fand im Simon-Dach-Haus (SDH) in Memel im kleinen Kreis eine Feier zum 15-jährigen Bestehen des Hauses statt. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Litauen, Matthias Mülmenstädt, und seine Ehefrau Sylvi ließen es sich nicht nehmen, persönlich daran teilzunehmen. Die Vorsitzende des Deutschen Vereins, Magdalena Piklaps, und Rasa Miuller, die alle Ansprachen und Grußworte hervorragend übersetzt hatte, führten die Gäste durch das Haus. Bei der Dia-Vorführung im Saal bekam das Botschafter-Ehepaar einen Eindruck, wie das Haus einmal ausgesehen hat, was alles geleistet wurde in den vergangenen Jahren und welche Veranstaltungen durchgeführt wurden. Im Jahre 2010 kamen 5125 Besucher zu 103 Veranstaltungen.

Am liebevoll gedeckten Tisch mit einer großen Geburtstagstorte, die von Manfred Wagener von der Firma Baltours aus Nidden gestiftet, vom deutschen Bäcker Hinrichsen von der Bäckerei Prökuls gebacken und vom Schweizer Max Hämmerli verziert worden war, ließen es sich die Vereinsmitglieder und ihre Gäste bei guten Gesprächen munden.

Es war das erste Mal in der Geschichte des deutschen Vereins und des Simon-Dach-Hauses, dass ein deutscher Botschafter in Litauen sich die Zeit nimmt, das SDH zu besichtigen und sich auch die Sorgen und die Nöte des Vereins anhört. (Siehe auch Kommentar Seite 8.) *K.G.*

Die Festreden von Juoszas Siksnelis und Uwe Jurgsties

In seinem Beitrag beschrieb der litauische Bibliotheksdirektor die Entwicklung zu der Einigung:

„… Der Weg des Archivs nach Klaipeda war nicht besonders windungsreich, aber auch nicht gerade und bequem wie eine Autobahn. Dank des vorherigen Bürgermeisters Herrn Rimantas Taraskevicius habe ich den Vorsitzenden der AdM Herrn Uwe Jurgsties kennengelernt. Ich gebe zu, es war kein Zufall. Ich habe darauf hingearbeitet und Rimantas Taraskevicius hat wie ein erfahrener Weichensteller die Vertreter der AdM in die Bibliothek geleitet.

Das erste Gespräch war mehr ein Kennenlernen und man konnte noch nicht davon ausgehen, dass wir schon so bald konkrete Schritte besprechen werden. Die Gäste sind weggefahren, ohne weder ja noch nein gesagt zu haben und sie haben lange geschwiegen. Aber ich habe meinen Mut nicht sinken lassen: schrieb Briefe, erklärte die Strategie, was wir mit dem Archiv vorhaben.

Der vorherige Bürgermeister Rimantas Taraskevicius war auch nicht untätig, es wurde ein verbindlicher Brief unterzeichnet, in dem die Haftung für das Archiv versprochen wurde.

Im Mai 2011 war das Eis endgültig gebrochen, und wir sprachen schon über ganz konkrete Schritte: den Transport des Archivs und seine Übernahme. An der Stelle möchte ich betonen, dass wir die ganze Zeit mit Hilfe eines Dolmetschers kommunizierten, aber wir haben doch dieselbe Sprache gesprochen, weil wir über eine wichtige Angelegenheit für uns alle gesprochen haben: über unsere Heimatstadt und die Berichtigung ihrer Geschichte.

Das Ergebnis – das Archiv in unserer Stadt zeugt davon, dass wir einander ausgezeichnet verstanden haben.

Selbstverständlich wird das Ordnen des Archivs eine Zeit in Anspruch nehmen, aber es wird eröffnet wie eine aufgehende Blume oder auch die Wahrheit für alle die, die die Geschichte der Stadt nicht aus einem, irgendwann mal geschriebenen Lehrbuch lernen wollen, sondern aus verschiedenen, sogar von Historikern teilweise noch nicht angefassten Quellen.

Ich freue mich, dass sich die Stadtverwaltung andauernd für das Schicksal des Archivs interessiert hat. Es ist schon gesagt worden, dass man den Herrn Taraskevicius nicht überzeugen musste, wie wertvoll das Archiv ist. Unser jetziger Bürgermeister Vytautas Grubliauskas hat sich persönlich vorrangig um den Transport gekümmert. Das zeigt uns, dass sich die Stadt um ihre Geschichte kümmert und das zeugt davon, dass das Archiv in zuverlässigen Händen ist."

Der AdM-Bundesvorsitzende erläuterte in seinem Beitrag die Motive der Vertriebenen:

„… Unsere Bemühungen, einen geeigneten Ort für die Archivunterbringung zu finden sowie Mitarbeiter für die Bewältigung der Arbeiten zu gewinnen, erwiesen sich bislang als nicht realisierbar. Umso glücklicher sind wir, dass von der Simonaitytes Bibliothek das Angebot kam, unser Archivmaterial zu übernehmen und zu bearbeiten. Ich kann an dieser Stelle nur vielen, vielen Dank sagen. Sie haben uns mit der Übernahme eine große Sorge abgenommen und wir wissen unser gesammeltes Archivmaterial bei Ihnen in guten Händen.

So wünschen wir uns am heutigen Tage, dass mit der Übergabe unseres Archivs das Memelland auch in der Zukunft in den Köpfen und Herzen der Menschen weiterlebt, sich im Bezug auf das Memelland die litauische Bevölkerung des Ursprungs ihrer heutigen Heimat bewusst ist und zum Geschichtsbewusstsein beiträgt

In den zurückliegenden Jahrzehnten sind wir bereits ein gemeinsames Stück Weg gegangen, haben Anregungen und Bereicherungen durch die Gemeinsamkeit erfahren.

Ich wünsche mir, dass unsere zukünftigen gemeinsamen Wege weiterhin von Erfolg beschieden sind."



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt“, könnte man mit dem klassischen Zitat sagen, wenn man an die – fast unendliche – Geschichte denkt, die **Anne Rekkaro** durchstehen musste, bis sie das Plazet für die Übersetzung des Buches „Frauen in Königsberg 1945–1948“ in das Estnische erhielt. Mein Gott, nun hat sie's – und ist überglücklich. Wir hatten über diesen Vorgang ausführlich in den Folgen 22 und 36 berichtet, in den auch Leser und Leserinnen involviert waren, mit denen wir ständig in Verbindung stehen. Und die Frau Rekkaro, der es nicht gelingen wollte, von Estland aus die Genehmigung zu erhalten, hier in Deutschland kräftig unterstützten. Alle sind in Königsberg geboren wie Anne Rekkaro, voran Frau **Brunhilde Krüger** aus Hamburg – die beiden Frauen verbindet seit einem Treffen der Königsberger in Hamburg im Jahr 2007 eine enge Freundschaft –, die Mitautorin des Buches, Frau **Hannelore Müller** aus Löhne und Frau **Helga van de Loo** aus Bonn. „In den vergangenen Monaten mussten sich deswegen so viele Frauenhände und -köpfe mit Telefonaten, Korrespondenzen, Aktivitäten mit diesem Fall beschäftigen“, resümiert Frau Krüger. Unverständlich für alle, die sich mit dem Vorgang befassten, dass Frau Rekkaros wiederholter Antrag in die Dreivierteljahr lang von der angeschriebenen Kulturstiftung der Vertriebenen in Bonn unbeantwortet blieb. Nach nunmehr neun Monaten des Schweigens erreichte die Nachricht von Frau Rekkaro ihre Hamburger Mitstreiterin, dass sie endlich die Genehmigung des Verfassers des Vorwortes zur Übersetzung dieser Anthologie in den Händen habe, ohne die eine estnische Ausgabe nicht möglich war. „Eine gute Nachricht: Gestern erhielt ich per E-Mail aus der Kulturstiftung die amtliche Erlaubnis“, teilte sie **Brunhilde Krüger** mit. „Ich freue mich sehr, dass dieses Problem endlich eine positive Lösung gefunden hat. Danke allen herzlich, die mir dabei geholfen haben!“ Wir geben diesen uns übermittelten Dank gerne weiter und sind glücklich mit Anne Rekkaro und allen, die sie unterstützt haben und sich mit ihr freuen. Nachdem ihre erste Übersetzung, das Buch „Iwan das Panjepferd“ von **Heinz Buchholz**, in Estland auf großes Interesse gestoßen ist, erhofft sie sich das nun verstärkt für diese Anthologie, weil ja auch viele Estinnen ein ähnliches Schicksal erleiden mussten. „Unser Landsfrauen-Juwel im fernen Estland“, wie Frau Krüger sie bezeichnet, will bis zum nächsten Frühjahr mit der Übersetzung fertig sein. Brunhilde Krüger konnte auch die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin **Freya Klier** mit Frau Rekkaro zusammenbringen, die das Schicksal der in Königsberg Geborenen, die 1946 als Kleinkind von einer Estin vor dem Hungertod gerettet wurde, in einem Buch behandeln will.

Ein dankbarer Brief kam auch von Herrn **Rolf Müller** aus Weeze für die Veröffentlichung seiner Geschichte vom „Roten Mohn“, und diesem Dank schlossen sich auch der Maler des schönen Mohnbildes, Herr **Sacco**, und seine Ehefrau an. Sie hatten gar nicht mit einer weiteren Folge der Mohn-Geschichte gerechnet, aber sie ist so anrührend, dass ich sie unbedingt in vollem Umfang bringen musste und der Erntedanktag schien mir genau richtig. Anscheinend kennt aber niemand von unseren Leserinnen und Lesern die Originalgeschichte und so steht die Frage noch immer im Raum, ob sie wirklich so geschehen ist oder ob sie erdacht wurde. Solch ein wundersames Wiederfinden von zwei Geschwistern durch ein Mohnbild ist so außergewöhnlich, dass es – wenn es wahr ist – doch im Gedächtnis aller, die von diesem Ereignis gehört hätten, haften geblieben wäre. Bei einer fiktiven Erzählung ist das anders.



Bild: privat

Mutter von Wieslaw Tusinski: Wer weiß mehr über sie?

Auch die Lebensgeschichte der **Baronesse von der Ropp** und die damit verbundene Entwicklung des **Lehndorff**-Brotes hat Interesse geweckt. Und manchmal ergibt sich daraus Erstaunliches. Als **Frank Schneidewind** aus Olpe einer älteren Bekannten am Telefon von dem gesunden Brot erzählte, entsann sie sich eines Kochbuches aus dem Ersten Weltkrieg.

Da machte man sich auch schon Gedanken über vegetarische Ernährung – zwangsläufig, denn es herrschte kriegsbedingt Lebensmittelknappheit, vor allem fehlte Fleisch. Die Hausfrauen wurden von der Regierung veranlasst, vegetarische Kost auf den Tisch zu bringen, aber es hätte keiner Erlasse bedurft, denn je länger der Krieg dauerte, desto mehr machte sich der Mangel bemerkbar, der schließlich in dem katastrophalen Hungerwinter endete. Da kam das kleine „Kriegskochbuch für fleischfreie Tage“ gerade recht, wärmstens empfohlen von der Lebensmittelkommission der Stadt Frankfurt am Main und für 25 Pfennig auf den Markt gebracht. Vegetarier von heute hätten ihre helle Freude an dem schmucklosen Heftchen, das unter dem Motto „Spart Fleisch und Brot zur Zeit der Not!“ Kochvorschläge für 200 Mittag- und Abendessen enthält. Ob ihnen aber die „Königsberger Klopse“ aus gekochten weißen Bohnen und der Erbsenbraten wirklich munden würden, oder ob sie das Rezept für den Kunsthonig aus Molke zum langwierigen Nachkochen reizen könnte, ist doch recht fraglich. Es ist aber gut, sich an solche Hungerzeiten zu erinnern, die wir ja dann auch im Zweiten Weltkrieg und danach durchleben mussten und so ist dieses nun fast 100-jährige Kriegskochbuch schon einer eingehenden Betrachtung wert. Die auch irgendwann erfolgen wird, denn das Kochbuch ist nun in meiner Hand. Herr Schneidewind, der es von der Frankfurterin erhielt, hat es mir übersandt mit dem Vorschlag, es einem Archiv oder einer Heimatstube zu übergeben. Werde ich auch tun, nachdem ich diesen Ratgeber für fleischlose Kost für einen Sonderbeitrag „ausgeschlachtet“ habe! Zuerst aber möchte ich Frank Schneidewind meinen herzlichen Dank sagen mit der Bitte, ihn auch der Kochbuchspenderin zu übermitteln, einer Heimatvertriebenen aus Ostbrandenburg, deren Ehemann aus Neidenburg stammte.

Unser Mithelfer aus Olpe legt seinem Schreiben aber auch einen Wunsch bei, der an ihn herangetragen wurde und den die Ostpreußische Familie sicher erfüllen kann. Frank Schneidewind fragt: „Wer hilft Herrn **Peter Herrmann** aus Köln bei der Suche nach Schriftstücken, Fotos und Beschreibungen von ostpreußischen Fliegerhorsten?“ Einige Angaben über den Fliegerhorst/Flugplatz Deuthen bei Allenstein erhielt Herr Herrmann kürzlich auf dem Treffen Allenstein-Land, an dem er als aktiver Ostpreuße aus der Nachkriegsgeneration – *1967 – teilnahm. Dem Hobby-Segelflieger wäre es zu wünschen, dass er viele informative Zuschriften erhält. (Peter Herrmann, Kallbergstraße 93 in 50765 Köln)

Bleiben wir in Allenstein. Dorthin führt die Suchfrage von Herrn **Wiesław Tusinski**, dort wurde er geboren, dort lebt er noch heute. Und aus Allenstein dürften auch seine Eltern stammen, jedenfalls seine deutsche Mutter, denn die brachte ihn Ende des Jahres 1948 auf der Entbindungsstation des Franziskanerklosters zur Welt, das noch heute besteht. Und verstarb bereits kurz nach seiner Geburt – doch davon hat Wiesław Tusinski erst nach dem Tod seiner Adoptiveltern erfahren, die er immer für seine leiblichen Eltern gehalten hat. Natürlich war das ein Schock für ihn, denn er muss ja schon als Säugling von dem Ehepaar Tusinski adoptiert sein, die aus der Nähe von Warschau stammen. Nun lässt ihn die Frage nicht mehr los: Wer war meine Mutter? Weder Name noch Herkunft sind bekannt, anscheinend wurden die Unterlagen nach der Adoption vernichtet. Vielleicht sollte er auch nicht erfahren, dass er das Kind einer deutschen Mutter war. Aber er besitzt etwas, was vielleicht noch wichtiger ist: ein Foto der leiblichen Mutter, das er in einem Album seiner Pflegeeltern nach deren Tod entdeckte. Da ja sämtliche Angaben zur Person fehlen, müssen wir uns also auf das Bild beschränken. Das Alter ist schwer zu schätzen, die Abgebildete müsste Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre geboren sein. Da sie als Deutsche bezeichnet wird, müsste sie aus einer Familie stammen, die nach dem Krieg im südlichen Ermland oder Masuren geblieben ist. Vielleicht war sie auch eine Waise, wenn die Eltern auf der Flucht oder in den Kriegswirren umgekommen sind. Aber mit Sicherheit stammte sie aus einer größeren Familie und hat noch andere Angehörige gehabt oder war bereits verheiratet, auf den Vater ihres Kindes gibt es jedenfalls keinen Hinweis. Wenn jemand aus unserer Leserschaft glaubt, eine gewisse Ähnlichkeit mit einer in der Heimat verbliebenen oder vermissten Verwandten oder Bekannten zu finden, sollte man dieser Spur nachgehen, jeder Hinweis ist für Herrn Tusinski wichtig. Wir haben den Fall schon einmal unseren Lesern vorgetragen, denn Herr Tusinski hatte sich bereits im Juni 2009 an uns gewandt, aber anscheinend hat er keine Zuschriften erhalten, denn er hat sich nicht mehr gemeldet. Wahrscheinlich lag es an den Sprachschwierigkeiten, denn er kann sich nur in polnischer Sprache verständigen. Jetzt liegt die Sache etwas anders, denn Herr Tusinski hat sich an Frau **Edyta Gladkowska** gewandt, die das Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein leitet. Sie will ihm gerne weiterhelfen und übernahm deshalb die Vermittlung. (LO Ostpreußen, Verbindungsbüro Allenstein/Biuro w Olsztynie, ul. Okopowa 25 in PL 10-075 Olsztyn, Telefon 0048/895340780, E-Mail: gladkowska@ostpreussen.de) Da aber Herr Tusinskis Sohn **Andrzej** die deutsche Sprache beherrscht, kann man sich auch an ihn wenden und somit direkt Kontakt aufnehmen. (Telefon 0048/502289012, E-Mail: andrzej-tusinski@02.pl)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede — Bild: Pawlik

Auch Herr **Hans Georg Wenikker** aus Langenfeld erfuhr erst vor Kurzem, dass sein Vater als Kind adoptiert worden war. Nun sucht er seinen richtigen Großvater, vielmehr versucht er, Auskunft über diesen zu bekommen. Die Adoption erfolgte 1916, also mitten im Ersten Weltkrieg in Ostpreußen. Der leibliche Vater seines Vaters hieß **Robert Julius Folgmann**, *2. März 1892 in Klein Peisten, Kreis Pr. Eylau, getauft am 17. April 1892 in der evangelischen Pfarrkirche in Eichhorn. Diesen Ort kann ich allerdings in Ostpreußen nicht ausfindig machen. Es muss sich um eine alteingesessene Familie handeln, denn auch der Vater von Robert Folgmann wurde 1862 in Klein Peisten geboren. (Horst Georg Wenicker, Lindbergstraße 2c in 40764 Langenfeld, Telefon/Fax 02173/5969862.)

Wer kannte den Tierarzt Dr. **Fritz Ferdinand Hahn** aus Neukirch, Kreis Elchniederung? Sein Sohn **Helmut** Hahn wandte sich an uns, weil er über das Leben und Wirken seines Vaters nur wenige Unterlagen besitzt. Sein Hauptanliegen können wir nicht erfüllen: die Promotionsurkunde von Dr. Hahn, der an der Tierärztlichen Hochschule Hannover studiert hat. Sie ist mit anderen Unterlagen bei einem Bombenangriff auf Hannover im März 1943 vernichtet worden, da musste auch das Hochschularchiv der Tierärztlichen Hochschule zu Hannover passen. Weil aber auch alle persönlichen Papiere verloren gegangen sind, ist Herrn Helmut Hahn an jeder Information über seinen Vater gelegen. Dr. Fritz Hahn wurde am 14. Juli 1897 in Podgorz im Kreis Thorn geboren. Als Westpreuße ging er wohl gerne nach Ostpreußen, wo er in der Hauptstraße 28 in Neukirch seine Praxis hatte. Er dürfte in der Elchniederung sehr bekannt gewesen sein, sodass sich vor allem ältere Menschen aus ländlichen Betrieben an ihn erinnern könnten, auch Nachbarn oder Bekannte aus Neukirch. Während des Krieges war Dr. Hahn an der Ostfront im Einsatz, sein letzter Dienstgrad bei der Wehrmacht war Major. Beim Russeneinfall war er nicht mehr beim Militär, sondern ging als Zivilist von Neukirch aus auf die Flucht. Er soll noch im Januar 1945 im westlichen Samland gesehen worden sein, ist wahrscheinlich beim Kampf um Königsberg ums Leben gekommen. Vielleicht finden sich ehemalige Schicksalsgefährten, die mit ihm Anfang des Jahres 1945 zusammen waren. Herr Hahn würde sich über jeden Hinweis freuen. (Telefon und Fax 04194/7050, E-Mail: GT47bf53at@t-online.de)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

Zeichen der Freundschaft

Neogotische Wegekapelle in Groß Kleeberg neu geweiht – Zusammenarbeit zwischen Kreisgemeinschaft und Partnerkreis

Für Manfred Hugo, den scheidenden Landrat des Kreises Osnabrück, des Partnerkreises des Landkreises Allenstein, war es die letzte ermländische Wegkapelle, mit der er in seiner Berufslaufbahn zu tun hatte. In den langen Jahren seiner Amtszeit hat er viel für die fruchtbare Zusammenarbeit der beiden Landkreise getan. Er war viele Male im Ermland und war ein begeisterter Anhänger der Region und, obwohl selbst Protestant, ihrer vielen katholischen Wegkapellen. Deshalb wollte er zum Abschluss seines Berufslebens eine Kleinigkeit organisieren, die im Ermland eine Spur hinterlässt. Auf der Suche nach etwas Passendem wandte er sich an Herbert Monkowski, den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Allenstein, die seit Jahren ein Motor der Zusammenarbeit der beiden Kreise ist.

„Ich habe ihm die Erneuerung der Wegkapelle in Groß Kleeberg vorgeschlagen. Ihr Bau wurde Anfang der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts gleichzeitig mit dem Bau der Dorfkirche begonnen. Sie steht seit 1891 hier an der Kreuzung, über die schwere Autos fahren und dabei das Fundament erschüttern. Ein weiteres Problem sind die Wurzeln der daneben stehenden Kastanie, die nach oben drükken, und dadurch das Kapellchen in Schieflage bringen. Es drohte umzustürzen. Der Landrat griff den Gedanken der Rettung der Wegkapelle auf und sagte mir ‚Mach mal!‘“, erinnert sich Herbert Monkowski.

Der Partnerkreis Osnabrück hat fast alles bezahlt

Einfacher gesagt als getan, denn die Operation entpuppte sich als komplizierter als gedacht. Baufachleute stellten fest, dass es sich nicht lohnte, die Kapelle weiter zu stützen. Daraufhin wurde vorgeschlagen, sie von der Kreuzung und der Kastanie wegzutransportieren und an einem neuen Platz auf ein neues Fundament zu stellen. Das Versetzen des Bauwerks um gerade einmal fünf, sechs Meter war sehr schwierig, da es etwa zehn Tonnen wiegt und die Gefahr bestand, dass das Ziegelmauerwerk den Ortswechsel nicht überlebt. Ende September kam ein Kran nach Groß Kleeberg [Klebark Wielki], um die Kapelle umzusetzen.

Diesen Monat konnte die Häuschenkapelle, die nach der Hl. Maria als Mutter der göttlichen Vorsehung benannt ist, neu geweiht werden. Die Weihung wurde vom ehemaligen Erzbischof des Ermlandes, Edmund Piszcz, vorgenommen, der schon während seiner Amtszeit solchen deutsch-polnischen Initiativen sehr wohlwollend gegenüberstand. Und das umso lieber, als die Wegkapellen ein Ausdruck der ermländischen Identität sind, wie Priester Henryk Blaszczyk, Probst der Heilig-Kreuz-Kirche in Groß Kleeberg, in seiner kurzen Ansprache ausführte: „Das Wort Kapelle bedeutet in seinem Ursprung Schutz, und genau um den hat die ermländische Bevölkerung an diesen Wegkapellen Gott gebeten.“

Herbert Monkowski fügte hinzu: „Wir freuen uns und sind dankbar, dass dieses Geschenk angenommen wurde. Es ist ein Zeichen unserer Freundschaft und eine Erinnerung an unser gemeinsames Ermland.“

Dass dieses Zeichen auch so verstanden wird, lässt sich leicht am Rang der Gäste der Weihung und der anschließenden Messe ablesen. Neben dem Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Jacek Protas, gaben sich auch der Woiwode, Marian Podziewski, der Landrat des Kreises Allenstein, Mirosław Pampuch, und der Bürgermeister der Gemeinde Groß Purden, Jerzy Laskowski, die Ehre.

Bleibt zu hoffen, dass die Kapelle weitere 120 Jahre überleben wird.

Uwe Hahnkamp



Bild: Hahnkamp

Die versetzte Wegekapelle in Groß Kleeberg, Kreis Allenstein

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Eckert, Lydia, geb. **Kleibsties**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Am Wasserturm 7, 38519 Gifhorn, am 22. Oktober

Monitz, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Seniorenresidenz Ellerau, Finkenweg 1, 25479 Ellerau, am 18. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kessler, Elise, geb. **Herrmann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Heinrich-Hausschild-Straße 12, 25336 Elmshorn, am 3. November

Oppermann, Hans-Erich, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Am Lindele 72, 73230 Kirchheim/Teck, am 2. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Stegmann, Käte, geb. **Schulz**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, jetzt Barenbleek 37, c/o Reiter, 22179 Hamburg, am 2. Oktober

Wilhelm, Helene, geb. **Schlicht**, aus Battau, Kreis Samland, jetzt Zelterweg 14, 79591 Eimeldingen, am 4. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Moritz, Siegfried, aus Narwikkau, Kreis Ebenrode, am 3. November

Stark, Ilse, geb. **Ehmer**, aus Ebenrode, am 1. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gawrisch, Kurt, aus Dreifelde, Kreis Johannisburg, jetzt Dammfeldstraße 11 B, 31275 Lehrte

Messerschmidt, Gerda, aus Danzig, jetzt Birkenstraße 45, 28195 Bremen, am 3. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Marks, Liesbeth, geb. **Mallasch**, aus Dorschen, Kreis Lyck, jetzt Sonnenhalde 8, 88697 Bermatingen, am 5. November

Perlbach, Heinz, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Niobeweg 2, 24159 Kiel, am 4. November

Wieder, Berta, geb. **Weyer**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 5. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fahle, Erwin, aus Ebenrode, am 2. November

Lischek, Herbert, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Buchenweg 1 C, 83071 Schloßberg, am 6. November

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

TERMINE DER LO

Jahr 2011

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bischof, Gertrud, geb. **Wirsching**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 5. November

Kulinna, Erwin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Elsenstraße 78, 12059 Berlin, am 4. November

Nippa, Frieda, geb. **Gallns**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Vinzenzweg 27, 48147 Münster, am 1. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alexy, Hedwig, geb. **Kowalzik**, aus Tannau, Kreis Treuburg, jetzt Agnes-Miegel-Weg 2, 42929 Wermelskirchen, am 31. Oktober

Claas, Irmgard, geb. **Sczesny**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Von-der-Kuhlen-Straße 15, 58642 Iserlohn, am 4. November

Kaleck, Käthe, aus Königsberg, jetzt Adersstraße 94, 40215 Düsseldorf, am 24. Oktober

Müller, Karl-Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November

Schmitz, Hildegard, aus Neidenburg, jetzt Altdorferstraße 4, 40878 Ratingen, am 6. November

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, jetzt Wellsring 45, 67098 Bad Dürkheim, am 3. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Anschütz, Hildegard, geb. **Schanko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Rennsteigstraße 1, 98724 Ernstthal, am 5. November

Arius, Käte, geb. **Heinrichs**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, jetzt Augustastraße 72/3, 76437 Rastatt, am 31. Oktober

Borowski, Karl, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Bruknerstraße 13, 41836 Hückelhoven, am 3. November

Criée, Hildegard, geb. **Pest**, aus Treuburg, jetzt Friedrichruher Straße 37 A, 14193 Berlin, am 6. November

Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, jetzt Sprosserweg 2, 31303 Burgdorf, am 4. November

Horstmann, Gustav, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Gotenstraße 7, 65795 Hattersheim, am 31. Oktober

Jablinski, Ilse, geb. **Losigkeit**, aus Heiligenbeil, Alte Poststraße 10, jetzt Seniorenresidenz, Breites Driesch 34, 65549 Limburg-Blumenrod, am 24. Oktober

Jantz, Erwin, aus Langbrück, Kreis Angerburg, jetzt Am Mönchgraben 17, 40597 Düsseldorf, am 2. November

Kähler, Heinz, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Beienburger Straße 21, 58332 Schwelm, am 5. November

Lemke, Kurt, aus Wickiau, Kreis Samland, jetzt Franziusallee 30, 24148 Kiel, am 2. November

Lürs, Christa-Maria, geb. **Alexander**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Schlaunstraße 14, 48143 Münster, am 4. November

Martzian, Erika, geb. **Nieber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Ev. Altenheim Wahlscheid, Heiligenstock 27, 53797 Lohmar, am 5. November

Meier, Else, geb. **Wietoska**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Eikkendorfer Straße 33, 28215 Bremen, am 6. November

Meller, Erich, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Adlberg, 84416 Taufkirchen Vils, am 2. November

Oppermann, Dorothea, geb. **Allenstein**, aus Königsberg Pr., jetzt Im Kirschsiepen 17, 42329 Wuppertal, am 1. November

Rading, Herta, geb. **Gerlach**, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt St.-Hedwig-Straße 27, 73529 Schwäbisch-Gmünd, am 6. November

Ratytsch, Charlotte, geb. **Bludau**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt 33619 Bielefeld, am 1. November

Schroeder, Friedel, geb. **Johann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Am Twischkamp 2 A, 27568 Bremerhaven, am 6. November

Westphal, Frieda, geb. **Krißun**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bugenhagenweg 45, 24768 Rendsburg

Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf der Feuerwache 18 A, 45699 Herten, am 31. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. **Juckschat**, aus Lyck, jetzt Husumer Straße 46, 24941 Flensburg, am 5. November

Dietzek, Emil, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 3, 07751 Oßmaritz, am 2. November

Doormann, Werner, aus Ortelsburg, jetzt Dierath 4, 42799 Leichlingen, am 5. November

Erxleben, Dora, geb. **Lisewitzki**, aus Heiligenbeil, Zeppelin-Weg 15, jetzt Zum Friedensweiler 25, 39114 Magdeburg, am 29. Oktober

Florian, Christina, aus Wittkampen, Kreis Ebenrode, am 5. November

Haurenherm, Edeltraut, geb. **Schittkowski**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Sedanstraße 32, 45897 Gelsenkirchen, am 4. November

Hoch, Horst, aus Lyck, jetzt Adam-Stegerwald-Straße 6, 45739 Erkenschwick, am 4. November

Johansson, Ruth, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Kyrkvärdsgränd 4 B, S-51832 Sandared, Schweden, am 1. November

Kecker, Heinz, aus Königsberg, Moditten, jetzt Springkamp 5, 38104 Braunschweig, am 31. Oktober

Masiliauskas, Christina, geb. **Killat**, aus Heydekrug, jetzt Kükenmoor 34, 28325 Bremen, am 5. November

Ragutt, Hilde, geb. **Wagenzik**, aus Lyck, jetzt Stobbestraße 11, 45147 Essen, am 31. Oktober

Rubner, Käthe, geb. **Lindemann**, aus Willkau, Kreis Samland, jetzt Hühnerbergstraße 27, 87700 Memmingen, am 4. November

Siemund, Ursula, geb. **Schläfereit**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Vor dem Dorfe, 38448 Wolfsburg, am 31. Oktober

Tutlies, Achim, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Wientapperweg 22, 22589 Hamburg, am 31. Oktober

Waitschull, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November

Werner, Ilse, geb. **Henschel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 2. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahlo, Lothar, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Poppeleweg 14, 78224 Singen, am 5. November

Bieler, Elisabeth, aus Danzig, jetzt Vielstedter Straße 41, 27798 Hude, am 31. Oktober

Bromberg, Lisbeth, geb. **Schmittka**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, jetzt Borsigstraße 46, 38518 Gifhorn, am 6. November

Buchwald, Waltraud, geb. **Bendisch**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Aussiger Wende 21, 30559 Hannover, am 2. November

Fenn, Erna, geb. **Böttcher**, aus Hirschfeld, Kreis Preußisch Holland, jetzt Berliner Straße 43, 16515 Oranienburg, am 1. November

Feyer, Edeltraut, geb. **Dzikonski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, jetzt An der Piep 25, 42327 Wuppertal, am 2. November

Gotzhein, Heinz, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 2, jetzt Hauptstraße 2, 29646 Bispingen, am 15. Oktober

Grunwald, Waltraut, geb. **Leske**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 6. November

Gundlach, Horst, aus Heiligenbeil, Hechenberger Weg 3, jetzt Bartelsstraße 1, 1712 Loitz, am 18. Oktober

Heinrich, Willi, aus Bilderweilen, Kreis Ebenrode, am 4. November

Joppien, Reinhard, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, jetzt Gundermannstraße 23, 80935 München, am 5. November

Pasenau, Helene, geb. **Schubat**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 3. November

Pasternack, Ehrenfried, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Adlerstraße 9, 31618 Liebenau, am 2. November

Pawlenka, Elfriede, geb. **Dennig**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Roter Hahn 14, 22159 Hamburg, am 31. Oktober

Poweleit, Herbert, aus Groß Ottenhagen, Kreis Samland, jetzt Feldstraße 17, 52499 Baesweiler, am 3. November

Schiller, Herta, geb. **Magath**, aus Hortlauken, Kreis Samland, jetzt Asternstraße 36, 30167 Hannover, am 1. November

Wagner, Ursula, geb. **Hennig**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Wiesenstraße 73, 29525 Uelzen, am 31. Oktober

Wrobel, Heinz, aus Lyck, Steinstraße 4, jetzt Kolpingstraße 8, 47652 Weeze, am 6. November



Reichert, Helmut, und Frau Gerda, geb. **Kohn**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 1. November



Kullik, Günter, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, und Frau Traute, geb. **Mondry**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt Sudetenstraße 9, 72654 Neckartenzlingen, am 3. November



Kuczewski, Otto, und Frau Inge, geb. **Denda**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Kevelaerer Straße 46, 47665 Sonsbeck, am 2. September

Losereit, Reinhard, aus Heiligenbeil, Hechenberger Weg 7, und Frau Brigitte, geb. **Meyer**, jetzt Heiligenhafener Chaussee 86, 23758 Oldenburg in Holstein, am 20. Oktober

Museumsmarkt

Sonnabend, 5. und Sonntag, 6.. November, 10 bis 18 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum: Abwechslungsreiche Ausstellung mit 27 Ausstellern.

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Ostheim Bad Pyrmont – Vom 19. Dezember 2011 bis 2. Januar 2012 bietet das Ostheim eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Vom morgendlichen Singen, Gymnastik oder Diameditationen über kleine Wanderungen, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend, dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel sowie ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen findet jeder Gast etwas Passendes. Die Hufeland-Therme lädt ein wie auch die Meersalzgrotte und verschiedene Saunen.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch EZ zum Preis von 679 Euro und DZ zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen bitte nur schriftlich an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax: (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 29. Oktober, 14 Uhr, 3sat: Byzanz – Europas östliches Erbe.

Sonnabend, 29. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: To Russia with Jazz. „Die erste amerikanische Bigband auf sowjetischem Boden“.

Sonntag, 30. Oktober, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 30. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Themenabend Albert Schweitzer.

Montag, 31. Oktober, 17.45 Uhr, ZDF: Margot Käßmann – mitten im Leben.

Montag, 31. Oktober, 20.15 Uhr, MDR: Landpartie. „Der Thüringer Wald“.

Montag, 31. Oktober, 22.30 Uht, BR: Fremdländer – Deutschländer.

Dienstag, 1. November, 20.15 Uhr, ZDF: Operation Walküre – Das Stauffenberg Attentat.

Dienstag, 1. November, 22 Uhr, ZDF: Stauffenberg – Die wahre Geschichte.

Mittwoch, 2. November, 20.15 Uhr, ARD: Laconia (1/2). TV-Kriegsdrama, Juli 1942.

Mittwoch, 2. November, 21 Uhr, NDR: Meine Kindheit an der Ostsee.

Donnerstag, 3. November, 20.15 Uhr, ARD: Laconia (2/2).

Freitag, 4. November, 20.15 Uhr, 3sat: Totschweiger. „Wenn Ärzte Fehler machen“.

Freitag, 4. November, 20.15 Uhr, HR: Mit Stahlrössern durch die Türkei.

Freitag, 4. November, 21 Uhr, Phoenix: Hongkongs Naturoasen.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



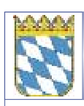
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 3. November, 18 Uhr, Gasthaus Im Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Stuttgart – Dienstag, 1. November, 14 Uhr, Friedhof Zuffenhausen: Totengedenkfeier. – Mittwoch, 9. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Monatstreffen der Kreisgruppe. – Dienstag, 15. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Die Schriftstellerin Sabrina Janesch liest aus ihrem Buch „Zwischen den Katzenbergern und Danzig“. Im Gespräch mit Thomas Schulz vom Deutschen Kulturforum östliches Europa wird sie auch über ihre Zeit als Stadtschreiberin in Danzig berichten.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 9. November, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Thema an diesem Nachmittag: Außergewöhnliche ostpreußische Frauen. Sabine Horn (1918-1994), „Ein Leben im Rollstuhl“. Das Lied vom Meer ist die Frucht einer lebenslangen Liebe zur See, die bei ihr im ostpreußischen Cranz in Kinderzeiten geweckt wurde. Die düsteren Seiten waren stets in Sabine Horns außergewöhnlichem Leben gegenwärtig. Da war vor allem ihre Krankheit, die sie in dem Gedicht „Parodie“ ironisiert.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 12. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenkfeier aller Landsmannschaften für die Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung am Denkmal auf dem Waldfriedhof. anschließend Zusammenkunft in der Orangerie.

Bamberg – Mittwoch, 16. November, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: „Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas“.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 4. November, 14.30 Uhr, Wirtshaus Auf der Lände, FFB: Kulturnachmittag.

Hof – Bericht über die Monatszusammenkunft am Samstag, 8. Oktober um 15 Uhr in der „Altdeutschen Bierstube“ im Hotel am Kuhbogen, Hof: „Es war ein Land, – im Abendbrand Garbe an Garbe im Felde stand. Hügel auf, Hügel ab, bis zum Hünengrab standen die Hocken, brotduftend und hoch, und drüber der Storch seine Kreise zog. So blau war die See, so weiß der Strand, und mohnrot der Mond am Waldesrand, In der warmen Nacht, – der Erntenacht!“ (Agnes Miegel) Mit Erinnerungen an den Erntedank in Ost- und Westpreußen wollen wir den heutigen Nachmittag gestalten.“ So begrüßte Jutta Starosta in Vertretung des 1. Vorsitzenden Christian Joachim die stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen. In einem Vortrag gedachte sie des christlichen Ursprungs des Erntedankes. Als Prominenten des Nachmittags erinnerte Hildegard Drogomir an den Physiologen Hermann von Helmholtz, der als außerordentlicher Professor für Physiologie an die Königsberger Albertina berufen wurde, um dort sein Wissen an Studenten weiterzugeben und das geistige Leben der Stadt Königsberg zu prägen. Noch heute wird sein Name unter Fachärzten mit einer gewissen Ehrfurcht genannt. Er wurde 1821 in Potsdam als Sohn eines Gymnasiallehrers geboren und starb im Juni 1894 an den Folgen eines Schlaganfalls. Daraufhin erzählte Bernd Hüttner, wie auf dem Felde der Plon gefeiert wurde. Anfang August, nachdem der Roggen gemäht war, wurde in Masuren der Plon gefeiert. Vom Hof unter Vorantritt des Inspektors und der Musikkapelle marschieren die Erntearbeiter, und beim Singen von Liedern zupfen die Frauen Ähren aus der letzten Hocke und bündeln sie zum „Plon“, nun spielt die Musikkapelle und feierlich erschallt der Choral „Nun danket alle Gott“. Klaus-Dieter Napromski gedachte in seiner Andacht des Weges von der Saat zur Ernte, vom Getreide zum Brot, von den Weintrauben zum Wein – den Dank an unseren Schöpfer. Wie in allen Jahren verteilte Erich Kiutra selbst gelesene, verschiedene Ähren, gebunden, an jeden Anwesenden als Symbol für Korn und Brot. Von den mit bunten Laubblättern und Blumen herbstlich geschmückten Tischen konnten die Anwesenden sich an den reichlichen Äpfeln, Birnen und Pflaumen bedienen. Jutta Starosta dankte für die Ausgestaltung und Mitwirkung an diesem schönen Erntedanknachmittag, der mit Liedern und kleinen Vorträgen ausklang. – Dienstag, 8. November, 17 Uhr, „Altdeutsche Bierstube“: Vorstandssitzung. – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr, „Altdeutsche Bierstube“: Monatszusammenkunft. – Ostpreußen-Reise 2012 vom 1. Juni bis 9. Juni 2012.

Landshut – Montag, 7. November, 12.30 Uhr Treffpunkt Nordfriedhof, 13.30 Uhr Hauptfriedhof, Eingang Marschallstraße, anschließend zirka 15 Uhr, Café Blaue Stunde. – Dienstag, 15. November, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe mit Bericht über Erfurt.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

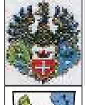
München Nord/Süd – Freitag, 11. November, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 13. November, 10.30 Uhr, Donauschwabenufer, Stadtmauer unter dem Saumarkt: Gedenkfeier mit Kranzniederlegung der Landsmannschaft Donauschwaben.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 18. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben: Treffen der Gruppen. Auskunft erteilt Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

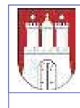


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Die Gruppe bietet auch in diesem Jahr die Möglichkeit, ein ostdeutsches Landesmuseum kennenzulernen und dieses mit dem Besuch eines attraktiven Weihnachtsmarktes zu verbinden. Programm der **Fahrt nach Lübeck** am Sonnabend, 26. November: 8 Uhr Abfahrt vom ZOB in Bremen, 11 bis 11:45 Uhr Vortrag über die Errichtung des „Hauses Hansestadt Danzig“, seiner Träger, Erläuterungen an Hand von Ausstellungsexponaten zur Geschichte von Danzig, danach individuelle Besichtigung des Hauses, 13.30 Uhr Mittagessen in der Schiffergesellschaft in Lübeck, anschließend Zeit zum Besuch des Lübeker Weihnachtsmarktes bzw. zur freien Verfügung. 17 Uhr Rückfahrt nach Bremen. Preis pro Person 20 Euro. Im Preis ist nur die Busfahrt enthalten. Die Führung im „Haus Hansestadt Danzig“ ist kostenfrei, es wird aber um Spenden gebeten. Mittagessen und Getränke in der Schiffergesellschaft in Lübeck müssen extra bezahlt werden. Anmeldungen werden ab sofort direkt bei JWD-Busreisen (Frau Venderbosch, T. 4854633) erbeten. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Konto- Nr. 18 27 67 17, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01.

Bremerhaven – Freitag, 18. November, 15.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, am Holzhafen: Heimatnachmittag.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

KREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 2. November, 13 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Die Kulturgeschichte Preußens steht für den grauen November auf dem Programm. Das Kulturreferat trägt eine Bilddokumentation, „Heimkehr der Könige“ oder „Irrfahrt der Könige“ vor. Rückfragen bei Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.

Sensburg – Sonntag, 13. November, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Dia-Vortrag von Lm. Budszuhn über Sensburg und Umgebung 2011.



Osterode – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahn-Bahnhof Ohlsdorf: Weihnachtsfeier der Gruppe. Die Feier beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung. Gerne können Julklapp-Päckchen mitgebracht werden. Bitte daran denken, dass man auch Verwandte und Freunde mitbringen kann. Über Anmeldungen freut sich das Ehepaar Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Darmstadt – Waltraud Barth hatte den Saal im Kranichsteiner Bürgerhaus am See wieder festlich mit Blumen geschmückt. Nur waren zu diesem Treffen nicht so viele Besucher gekommen, was die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner bei ihrer Begrüßung bedauerten. Viele waren krank und manche in Urlaub. Schröder berichtete, dass die Wallfahrtskirche in Heiligelinde umfassend renoviert worden sei. Das Gleiche soll mit der ehemaligen Bernsteinmanufaktur in Königsberg geschehen. In Tilsit ist ein Gedenkstein für Herzog Albrecht mit zweisprachiger Inschrift aufgestellt worden. Dies sei für das nördliche Ostpreußen recht ungewöhnlich. Leitner berichtete vom „Tag der Danziger“ in Travemünde, der wieder Bekenntnis zur und Gedenken an die Heimat war, aber auch freundschaftliche Begegnung und Wiedersehensfreude. Ein Fest der Geselligkeit mit einem bunten Unterhaltungsprogramm und etlichen interessanten Vorträgen von polnischen und deutschen Danzigern. Leitner sprach über seine Kinderlandverschickung von Danzig ins tiefste Ostpreußen (Kreis Treuburg) von 1942 bis 1944. – Der Danziger Paramentenschatz im Lübecker St. Annen-Museum konnte leider auch dieses Jahr nicht besichtigt werden, da die Umbauarbeiten immer noch nicht beendet sind. E. Balduhn las das Gedicht „Der Traum von der Heimat“. Gerhard Turowski empfahl wieder einmal, Bibel und Zeitung zu lesen und kritisierte die „Antipapstwelle“ als menschenverachtende Ideologie. Anni Oest gratulierte allen, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Alt zu werden ist eine Gnade“; Balduhn hatte mit „Heute schon gelacht?“ politische Humoresken ausgegraben. Dieter Leitner erinnerte in seinem Vortrag an zwei ostpreußische Cousins, die berühmte Physiker waren. Anlass war die Verleihung des Nobelpreises an Wilhelm Wien, der vor genau hundert Jahren den Nobelpreis erhielt. Er wurde 1864 in Gaffken bei Fischhausen geboren und lehrte an mehreren deutschen Universitäten. Er befasste sich mit der Temperaturstrahlung des schwarzen Körpers. Sein Verschiebungsgesetz besagt, dass bei wachsender Temperatur ein Körper Strahlung mit kürzeren Wellenlängen aussendet. Max Planck zog aus Wiens Gesetz mit der Einführung der „Quanten“ die Schlussfolgerung für den gesamten Frequenzbereich. 1907 gelang ihm die Wellenlängenbestimmung von Röntgenstrahlen. Er starb 1928 in München. Sein zwei Jahre jüngerer Cousin Max Wien wurde in Königsberg geboren und starb 1928 in Jena. Er war zunächst Mitarbeiter von Wilhelm Röntgen in Gießen und erhielt später Professuren in Aachen, Danzig und Jena. Seine Forschungsgebiete waren hochfrequente elektromagnetische Wellen und das Verhalten der Elektrolyte unter hochgespannten Strömen. Er arbeitete auch über drahtlose Telegrafie. – Nach diesem trockenen Thema las Leitner noch eine besinnliche Geschichte des 1936 in Masuren geborenen Schriftstellers Herbert Somplatzki. Eine ostpreußische Familie besucht zum ersten Mal ihren Heimatort und wird von den jetzigen Bewohnern mit den Worten empfangen: „Warum seid ihr erst heute gekommen? Alle Polen im Dorf hatten schon vor Jahren ihre Deutschen zu Besuch.“ – Schröder berichtete über seine erneute Reise nach Königsberg, wo an dem Gedenkstein auf dem ehemaligen Luisenfriedhof für die nach dem Krieg verstorbenen Kinder auch eine Tafel in russischer Sprache angebracht wurde. Ein zweiter Rosenstock wurde gepflanzt. Die Wiese ist gepflegt und ein Schild „Zur Gedenkstätte“ weist jetzt den Weg. Im seit 15 Jahren bestehenden Deutsch-Russischen-Haus der evangelischen Propstei fand ein Empfang mit russischen Gästen und Pfarrer Grimoni aus Duisburg, Nachfolger von Propst Löber, statt. – In Königsberg wird viel gebaut, aber in den Randgebieten sieht es noch wüst aus. In den vergangenen 66 Jahren ist

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

dort so gut wie nichts geschehen. – Zum Abschluss des Nachmittags sang man gemeinsam das Westpreußenlied.

Wetzlar – Montag, 14. November, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Vortrag von Dr. Peter Förster über Leben und Werk von Dr. Hans-Werner Rautenberg aus Preußisch Holland. Gäste sind willkommen. – Beim **Oktobertreffen** hat Karla Weyland aus Rauschenberg über die Bedeutung von Bäumen, wie sie sich in Wäldern, Alleen und Gärten finden, berichtet. Die Kulturreferentin der hessischen Landsmannschaft erwähnte eingangs, dass in Ägypten bereits im zweiten Jahrtausend vor Christi Geburt Alleen mit Palmen nachgewiesen seien. Im mecklenburgischen Schildfeld zwischen Boizenburg und Hagenow sei um 1600 erstmals in Deutschland ein Teil einer uralten Handels- und Heerstraße mit einer schattenspendenden Baumreihe versehen worden. Friedrich der Große (1712 bis 1786) habe während seiner Regierungszeit in der Mark Brandenburg 160 000 Bäume an Straßen und Zufahrtswegen anpflanzen lassen. In Hinblick auf die Bedeutung des Waldes hob die Referentin hervor, dass in Europa eine Fläche von 1,02 Milliarden Hektar mit Wald bedeckt sei, der wiederum ein Viertel des gesamten Waldvorkommens auf der Erde ausmache. Die Johannisburger Heide in Ostpreußen mit einer Ausdehnung von 970 Quadratkilometern habe in Preußen die größte Waldfläche dargestellt. Mit Kiefern aus Ostpreußen sei vor dem Ersten Weltkrieg der Hamburger Hafen gegründet worden Diese Fundamente hätten bis heute gehalten. Zu allen Zeiten hätten sich Dichter und Komponisten dazu angeregt gefühlt, die Bedeutung von Bäumen und Wäldern für den Menschen zu würdigen, erwähnte Karla Weyland. Wald- und Jagdlieder gehörten bis heute zum festen Repertoire eines jeden Gesangvereins in Deutschland. Während ihres Vortrags rezitierte sie wiederholt Gedichte von Joseph von Eichendorff, Rainer Maria Rilke und Agnes Miegel.



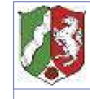
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 4. November, 19.30 Uhr, Halepaghen-Schule: Mitglied Helfried Weyer zeigt seinen neuen Diavortrag „Olavsweg – Pilgern in Norwegen“. – Sonntag, 13. November, 11.30 Uhr, Ehrenmal im Stadtpark: Feierstunde der Stadt Buxtehude. Die Gruppe legt wieder einen Kranz zum Gedenken an die Opfer von Flucht und Vertreibung nieder. Um rege Beteiligung an der Veranstaltung wird gebeten.

Osnabrück – Donnerstag, 17. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Der Vorstand der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Osnabrück e.V., hatte zum traditionellen Erntedanknachmittag eingeladen. Mitglieder hatten den Erntetisch mit Blumensträußen, Obst und Gemüse aus ihren Gärten üppig geschmückt. Ein vielfältiges Programm erwartete die Teilnehmer. Zunächst begrüßte der stellvertretende Vorsitzende Gerhard Reihs Mitglieder und Gäste und erinnerte an die Bräuche in der Erntezeit, wie sie in der Heimat Tradition waren. Gemeinsam wurden das Westpreußenlied und „Bunt sind schon die Wälder“ gesungen. Auch der Chor unter Leitung von Else Tober trug mit Liedern zum Gelingen der Feier bei. Pastor Jürgen Kuhlmann sprach über den Erntedank und zitierte zum Abschluss aus dem Gedicht „Alle gute Gaben“ von Matthias Claudius. Die Sängerin Kathrin Jansen-Oloo brachte einige Lieder zu Gehör, so auch das Lied „Ich bete an die Macht der Liebe“. Sie wurde mit viel Applaus belohnt. Eine Lesung zum Erntedankfest durfte ebenfalls nicht fehlen. Der „Kartoffelfeuertag“ wurde von Barbara Sell-Balfanz gelesen. Mitglieder der Gruppe trugen das Gedicht „Spätsommer“ von Agnes Miegel und „Gemäht sind die Felder“ von Viktor Blüthgen vor. Gemeinsam sang man die Lieder „Kein schöner Land“ und „Es dunkelt schon in der Heide“. In seinem Schlusswort bedankte sich Gerhard Reihs bei allen, die zum Gelingen des Erntedanknachmittags beitrugen. Sein besonderer Dank galt den Mitgliedern, die den Erntetisch so wunderbar gestaltet haben. Mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes endete der Erntedanknachmittag.

Winsen/Luhe – Sonnabend, 5. November, 17.30 Uhr, Heimatmuseum, im Marstall, Schlossplatz: Einladung zur Veranstaltungsreihe „Klock half fief“. Vortrag der LO West- und Ostpreußen zum Thema „Ostpreußen, was ist das?“



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 16. November, 17.30 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch der Gruppe.

Düren – Montag, 14. November, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7A: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Mittwoch, 2. November, 15 Uhr: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 3. November, 19.30 Uhr, GHH, Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 11. November, 18 Uhr, Restaurant Frankenheim, Wielandstraße 14 (Wehrhahn): Traditionelles Gänseessen. Ab Hauptbahnhof erreichbar mit der Straßenbahnlinie 704 Richtung Derendorf-Nord, Ausstieg „Pempelforter Straße“. Anmeldungen erbeten unter Telefon (0211) 682318. – Freitag, 11. November, 18 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Verleihung des Andreas-Gryphius-Preises durch die Künstlergilde e.V. – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr, GHH / Eichendorff-Saal: Schau-/Figurenspiel „Der kleine Lord“.

Ennepetal – Donnerstag, 17. November, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Königsberger Klospen, Kartoffeln und Rote Bete.

Essen – Freitag, 18. November: Gespräche über aktuelle heimatpolitische Fragen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Spexarder Königspaar besucht die Ostpreußen beim Herbstfest – Es gibt viele Gründe, ein Fest zu feiern. Für die Verantwortlichen der Landsmannschaft Ostpreußen gab es beim diesjährigen Herbstfest nur einen: „Tanzen“. Und viel mehr Besucher hätten nicht mehr Platz gehabt im Spexarder Bauernhaus, denn über 180 Personen kamen. Fleißige Hände hatten zuvor geholfen, Tombolapreise zu sammeln, diese aufzubauen und das Bauernhaus liebevoll herbstlich zu dekorieren. Die Band „Das Feeling Duo“ kam diesmal als „Das Feeling Trio“ und sorgte von Anfang bis in die Nacht hinein für Stimmung. Wer da nicht mitsang, mitklatschte und mittanzte war selber schuld. Es ist keineswegs Pflicht, aber viele Besucherinnen und Besucher passen ihren Kleidungsstil automatisch dem im Herbst stattfindenden Oktoberfest an und so kamen wieder viele im Dirndl, in Lederhose oder Tracht. Als hätte der Wettergott nur für uns die Sonne ausgepackt. Unser „Herbstfest“ übertraf selbst unsere Erwartungen! Supertolle Stimmung, wunderbare Gäste und Tanzen bis ganz zuletzt. Wir freuen uns schon auf ein Wiedersehen zum „Tanz in den Mai“ im kommenden Jahr, freute sich der Vorsitzende Eckard Jagalla mit seinem Team. Und der Besuch des ausgeschiedenen Königspaares Anni und Werner Stüker machten den Abend dann perfekt.

Köln – Dienstag, 15. November, Bürgerzentrum Deutz, Tempelhofstraße 41: Treffen der Gruppe.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 8. November, 15 Uhr, Handelshof: Lichter-Nachmittag der Frauengruppe. – Sonntag, 13. November, 11 Uhr, Altstadtfriedhof Dimbeck: Gedenkan am Gedenkstein.

Neuss – Sonntag, 13. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof in Neuss, Rheydter Straße: Feierstunde zum Volkstrauertag.

Wesel – Erntedankfest. Die LOW, Kreisgruppe Wesel, führte ihr **traditionelles Erntedankfest** durch. Der erste Vorsitzende Paul Sobotta konnte eine stattliche Schar von Erntehelfern in der festlich geschmückten Heimatstube „Tenne“ willkommen heißen. ein ganz auf Ernte eingestelltes Programm konnte jetzt in Bewegung gesetzt werden. Die erste Erntehelferin, Waltraut Koslowski, aus dem Singkreis stimmte den alten Choral „Nun danket alle Gott“ an. Der erste Vorsitzende schilderte ein historisches Erntefest, bei dem es nur Menschen als Helfer auf den großen Feldern im Osten gab. Heute weiß man gar nicht, ob Erntezeit auf den Feldern ist. Er ging weiter auf die heutige Lebensmittelverschwendung ein – es ist eine große Sünde, was da passiert, so seine Worte. Weiter im Festprogramm: Die Gruppe der Schnitterinnen trug Gedichte und Geschichten verschiedener Ernteeindrücke vor, so wie das Einbringen von anderen Feldfrüchten. Der Mundharmonika-Kreis begleitete die Erntearbeiten munter fort. Nach getaner Arbeit stärkte man sich mit Kartoffelsalat und Krakauer Würstchen. Mittelpunkt der Feier war eine schöne Tombola mit vielen Preisen. Man saß noch geraume Zeit bei regen Gesprächen zusammen, bevor man sich zufrieden auf den Heimweg begab.

Wuppertal – Sonnabend, 12. November, 14 Uhr, Ergo-Haus, Wuppertal-Elberfeld, Neumarkt 2: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen.

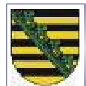
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

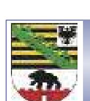
Mainz – Sonnabend, 5. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit Film über die Heimat.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Überall im Land wird traditionsgemäß im Herbst das **Erntedankfest** gefeiert. So feierte die Kreisgruppe am 8. Oktober ihr Erntedankfest mit vielen Erinnerungen an die Heimat. Ostpreußen war ein ausgeprägter Standort für die Landwirtschaft. Es wurden vorrangig Roggen, Hafer, Weizen, Kartoffeln und Rüben angebaut. Man sagte, Ostpreußen sei die Kornkammer Deutschlands. Deshalb kam dem Erntedankfest eine besondere Bedeutung zu. Die Bauern und Landarbeiter brachten ihre Gaben vor dem Gottesdienst zur Kirche, um auf diese Weise für die gute Ernte zu danken. In vielen Orten gab es Festumzüge mit bunt geschmückten Wagen und kunstvoll gebundenen Erntekronen. Junge Leute sangen Lieder wie „Das Feld ist weiß“ oder „Bunt sind schon die Wälder“. Den Abschluss bildete am Abend der Erntetanz, zu dem sich Alt und Jung in festlich geschmückten Räumen trafen. – Entsprechend den damaligen Bräuchen hat die Gruppe ihr Erntedankfest mit einer Andacht und einem Gabentisch mit Gartenprodukten gestaltet. Mit viel Liebe wurde ein sehr großer, altarähnlicher Tisch (wo sogar die Tischdecken noch aus Ostpreußen waren) in der Mitte des Saales aufgestellt. Sehr viele Mitglieder der Kreisgruppe brachten Äpfel, Kartoffeln, Tomaten, Zucchini, Maiskolben, Weintrauben, Blumen, selbstgemachte Marmelade und vieles mehr mit. Der Altar reichte nicht aus, so dass auf jeden Tisch kleine Körbe mit den Früchten unserer Erde gestellt wurden. Zu jedem Kaffeegedeck stellten die Frauen eine gebastelte Serviette mit gebundenen Ähren auf. Eine aus Kastanien gebastelte Kerze wurde dazu gestellt. Dabei kamen die Teilnehmer in die rechte Stimmung, mit Liedern und Gedichten an die schwere Arbeit ihrer Vorfahren zu gedenken. Die Vorfahren haben mit viel Fleiß das schöne Ostpreußen zu einer lebens- und liebenswerten Landschaft gestaltet. Einige Mitglieder sagten, „das habe ich von meinen Eltern geerbt, ich muss einige Monate die Erde mit meinen Händen bearbeiten, und wenn es nur im Garten ist“. Ingrid Labuhn brachte wieder mit den Kulturkreis „Simon Dach“ viele Lieder, Gedichte und Geschichten in einem gelungenen Programm zum Thema in die Ohren und Herzen der Zuhörer. Sie sangen und zeigten als Gruppe das Plon-Bin-de-Lied sowie viele andere schöne Lieder. Auch eine Geschichte von der Achtung der Lebensmittel wurde nicht vergessen. Ein Höhepunkt des Nachmittags ergab sich, als das von Liesbeth Krüßel liebevoll hergestellte Speckfett von der Frauengruppe auf frisch gebackenes Brot gestrichen und an alle Anwesenden verteilt wurde. Das war absolut lecker. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Schatzmeisterin Karin Janella und die Beisitzerin Hannelore Kedzierski viele Gläser selbstgemachte Marmelade zur Verfügung stellten. Ingrid Labuhn stellte eine große Papptafel auf, auf der jedes Mitglied einen Farbtupfer anbringen sollte. Daraus wird ein Bild aus der Gemeinschaft entstehen. Vorsitzende Sieglinde Langhammer dankte nochmals allen Helfern und den Spendern der vielen Gaben. – Der viel zu kurze Nachmittag endete mit dem Lied „Kein schöner Land“.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 14. November, 14 Uhr, Krötenhof: Gedenken aller Kriegsopfer.

Magdeburg – Dienstag, 1. November, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Dienstag, 8. November, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Vorstandssitzung. – Freitag, 11. November, 15 Uhr, TUS: Proben des Singekreises. – Sonntag, 13. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Treffen zum Volkstrauertag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mit den Zeilen **„Das ist ein Herbsttag, wie ich keinen sah...“ von Friedrich Hebbel** begrüßte die Vorsitzende die Oktoberrunde, die unter dem Motto stand: „Herbst – Ernte – Erntedank“. Dann berichtete sie von einem Westfalen, der als Land- und Betriebswirt mit seiner Familie einen Bauernhof im Kreis Konitz bewirtschaftet. Beim Westpreußenkongress Ende September in Münster hatte er den Hof und seine Arbeit mit Dias vorgestellt. Er ist dort zufrieden und hat diese Entscheidung noch nicht bereut. Die Teilnehmer kennen Beispiele von Landsleuten, die in die Landwirtschaft in der Heimat zurückkehrten und damit negative Erfahrungen gemacht hatten. – Die Teilnehmer erzählten von den Erntearbeiten auf ihren Höfen beziehungsweise in ihren Dörfern, von dem Dängeln der Sensen am frühen Morgen, vom Mähen mit den Sensen. Später wurden nur die Ackerstreifen gemäht, auf denen der Selbstbinder fahren und wenden konnte. Auch Garbenbinden hatten einige noch gelernt. – Weiter wurde von den Erntefesten berichtet, die auf den Gütern und in den Dörfern unterschiedlich gefeiert wurden. Die lebhafte Aussprache wurde beim Kaffeetrinken fortgesetzt.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 8. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Beim monatlichen Treffen der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig spricht Peter Mester aus Burg über das Thema: „Der Mensch im Alter“. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Sonntag, 13. November, Volkstrauertag, 11.30 Uhr, Kapelle des Friedhofs Am Friedenshügel: Gedenken an die Kriegstoten. – Dienstag, 15. November, 19.30 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldung bitte nur bei Wolfgang Kanstorf, Telefon 64847.

Neumünster – Mittwoch, 9. November, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Treffen der Gruppe. Die Referentin Christel Hansen spricht über den „Roten Knopf“ für Notfälle, Hilfe im Alter. Welche Möglichkeiten gibt es für Senioren? Gäste sind willkommen. – **Bericht vom Erntedankfest.** Am 12. Oktober traf sich die LOW, Kreisgruppe Neumünster, zur Erntedankfeier im Restaurant am Kantplatz. Die erste Vorsitzende Brigitte Profé begrüßte die vielen Mitglieder an den reich geschmückten Erntedanktischen. Mit dem Gedicht: „Der Herbst, der Herbst ist da“ leitete Hildegard Henning den Nachmittag ein. Den Geburtstagsjubilaren wurde gratuliert und bedacht mit dem Lied: „Bunt sind schon die Wälder“. Nach der Kaffeepause war der Nachmittag mit heiteren und besinnlichen Gedichten, Geschichten und vielen Liedern mit musikalischer Begleitung von Nora Kawlath ausgefüllt. Immer stand das Erntedankfest im Vordergrund mit besonderer Betonung auf „Dank“. Brigitte Profé berichtete über das Geflügelschlachten, das Rupfen, Nudeln, Zubereiten und die Verwertung der Gänse. Lothar Stadtaus brachte ein Gedicht von R. M. Rilke vor. Die 91-jährige Marga Neumann erfreute die Anwesenden mit dem Gedicht „Abflug und Wiederkehr von Schwalben“. Von Hildegard Henning vorgetragen – man stelle sich das vor – der Putenbraten wird zubereitet – immer mit einem Schnäpschen, es soll ja auch nicht so „trocken“ gearbeitet werden!! Wie endet und gart nun so ein Putenbraten? Zu ostpreußischer Mundart vorgetragen und der Sprache nach all den Schlubberchen nicht mehr so mächtig, hatte sie alle Lacher auf ihrer Seite. Ein ganz besonderer Dank gilt unserer Nora Kawlath, die unsere 13 Lieder auf dem Akkordeon begleitete. Ein gemütlicher und harmonischer Nachmittag endete gegen 17 Uhr.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

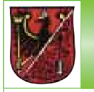
Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Siegfried Kugies erhält Angerburger Kultpreis 2011 – Zu den Höhepunkten der diesjährigen Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme) gehörte die Verleihung des Angerburger Kulturpreises 2011 durch den stellvertretenden Landrat Reinhard Brünjes in der Rotenburger Theodor-Heuß-Schule. Den Kulturpreis des Landkreises Rotenburg (Wümme) erhielt Siegfried Kugies für seine Biografie „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“. Reinhard Brünjes zitierte aus der Begründung des Kuratoriums: „Das Buch von Siegfried Kugies ist eine optisch gelungene, illustrierte, ausführliche Darstellung des Lebenslaufes eines Angerburgers. In seiner neuen Heimat gelang es ihm besonders für die Völkerverständigung zu wirken.“ Der stellvertretende Landrat Reinhard Brünjes überreichte dem Preisträger eine Urkunde und einen Scheck über 500 Euro. Der Kulturpreis wird seit 1973 alle drei Jahre vergeben. Siegfried Kugies, 1926 in Eschingen im Kreis Angerapp geboren, besuchte in Klein Budschen im Kreis Angerburg die Volksschule und danach die Hindenburgschule in Angerburg. Schließlich gehörte auch er zu Hitlers letzem Aufgebot und geriet bei der Ardennenoffensive 1945 in amerikanische Gefangenschaft. Über die USA und Wales gelangte der Autor ins hessische Trebur, wo er sich in fremder Umgebung neu orientieren musste. In dem 455 Seiten umfassenden Buch wird der weite Weg geschildert, den der inzwischen 85-jährige Autor in seinem Leben gegangen ist. Dazu gehört auch sein soziales Engagement für die Sozialstation in Angerburg, dem heutigen Wegorzewo, sowie der Schüleraustausch zwischen Trebur und Banie Mazurskie (Benkheim). Das Buch enthält viele Fotos und Dokumente und ist im Mai erschienen. Es ist zum Preis von 20 Euro zusätzlich Versandkosten beim Autor Siegfried Kugies, Taunusstraße 40, 65468 Trebur, erhältlich.

GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Abschied von Stanislaus Graf von Dönhoff – Am 9. August 2011 verstarb in Aschau Stanislaus Graf von Dönhoff. Er war seit dem 28. Juni 1987 Ehrenritter und seit April 1992 Rechtsritter der Johanniter. In Skandau/Ostpreußen wurde Stanislaus Graf von Dönhoff am 2. August 1934 geboren. Seine Eltern waren Dietrich Wilfried Georg Karl Graf von Dönhoff und Karin Margarethe Gräfin von Lehndorff. Die Familie lebte in Ostpreußen, bis sie 1944 in den Westen zu den Freunden, Familie von Arnim in Fürstenau, flüchtete. 1950 zog die Familie nach Irland. Sein Vater Dietrich Graf von Dönhoff erwarb dort eine Farm. Stanislaus von Dönhoff machte 1952 seinen Schulabschluss in Gordonstown/Schottland. Danach nahm er ein Studium im Trinity College in Dublin auf und 1955 absolvierte er ein landwirtschaftliches Lehrjahr in Vinsebeck/Westfalen. 1956 schloss sich eine dreijährige Lehre als Im- und Exportkaufmann bei der Hamburger Firma Coutinho, Caro & Co an. Seine Kraft und sein Können setzte er in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft ein. Zwei Jahre war er Direktor bei der Deutschen Supermarktkette in München. Danach leistete er zwei Jahre Aufbauarbeit für Countinho, Caro & Co in West- und Ostafrika. Von 1963 bis 1967 war er Farmer in Irland. Anschließend arbeitete er fünf Jahre als Banker bei Marcard & Co. in Hamburg, um von 1972 bis 2001 als Kammerdirektor der Hatzfeld-Wildenburg'schen Verwaltung in Schönstein seine umfangreichen Erfahrungen zum Wohle der gräflichen Besitzungen einzusetzen. 2001 ging er in den Ruhestand und widmete sich verstärkt seiner Familie, die er 1959 mit der Heirat von Isabella Gräfin Wolff-Metternich zur Gracht gründete. Beide haben vier Kinder: Tatjana, Nicolaus, Yvonne und Catharina. Wichtig waren ihm auch seine Hobbys, die Jagd, die Natur und – nicht zu vergessen – Oldtimer. Alle Skandauer und Sillginner sind tief betroffen. Wir werden Graf Stanislaus nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Bei unseren jährlichen Treffen in Bad Pyrmont war er oft dabei. Wenn es seine Zeit nicht erlaubte am Treffen teilzunehmen, spendierte er den Teilnehmern des Treffens eine nette Kaffeetafel. Unser tiefes Mitgefühl gilt der gräflichen Familie.
Gertrud Holtermann, Kirchspielvertreterin Laggarben



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

37. Gesamtdeutsches Heimattreffen – Sonnabend, 19. November: 10 bis 15 Uhr, Landhotel in Spornitz (an der B 191 gelegen): Die Kreisgemeinschaft lädt alle Interessierte herzlich ein. Den Landsmann erwartet ein auf diese Jahreszeit ausgerichtetes kulturelles Programm. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreussen vorgetragen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat werden die Vergangenheit gegenwärtig werden lassen, sodass der Landsmann und auch der Nichtostpreusse hiervon bestimmt beeindruckt sein werden und gerne wieder zu Nachfolgetreffen kommen werden. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19



Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck, Telefon (038726) 880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon/Fax (03871) 22 62 38, E-Mail: friedelhahn@arcor.de.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-hei-

Kreisgemeinschaft Heiligenbeil beim Deutsch-Russischen Forum in Nürnberg und Ellingen – Das Deutsch–Russische Forum wird seit 2008 von der Landsmannschaft Ostpreußen durchgeführt. Es gilt als Forum für die Kreisgemeinschaften des Königsberger Gebietes, die Leiter der Archive, Bibliotheken und Museen und die Vertreter der russischen kommunalen Gebietskörperschaften im nördlichen Ostpreußen. Die Idee gemeinsamer deutsch- russischer Kulturforen gründete sich auf der Erkenntnis, dass die reiche Kultur und Geschichte Ostpreußens gemeinsam von den alten und neuen Bewohnern gepflegt werden soll. Ziel dieser Menschen und Völker verbindenden Initiative ist ein regelmäßiger Meinungsaustausch und die Vorbereitung von gemeinsamen Kulturprojekten sowie kulturerhaltenden Maßnahmen im Königsberger Gebiet. Am Wochenende vom 14. bis 16. Oktober fand in Nürnberg und Ellingen das 4. Deutsch-Russische Forum statt. Aus Heiligenbeil war eine mehrköpfige Delegation angereist, u. a. auch der Bürgermeister von Heiligenbeil / Mamonowo, Alexej Zalivatsky. Im Rahmen des Forums berichteten die Heimatforscher Dr. Vladimir Peck und Dimitrij Shilow über die Errichtung des Heimatmuseums in Heiligenbeil, das anlässlich der 710-Jahr-Feier im Juli 2011 eröffnet wurde. Anschließend wurden die Kontakte, die zwischen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und Heiligenbeil/Mamonowo bestehen, erörtert. Die Gespräche fanden in einer freundschaftlichen Atmosphäre statt und waren von gegenseitigem Verständnis geprägt. Wir freuen uns über die erreichte Vertiefung des Miteinanders und hoffen, auf diesem Weg gemeinsam weitere Schritte gehen zu können – nach dem Motto: „Gemeinsam können wir mehr erreichen“.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357931, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Großer Zuspruch beim Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg – Einige Tage früher als üblich und in einem besonders erlesenen Rahmen fand in diesem Jahr eine Auftaktveranstaltung der Kreisgemeinschaft Ortelsburg statt: Bereits am Freitag vor dem sonntäglichen Haupttreffen las der über die Kreise der Ostpreußen hinaus bekannte und geschätzte Schriftsteller Arno Surminski in der alten Buchhandlung Koethes und Roettsches in Herne aus zwei seiner Werke. Aus seinem neusten Band „Winter 1945 oder die Frauen von Palmnicken“ stellte er das Schicksal einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie vor, das er in einem zweiten Erzählstrang mit dem Tod zahlreicher jüdischer Frauen bei Kriegsende in Palmnicken an der ostpreußischen Küste in Verbindung brachte. Versöhnliche Akzente setzte er durch seinen Lesevortrag aus dem Erzählband „Die masurische Eisenbahn und andere heitere Geschichten“. Ansprechend das Ambiente: Die ehemalige Druckerei wurde von den Inhabern in einen architektonisch anspruchsvollen Raum umgewandelt, der sich durch Form, Lichteinfall, Farbgebung und Akustik für künstlerische Veranstaltungen anbietet. Das Publikum im vollbesetzten Saal war begeistert: Ovationen an Arno Surminski, Dank an Elisabeth Roettsches als großzügige Gastgeberin. Und dann die große Überraschung am Sonntag des Hauptkreistreffens: Mehr als 750 Besucherinnen und Besucher waren in das Kulturzentrum der Stadt Herne gekommen. Eine ungewöhnlich hohe und damit erfreuliche Zahl: Seit Jahren bewegt sich der Zustrom der Gäste in einer konstanten Größenordnung. Herbert John begrüßte als stellvertretender Vorsitzender Gäste und Ehrengäste in gewohnter Weise und verlas Grußworte der Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach. In einer bewegenden Totenehrung würdigte Geschäftsführer Hans Napierski die jüngst Verstorbenen: Helene Deptolla sowie Pfarrer Prof. Dr. Alfred Tschirschnitz, Seelsorger der evangelischen Kirchengemeinde Ortelsburg / Szczytno. Grußworte der Bürgermeisterin Danuta Górska aus Szczytno konnte der Kreisvorsitzende Dieter Chilla vor seine Rede stellen. In seiner Festansprache thematisierte Dieter Chilla den Begriff „Heimat“ aus der Sichtweise eines Vertreters der Bekenntnisgeneration: Er machte deutlich, dass das Finden heimatlicher Identität für die Nachkommen der Erlebnisgeneration nicht immer problem- und konfliktlos war: „Wenn ich mit meinen Kindheitsfreunden über dieses Thema spreche, entdecke ich viele Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede. Ein gemeinsames Verständnis für Heimat ist kaum zu finden. Es ist wahr: Es gibt nur eine Heimat. Aber die wird von jedem Einzelnen unterschiedlich wahrgenommen. (...) Auch bei den vielen Gesprächen mit den Menschen aus dem Kreis Ortelsburg hat sich mir kein einheitliches Bild ergeben. Verschiedene persönliche Sichtweisen, subjektive Konstrukte. Nur ein Gefühl ist allen gemeinsam: der unendliche Verlust, die Trauer um die verlorene Heimat.“ Ziel der Kreisgemeinschaft, so Dieter Chilla, sei es, im Laufe der nächsten Zeit eine Wanderausstellung mit den Exponaten aus der Heimatstube der Kreisgemeinschaft Ortelsburg auf den Weg zu bringen: Herne, das Ordensschloss Ellingen und Ortelsburg/Szytno sollen Stationen sein. Dieter Chilla: „Die Vorzüge einer solchen Wanderausstellung sind offensichtlich: Wir haben die Möglichkeit, unsere Vorstellungen von Heimat einem breiten Publikum zu vermitteln. Wir kommen aus unseren vier Wänden heraus und treten in Dialog mit weiteren Menschen. Und hier wird es diskursiv und damit spannend: Denn hier treffen Vorstellungen von Heimat aufeinander, wie man sie sich unterschiedlicher kaum vorstellen kann. Und darin liegt eine Chance, die Chance für Annäherung und Völkerverständigung. Dann, wenn man vor dem konkreten historischen Exponat steht, lässt sich über Gemeinsamkeiten und Unterschiede aus deutscher und polnischer Perspektive sprechen.“ Sensibel und verständnisvoll blieb der Herner Oberbürgermeister Horst Schiereck in seinen Grußworten. Er betonte die Bedeutung der Ortelsburger für den Neuanfang – auch im Ruhrgebiet - nach dem Zweiten Weltkrieg, verwies aber auch gleichzeitig auf das Schicksal des polnischen Volkes in der NS-Zeit. Seine Zusicherung, Herne werde Patenstadt der Ortelsburger bleiben, wurde von der großen Zuhörerschaft mit intensivem Beifall bedacht. Drei besonders engagierten Persönlichkeiten wurde die Ehrenmitgliedschaft der Kreisgemeinschaft Ortelsburg verliehen: Pfarrer Witolt Twardzik erhielt sie für sein herausragendes Engagement für die evangelische Kirchengemeinde in Passenheim / Pasym. In humanitärer, ökumenischer und theologischer Hinsicht hat er hier über viele Jahre hinweg Außergewöhnliches geleistet und damit Anerkennung auf deutscher und polnischer Seite gefunden. Christel Bury wurde wegen ihres Einsatzes für „ihre“ Dörfer Fröhlichshof, Fröhlichswalde und Eckwald zum Ehrenmitglied ernannt. Darüber hinaus hat Christel Bury sich durch ihre Arbeiten auf genealogischem Gebiet für ihre Landsleute verdient gemacht. Erwin Syska wurde ausgezeichnet, weil er sich als Schatzmeister über Jahre hinweg für die Hindenburg-Schüler sowie die Yorck-Jäger-Gemeinschaft eingesetzt hat. Ein Novum: Mit der Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft wurde das neu geschaffene Silberne Ehrenabzeichen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg verliehen. Große Resonanz bei den zahlreichen Besuchern erzielten die Genealogen sowie das Angebot an Heimatliteratur. Der Ehrenvorsitzende Edelfried Baginski rief in seinen klaren Schlussworten überzeugend zu Geschlossenheit und Gemeinsamkeit auf. Dank d. Einsatzes von Hans Napierski als Geschäftsführer und einem engagierten Mitarbeiterstab fand die Feier in einem ausgezeichnet organisierten Rahmen in guter Atmosphäre statt. Die Resser Musikanten verwöhnten das Ohr mit gekonnt gespielten Beiträgen. Sonniges sommerliches Nachspiel: Eine Woche später trafen sich in Bad Harzburg die Ehemaligen des Ortelsburger Oberlyzeums und des Hindenburggymnasiums zu ihrem traditionellen Jahresfest.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Besuch im Haus Schlesien

Die vor kurzem im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott eröffnete Gastausstellung des langjährigen Partnermuseums aus Grünberg [Zielona Góra] präsentiert unter dem Titel „Von Licht und Land“ eine Werkschau des Malers Stefan Chabrowski. Die neue Sonderausstellung ist eine Fortsetzung der bereits im Jahre



2002 begonnen engen Zusammenarbeit von Haus Schlesien und dem Museum aus Grünberg. Wie hoch der Stellenwert der Ausstellung eingestuft wird, zeigt nicht zuletzt die Beteiligung einer Delegation aus Grünberg an der Vernissage. Auch der Künstler war dabei und bot den Besuchern Hintergrundinformationen zu dem einen oder anderen interessanten Bild. Die Präsentation im Eichendorffsaal stellt einen Querschnitt aus Chabrowskis Werken vor, die der 1937 in Tschenstochau geborene Künstler dem Muzeum Ziemi Lubuskiej für die Gemäldesammlung überlassen hat.

Zu sehen sind Malereien, die menschenleere Landschaften in unterschiedlichen Lichtstimmungen zeigen. Chabrowskis bevorzugte Motive wie hohe Gräser, ein versteckter Wasserlauf oder ein See, aber auch etwas diffus gehaltene Waldränder und Wiesen finden sich in Ölgemälden mit Titeln wie „Am Bach“, „Am Waldrand“ oder „Der See in Barlinek“ wieder.

Die Stimmungsbilder sind bis Mitte Dezember im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott zu besichtigen.

Dieter Göllner

Nasch-werk, Weichkaramelle | ugs.: unmodern (engl.) | Plantage | Tierpflege | früher, ehemalig | Kultbild der Ostkirche | durchsetzungsfähiger Mensch | Insel in der Ostsee | eiförmig | Ärger, Wut | Pädagoge | afrikanischer Strom | Rauschgift | ein Blutgefäß | besonders extrem | abschicken | Wasser zum Stillstand bringen | bargeldloser Zahlungsverkehr | Opfertisch | die erste Frau (A. T.) | Gesandtschaft | Nervenzentrum | zerrissenes Tuch | benachbart, nicht weit | jap. Herrschertitel | schwed. Schriftstellerin (Selma) | Koch-, Backanweisung | Sammlung altnord. Dichtung | Absicht, Vorhaben | niedriger Sportrennschlitten | dt. Maler, Grafiker (Emil) | Laubbaum | eine der Kleinen Sundainseln | vertraulich, im engsten Kreis | Metallbolzen | Gesang: Beben lassen d. Stimme | Beschäftigung, Tätigkeit | Hauptstadt der Rep. Irland | amerik. Erfinder (Thomas Alva) | Ausgabe von Wertpapieren | Wirbeltier, Amphibie | abgegrenzter Teil des Gartens | Verschleiß, Abnutzung | Verdauungsorgan | handeln | bestimmter Artikel | Stadt an der Ems, in NRW | Gebäck, Unterlage für Konfekt | kegelförmiges Indianerzelt | zeitgemäß | frottieren; scheuern | scherzhaft: Schule | sehr großer Mann | Eingang; Vorspeise (franz.) | Gastspielreise | unartig; schlecht | Kosten, Auslagen | schlank und geschmeidig | Gesichtsfarbe | Gipfel der Berner Alpen | volkstümlich für leise singen | Gebetsschlusswort | Boden eines Gewässers | Teilzahlung | nicht neues Gebäude | Oper von Lortzing | engl. Dramatiker (John) | asiatischer Halbesel | lediglich | Nagetier | durch, mit (lat.) | mit Leim befestigen | hoher Grad der Freude | Titel arabischer Fürsten | Küstenstaat Brasiliens | Tisch m. schräger Schreibfläche | fasanenartiger Vogel | Wäscheschnur | deutsche Schauspielerin (Iris) | Währungseinheit | Kreuzesinschrift | Gurkenkraut | Verbindungslinie, -stelle | entdecken, auf etwas stoßen | Fuge, längliche Vertiefung | ein Norditaliener | fort, weg; beginnend mit | Kfz-Zeichen Niederlande | radioaktives Schwermetall | Staat in Nahost, Perser | Gebirge zwischen Europa u. Asien | Abk. für Hauptuntersuchung | Anlieger; Grenznachbar | Flugkörper | Federbettenstoff

PAZ11_43

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Spagat, 2. Sydney, 3. einmal, 4. Empore, 5. Gerade, 6. Lupine – Synode, Tempel

Kreiskette: 1. Toledo, 2. Grotte, 3. Gerber, 4. Blüte, 5. Muehle – Dotterblume

Sudoku:

Sudoku

		7	3		6	9		
	4			2			7	
	1	5				8	3	
			7	8	2			
	5	1				2	4	
			1	4	5			
	3	4				6	5	
	2			3			8	
		8	5		4	7		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

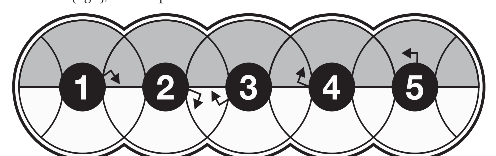
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen eine Kirchenversammlung und einen Kultbau.

1 Spreizschritt
2 australische Hafenstadt
3 nicht öfter
4 Kirchengalerie
5 geometrische Linie
6 Futter-, Zierpflanze

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Wiesenpflanze.

1 spanische Stadt am Tajo, **2** Felsenhöhle, **3** Handwerker (Leder), **4** gefälschte Banknote (ugs.), **5** Brettspiel



»Willst du in meine Heimat gehn«

16. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern: 2000 Ostpreußen kamen nach Rostock

Zum 16. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern war die Rostocker Stadthalle bis zum letzten Platz gefüllt. 2000 Landsleute und Freunde der Heimat waren mit Bussen, Bahn und Pkw aus allen Landesteilen angereist, etliche auch aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin und Brandenburg. 300 Besucher waren zum ersten Mal dabei. Die Organisatoren aus Anklam hatten zuvor 70 Zeitungen angeschrieben, 3000 Einladungen verschickt und viele Handzettel verteilt. Alle drei Regionalzeitungen und Radio M-V hatten das Treffen angekündigt. Erfreulich war, dass der NDR die Veranstaltung filmte und am selben Abend im „Nordmagazin“ einen Kurzbericht ausstrahlte. Mehr als 30 Helfer aus Anklam, Neubrandenburg und Rostock hatten die Halle festlich geschmückt, sorgten für einen reibungslosen Ablauf. Auf den Tischen standen wie immer große Schilder aller 40 ostpreußischen Heimatkreise mit den beiliegenden Listen, so dass sich die Landsleute anhand der Eintragungen schnell finden konnten.

Zum Auftakt intonierte das Landespolizeiorchester M-V aus Schwerin einen Festmarsch. Als Landesvorsitzender der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern eröffnete Manfred Schukat eines der bestbesuchten Landestreffen und begrüßte die Teilnehmer und Ehrengäste, darunter 100 Landsleute direkt aus Ostpreußen. Diese in Masuren und dem Memelland verbliebenen Deutschen wurden von den Besuchern mit besonders herzlichem Beifall begrüßt. Manfred Schukat nannte es ein Wunder, dass die Ostpreußen aus Ost und West in Rostock zusammenkommen können. Umrahmt vom Marsch „Preußens Gloria“ zogen die Fahnen aller 40 ostpreußischen Heimatkreise und 20 weitere landsmannschaftliche Fahnen ein, von den Teilnehmern mit stehendem Applaus begrüßt. Das geistliche Wort sprach Pfarrer Gerd Panknin aus Demmin über das Glaubenslied „So nimm denn meine Hände“. Geschrieben hat es vor über 140 Jahren die in Mitau/Kurland geborene Julie von Hausmann in höchster Not. Sie war ihrem Bräutigam, einem Missionar in Afrika, nachgereist, um ihn dort zu heiraten. Bei ihrer Ankunft musste sie erfahren, dass er drei Tage zuvor Opfer einer Epidemie geworden war. Noch am selben Abend entstand dieses Lied, welches vielen Menschen und auch in Ostpreußen und vor allem auf der Flucht und danach zum Trost und Kraftquell wurde. Begleitet vom Landespolizeiorchester sang der Pfarrer mit den ergriffenen Zuhörern alle drei Strophen. Sie erhoben sich zum Vaterunser und dem Totengedenken und stimmten anschließend in ihre Heimathymne – das Ostpreußenlied – ein. Den Reigen offizieller Grußworte eröffnete die Bürgerschaftspräsidentin von Rostock, Karina Jens, die die Ostpreußen sehr herzlich in der Hansestadt willkommen hieß.



Rostocker Stadthalle: Zum 16. Mal kamen Ostpreußen, Freunde und Interessierte zusammen, um der Heimat zu gedenken und mit den anwesenden Daheimgebliebenen zu feiern Bild: Schülke

3000 Einladungen verschickt und Handzettel verteilt

Namens der Landesregierung und der CDU-Fraktion von Mecklenburg-Vorpommern sprach die scheidende Vizepräsidentin des Landtages, Renate Holznagel, und stellte ihre BdV-Funktionen vor. Der Kreisvertreter von Lyck, Gerd Bandilla, übermittelte dem Treffen die hohe Wertschätzung der Kreisgemeinschaften und des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, deren Bundessprecher Stephan Grigat ein entsprechendes Schreiben an die Versammlung gerichtet hatte. Heimatgrüße direkt aus Ostpreußen überbrachten Magdalena Piklaps für die Memelländer (heute Litauen) und Barbara Ruzewicz für den Dachverband der Deutschen in Ermland und Masuren. Beide gaben ihrer Freude Ausdruck, solch einen Tag unter Landsleuten erleben zu dürfen, und luden die Ostpreußen zum Gegenbesuch in die Heimat ein. Als Geschäftsführer der Kriegsgräberfürsorge in M-V informierte Karsten Richter über die Arbeit des Volksbundes und die gute Zusammenarbeit mit der Landesgruppe der Ostpreußen. Es gab auch offizielle Ehrungen: Aus Anlass des Landestreffens rief Manfred Schukat drei langjährige Vorsitzende ostpreußischer Kreisgruppen in M-V auf die Bühne, um sie mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft auszuzeichnen: Charlotte Meyer aus Parchim, Manfred Mohr aus Ludwigslust und Josef Spill aus Rostock. Den Geehrten und den Rednern wurde mit kleinen Präsenten aus der Heimat gedankt. Die Feierstunde endete wie immer mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes, welche die Anwesenden stehend mitsangen. Den restlichen Vormittag gestaltete das Landespolizeiorchester mit einem flotten Benefizkonzert zugunsten der Kriegsgräberfürsorge, deren Helfer im Saal über 1500 Euro Spenden einsammelten. In der Mittagspause war Gelegenheit zum Suchen und Kennenlernen an den Tischen der Heimatkreise. Dicht umlagert wurden auch die Stände mit Heimatliteratur, Landkarten und natürlich „Bärenfang“, von welchem über 4000 kleine und große Flaschen über den Tisch gingen. Diese Umsätze halfen, einen Teil der Kosten des Treffens zu decken. Ein Stand der „*Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*“, ein Bernsteinhandel und der Informationsstand der Kriegsgräberfürsorge ergänzten das Angebot.

Am Nachmittag richteten sich alle Augen, Fotoapparate und Kameras auf die mit Fahnen und großen Sonnenblumen geschmückte Bühne. Unter der Moderation von Heimatsänger Bernd Krutzinna alias „BernStein“ begann am Nachmittag ein buntes Kulturprogramm. Den Auftakt machte das Fritz-Reuter-Ensemble aus Anklam. Die Kinder und Jugendlichen führten nicht nur Volkstänze und Brauchtum vor,

Kultureller Rahmen begeisterte das Publikum

sondern stellten eine Landhochzeit mit Brautbitter, Brautjungfern und einer ganzen Hochzeitsgesellschaft einschließlich Festessen nach. Das weckte bei vielen Besuchern lebhafte Erinnerungen, war Ostpreußen doch vor allem eine ländlich geprägte Gegend. Das Fritz-Reuter-Ensemble erntete viel Applaus. Es folgte ein maritimes Programm vom Shanty-Chor „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde. Die blauen Jungs hatten nicht nur sehnsuchtsvolle Seemannslieder von Heimat und Meer einstudiert, sondern auch bekannte Volksweisen zum Mitsingen. Auch diesmal waren wieder die Chöre der Deutschen Vereine aus Ostpreußen eingeladen. Die Landsleute aus Memel, Heydekrug, Lötzen, Heilsberg, Bartenstein und Osterode hatten die tagelange Anreise mit zwei Bussen aus dem heutigen Litauen und Polen nach Rostock nicht gescheut. Festlich gekleidet trugen zunächst die Chöre „Lied der Heimat“, Memel, und „Heide“, Heydekrug, ihr umfangreiches Programm vor, darunter das vor dem Krieg in Memel entstandene Lied „Willst du in meine Heimat gehn“ – gleichsam ein Motto des Tages. Erstmals trat auch die Gesangsgruppe des deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasiums Memel unter der Leitung der Musiklehrerin Asta auf, wobei das Antikriegslied „Sag mir, wo die Blumen sind“ besonders erfreute. Eine Augenweide war ebenfalls die Kinder- und Jugendtanzgruppe „SAGA“ aus Bartenstein, die mit ostpreußischen Trachten und Volkstänzen aufwartete. Außerdem zeigten die Chöre „Stimme der Heimat“, Lötzen, „Warmia“, Heilsberg, und „Tannen“, Osterode, ihr Können, indem sie ebenfalls Heimatlieder und Gedichte vortrugen. Und auch Heimatsänger BernStein brachte bekannte und neue, oft selbstverfasste Ostpreußenlieder aus seinem Repertoire zu Gehör. Ein Extra-Ständchen bekam die älteste Teilnehmerin Frieda Glanden, die vor 100 Jahren in Garbassen, Kreis Treuburg geboren wurde. Ehe die Busse abfuhren, dankte Manfred Schukat den fleißigen Helfern für ihren enormen Einsatz und lud die Landsleute zu den nächsten Veranstaltungen ein. Dieser Tag in Rostock hat wieder gezeigt, dass die Ostpreußen sich rufen lassen und zusammengehören. Am 29. September 2012 ist das nächste Landestreffen in der Sport- und Kongresshalle Schwerin geplant – dann begeht die Landesgruppe der Ostpreußen in M-V ihr 20-jähriges Bestehen.

Friedhelm Schülke

Vom Über-Ich zum Unter-Nichts

Seit einst der Doktor Freud sie schuf,
die Psyche vulgo Seele,
genießt sie nicht den besten Ruf
und sorgt für manch Querele.

War doch sie schon im Rohmodell
ein Wesen aus drei Teilen,
die sozusagen virtuell
sich miteinander keilen.

Bewusstes muss sich nämlich mit
dem Unbewussten schlagen,
und Vorbewusstes liegt selbdritt
noch obendrein im Magen.

Die zweite Version indes
erwies sich als stabiler:
Das Ich, das Über-Ich, das Es
sind hier die Gegenspieler.

Bei Software aber allgemein
– zu der auch Seelen zählen
kann nie was wirklich fertig sein,
und stets wird wer krakeelen.

Zudem ist jene heile Welt
von anno Freud entschwunden,
und manches wurde umgestellt
beim Wuchern mit den Pfunden.

Das Es, zwar umbenannt auf Spaß,
blieb praktisch unverändert –
nur seltsam, dass man drauf vergaß:
Der Spaß ist nicht gedschendert!

Das Ich gibt's gleichfalls fürderhin,
gar deutlich ausgeweitet
und nicht durch Zucht und Disziplin
neurotisch fehlgeleitet.

Denn anders als im Jahre Schnee
gilt heute Oben-Ohne,
drum ist das Über-Ich passé
und kümmert nicht die Bohne.

In seine Rolle ist zum Teil
ein Ethik-Rat getreten,
hat der ja flugs die Meinung feil,
die vorher man erbeten.

Den zweiten Teil hat irgendwie
man ausgelagert eben –
in Billig-Ethik-Länder, die
dabei Diskonte geben.

Wo aber einmal etwas war,
verbleiben keine Lücken,
vermag doch jeweils wunderbar
recht bald was nachzurücken.

Und was? Es kam das Über-Nichts!
Das dient in unsern Tagen
als Grundprinzip des Unterrichts,
um Schüler nicht zu plagen.

So werden Nichtse langsam gleich
und dann als Eltern, Lehrer,
an Nichtserfahrung überreich,
die besten Nichtsvermehrer.

Am Schluss verschmelzen Es und Ich,
Gerades weicht dem Schiefen
Reales wird, weil hinderlich,
beseitigt vom Fiktiven.

Und da schon heut'
man Hausverstand
als zu gesund empfindet,
merkt keiner, wie das Abendland
im Unter-Nichts verschwindet...

Pannonicus

Ein Beruf voller Risiken und Freuden

Hebammen wehren sich gegen finanzielle Belastungen und geringe Vergütungen

Obwohl die aus den USA stammende Hebamme Ina May Gaskin in diesem Jahr den „Alternativen Nobelpreis“ erhalten hat, ändert das doch nichts an dem Umstand, dass Hebammen grundsätzlich in der gesellschaftlichen Achtung und der Bezahlung Welten von Gynäkologen entfernt sind. Dabei dürfen auch nur sie Geburten allein begleiten. Geburtshilfe ist eine Hebammen vorbehaltene Tätigkeit.

Mit geübtem Handgriff legt die in Hamburg-Volksdorf tätige, freiberufliche Hebamme Janette das Baby auf die Waage. Schon als die jetzt rund vier Monate alte Louisa noch im Bauch ihrer Mutter war, kam Janette regemäßig vorbei, um zu schauen, ob es Mutter und Kind gut geht. Nein, zum Streik der Hamburger Hebammen im Oktober sei sie nicht gegangen, sie habe ihren Frauen versprochen, nicht zu

Geburtsvorbereitung, Rückbildungskurse und Krabbelgruppen

streiken, da in Hamburgs Osten keine Notfallzentrale eingerichtet sei, antwortet sie, nach dem Streik der Hebammen befragt. Allerdings würden rund 27 Euro pro Hausbesuch plus einer von den gesetzlichen Krankenkassen zugesagten Lohnerhöhung von 1,98 Prozent, 5,81 Euro pro Telefonat und Beantwortung von E-Mails der Patientinnen (aber nichts bei SMS) ein sehr überschaubares Einkommen ergeben.

Trotzdem macht Janette einen sehr zufriedenen Eindruck, während sie Louisa begutachtet, wiegt und deren Mutter Hinweise zur anstehenden Zufütterung von Gemüse und Brei gibt. Janette liebt ihren Beruf und weiß, dass Geld nicht alles ist. Gleich nach der Schule hat sie in einer Anwaltskanzlei gelernt, aber das war nicht ihre Welt. Die Arbeit mit den schwangeren Frauen und den dazugehörigen Männern, die Betreuung der Frauen im Wochenbett und der frischgeborenen Babies gefällt der 36-Jährigen viel besser. Janette kann es sich aber auch leisten, die Liebe zum Beruf über die Verdienstmöglichkeiten zu stellen, denn erstens ist sie nicht Alleinverdienerin in ihrer fünfköpfigen Familie und außerdem hat sie ein Quasi-Monopol, denn im Elternzentrum des Volksdorfer Amalie-Sieveking-Krankenhauses bietet sie mit wenigen anderen Kolleginnen Kurse zur Geburtsvorbereitung und zur Rückbildung sowie Krabbelgruppen an. 56 Euro für zehnmal eine Stunde gibt es beispielsweise pro Teilnehmerin im Rückbildungskurs von der gesetzlichen Krankenkasse. In Hamburg sind die Kurse sehr stark nachgefragt, denn in der norddeutschen Hansestadt werden wie in allen Großstädten mehr Kinder geboren als auf dem Land.

Und während Hebammen in Großstädten zumindest kein Problem haben, Patientinnen zu bekommen, sieht das auf dem Land, wo die Entfernungen zwischen den einzelnen Patientinnen auch noch größer sind, deutlich schlechter aus. 27 Euro pro Hausbesuch, ganz gleich wie lange er dauert und wie lange der Fahrtweg ist, da kann am Ende des Monats wenig bei „rumkommen“.

Manche jungen Mütter haben auch die Konsequenz der geringen Entlohnung der Hebammen zu spüren bekommen, denn einige Geburtshelferinnen bessern ihren Verdienst durch den Verkauf von Baby-Pflegeprodukten auf: Schnell wird da der Wochenbettbesuch der Hebamme zu einer Verkaufsveranstaltung.

Traditionell ist die Geburtshilfe ohnehin in erster Linie die Hauptaufgabe der Hebammen, die schon Kinder auf die Welt brachten, lange bevor es Krankenhäuser und Gynäkologen gab. Doch dass ihr Beruf eine lange Tradition hat, bedeutet nicht, dass sie gesellschaftlich hoch anerkannt sind. Ging etwas bei einer Geburt schief, sprich starb ein Kind oder war es behindert, dann war es bis ins 19. Jahrhundert hinein nicht unüblich, der Hebamme die Schuld zu geben und sie wegen Hexerei anzuklagen. Auch heute wird so manche freiberufliche Hebamme zur Rechenschaft gezogen und muss, wenn etwas schief geht und ihr in einem Gerichtsprozess die Schuld hierfür zugesprochen wird, hohe Entschädigungen zahlen. Zwar sind Hebammen inzwischen für diese Fälle haftpflichtversichert, doch eine solche Haftpflicht kostet knapp 4000 Euro im Jahr, was bei einem laut Hebammen-Verband e.V. zu versteuernden Einkommen von rund 15 000 Euro pro Jahr eine beachtliche Summe ist.

Als Folge dieser Entwicklung bietet nur noch etwa ein Viertel der etwa 15 000 freiberuflichen Hebammen die Betreuung von Geburten an. Eine Hebamme, die also eine Hausgeburt begleitet oder bei der Geburt in einer Klinik durchgehend dabei ist und nicht wie die festangestellten Hebammen mit jeder Schicht wechselt, ist inzwischen selbst in Großstädten nicht mehr leicht zu finden.

Neben den Kosten, an denen sich die werdenden Eltern zumeist beteiligen müssen, kommen natürlich noch die sehr schlechten Arbeitszeiten hinzu, denn Kinder kommen dann auf die Welt, wenn es ihnen passt. Hebammen, die wie Janette selber kleine Kinder haben, können Geburten rein zeitlich gesehen gar nicht begleiten.

So mancher niedergelassene Gynäkologe sieht die Arbeit der Hebammen nicht gern. Viele empfinden die Hebammen als Konkurrenz. Auch hält so mancher die Streiks der Hebammen für übertrieben, schließlich würde ein Frauenarzt für eine Standarduntersuchung einer Patientin auch nur knapp 20 Euro im Quartal abrechnen können, egal wie oft sie zur Sprechstunde kommt.

Ob der Streik der Hebammen etwas bewirken wird, ist fraglich. In Hamburg sind rund 550 Hebammen gewerkschaftlich organisiert, etwa 100 beteiligten sich am Streik. 2010 hatte der Deutsche Hebammenverband e.V. bereits eine Petition beim Bundestag vorangetrieben, die von über 186 000 Personen unterzeichnet wurde. Die Politik reagierte lediglich mit einer Studie, in der nun die Verdienstsituation der Hebammen überprüft und die Versorgungslage untersucht werden soll. Eigentlich sollten die Ergebnisse bereits vorliegen, doch noch wird an der Studie gearbeitet.

Die Hamburger Hebamme Janette hat in ihrem Berufsalltag allerdings wenig mit der Verbandspolitik zu tun. Sie bedauert jedoch, dass so wenige Schwangere darüber informiert sind,

Eine Studie über Verdienst der Hebammen geplant

dass sie bereits während der Schwangerschaft Anspruch auf eine Hebamme haben und nicht erst bei Geburt und im Wochenbett. Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) bewegt die finanzielle Situation der Hebammen offenbar wenig. Der „Spiegel“ lästerte schon, das könnte daran liegen, dass sich unter den Gynäkologen zwar viele FDP-Anhänger befinden würden, nicht aber unter den Hebammen.

Auch die kleine Louisa kümmert die große Politik wenig, sie krakeelt fröhlich, lächelt Janette an, denn schließlich hat sie schon eine Hebamme, die ihre Arbeit so sehr liebt, dass sie rund um die Uhr auch per SMS auf die zum Teil oft übertriebenen Ängste der jungen Eltern eingeht.

Doch wie die Zukunft aussieht, sprich, ob genügend junge Frauen bei den Verdienstmöglichkeiten den Beruf erlernen und ob es auf dem Land und in der Stadt künftig genügend Hebammen geben wird, hierüber wird vielleicht die Studie einige Informationen liefern. *Rebecca Bellano*



Körper und Psyche im Blick: Hebammen sind für die Babys, aber auch für die Mütter da Bild: Bel

In Kürze

»Wunschlos! Glücklich?«

Ja, ist denn jetzt schon Weihnachten? Die Blätter an den Bäumen färben sich erst ganz behutsam, noch tragen die meisten ein wenn auch matte grüne Farbe. An Eis und Schnee mag man gar nicht denken nach diesem verregneten Sommer. An die Auslagen in den Geschäften hat man sich mittlerweile ja schon gewöhnt. Spekulatius mitten im September! Marzipan-Kartoffeln und Gartmann-Kringel, die mit den weißen und roten Perlchen drauf, können auch noch nicht locken. Na und? Man muss sie ja nicht kaufen und den vorzeitigen Weihnachts-Wahnsinn mitmachen. Nun aber gelangte eine Einladung mit der elektronischen Post (via E-Mail) auf den Schreibtisch: Ab 29. Oktober (!) wird im Altonaer Museum zu Hamburg die beliebte Weihnachtsausstellung gezeigt. Dieses Jahr steht sie unter dem Motto „Wunschlos! Glücklich?“ und präsentiert Wunschzettel und Weihnachtsbriefe aus drei Jahrhunderten. Ergänzt werden diese historischen Fundstücke von modernen Weihnachtsbriefen und Wunschzetteln aus der Sammlung Alix Paulsen, Husum. Auch wenn es reichlich früh im Jahr ist, eine solche Ausstellung schon jetzt zu präsentieren, so sprechen doch zwei Gründe dafür. Einmal dauert es ziemlich lange, bis Kinder von heute, wenn überhaupt, einen Wunschzettel zustandebringen. So haben sie Zeit zu überlegen. Zum anderen ist es oft eine besonders lange Liste, die der Weihnachtsmann (oder das Christkind) abzuarbeiten hat. In einem Gedicht von Heinrich Seidel (1842–1906) sind es 31 Gegenstände, die „der kleine Nimmersatt“ sich wünscht. Doch: „Wer soviel wünscht bekommt auch nicht ein Achtel. Der kriegt ein ganz klein wenig Nichts in einer Dreierschachtel“, warnt der Vater. Es kann aber auch geschehen, dass der Weihnachtsmann sich kaputt lacht und einen großen Bogen um das Haus macht. Was die Kinder aus vergangenen Jahrhunderten sich wünschten, das mag die Ausstellung zeigen – aber bitte nicht mitten im Herbst. *SiS*

Die Ausstellung im Altonaer Museum Hamburg ist bis zum 8. Januar dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr zu sehen, Eintritt 6/4 Euro.

Das Feuer weitergegeben

Der Westpreuße Gerhard Quade hat vieles bewirkt in der niedersächsischen Provinz und in der Kunstszene

Die leuchtenden Farben auf den Leinwänden machen der Sonne, die an diesem Tag über der alten Hansestadt Stade strahlt, geradezu Konkurrenz. Boote am Strand, Ansichten von Steilküsten und Kornfelder hat der Maler Gerhard Quade mit dem Pinsel festgehalten, sie mit einer Farbpalette, die an Karl Schmidt-Rottluff oder Max Pechstein erinnert, verwandelt und einzigartige Kunstwerke geschaffen.

Zu sehen sind diese Bilder derzeit im Kunsthaus Stade. In dem dreigeschossigen Fachwerkhaus, das aus dem Jahr 1667 stammt, werden seit den 1980er Jahren Werke der Klassischen Moderne und der zeitgenössischen Kunst gezeigt. Auf den letzten großen Ausstellungen waren Arbeiten von Jörg Immendorf, Daniel Richter, Jonathan Meese und August Macke zu sehen. Andere widmeten sich den großen Künstlerkolonien von Nidden bis Dachau. Gerhard Quade befindet sich so in sehr guter Gesellschaft. Nicht, dass es ihn besonders interessieren würde, er sieht sich selbst als Künstler, der das unmittelbare Erleben der ihn umgebenden Landschaft darstellen will. Der Betrachter seiner Kunst soll diesen Natureindrücken nachspüren und Verantwortung gegenüber der Schöpfung übernehmen.

Die Sonne ist ein wesentliches Element auf vielen seiner Gemälde und auch auf den Holzschnitten. Sie ist die Kraft, mit ihr wird Feuer entfacht. Das Feuer will er weitergeben, die Menschen begeistern, damit auch sie das Feuer weiterreichen.

Der kleine alte Herr mit den blitzenden blauen Augen weiß das Publikum zu begeistern. Mit seinem feinen Humor und mit seiner westpreußisch gefärbten Sprache gewinnt er die Menschen für sich, wenn er von seiner Arbeit erzählt. Seit bald sechs Jahrzehnten ist er als freischaffender Künstler tätig. 1931 im westpreußischen Schneidemühl geboren, ließ er sich nach dem Studium an der Hamburger Kunsthochschule im niedersächsischen Buxtehude als Maler und Grafiker nieder.

Eine erste Ausstellung wurde dort 1963 gezeigt. Seine Vaterstadt sah er erst in diesem Jahr zum ersten Mal nach dem Krieg wieder. „Ein Geschenk meiner Kinder zum Geburtstag. Ich hatte dort gute Gespräche mit Künstlern und tiefgreifende Erlebnisse. Sie wollten, dass ich dort auch einmal ausstelle, aber ...“ Er lächelt und hebt die Schultern. Wie solle er das bewerkstelligen?

Doch Gerhard Quade hat schon viel auf die Beine gestellt. So reichte ihm das Malen allein nicht, er wollte seine Vorstellung von Kunst weitergeben. Und so war er über viele Jahrzehnte in der Erwachsenenbildung tätig und brachte Generationen das Sehen bei. Er war Mitbegründer von Galerien, eines Theaterkreises und eines monatlichen Künstlertreffs. Er gab den Anstoß zur Gründung einer Artothek (Ausleihe von Kunstwerken) in Buxtehude, als dieser Begriff noch nicht so geläufig war.

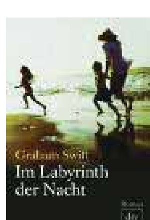
Sein Beitrag zur Weitergabe kultureller Werte und zur „ästhetischen Erziehung des Menschen“ hat einiges bewirkt in der „Provinz“. Sein Motto: „Man darf nicht nur die Hände aufhalten, sondern muss auch bereit sein zu geben.“

Silke Osman



Leuchtende Farben: Gerhard Quade vor einem seiner maritimen Bilder Bild: Osman

Die Ausstellung „Spiegel meines Lebens“ mit Gemälden und Grafik von Gerhard Quade im Kunsthaus Stade, Wasser West 7, ist bis zum 13. November dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, mittwochs von 10 bis 19 Uhr, am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 5/2,50 Euro. Rundgang durch die Ausstellung mit Gerhard Quade am 6. November, 15 Uhr.



Ende der Lügen

Mutter lüftet Geheimnis

Dass Kinder ihren Eltern kleinere und größere Sünden beichten, ist nichts Ungewöhnliches. Die Vergebung der Eltern ist ihnen relativ gewiss. Die Liebe der Eltern ist ein starkes Band, welches viel Leid und Kummer ertragen kann. Doch wie verhält es sich, wenn Eltern ihren Kindern etwas zu beichten haben? Können sie ebenfalls so ohne Weiteres von Vergebung und Unterstützung der Kinder ausgehen?

Graham Swift überrascht den Leser in seinem Roman „Im Labyrinth der Nacht“ mit einem sich über den gesamten Roman hinziehenden Monolog einer Mutter, die kurz davor steht, ihren Zwillingen ein Geheimnis zu offenbaren. Eine Wahrheit, die das Leben der Kinder verändern soll.

Es ist die Nacht vor dem 16. Geburtstag der Zwillinge Kate und Nick, als deren Mutter Paula in einem vom Autor psychologisch geschickt aufgebauten Monolog die Vergangenheit der Familie heraufbeschwört. Voller Spannung erwartet der Leser den Moment, in dem Paula in Erinnerungen schwelgend, an den entscheidenden Punkt kommt und das große Geheimnis lüftet. Graham Swift nimmt sich damit jedoch Zeit, viel Zeit, einen ganzen Roman lang.

Paula berichtet zunächst von der steten Liebe zu ihrem Mann Mike. Viele Vermutungen des Lesers, was die Eltern den Kindern am nächsten Morgen erzählen werden, werden durch Paulas Gedankengänge nach und nach ausgeschlossen: „Ich muss euch jetzt ein paar schwierige und delikate Dinge erklären. Ich muss euch mit meinen eigenen Worten erklären, was euch euer Vater morgen mit den seinen erklären wird. Es ist etwas, worauf wir uns geeinigt haben: Das Reden übernimmt euer Vater. Wer auch sonst unter diesen Umständen? Aber jetzt schläft er, erstaunlicherweise. Vor der größten Rede seines Lebens. Und ich will, dass er schläft. Schlaf weiter, Mikey, schlaf solange du kannst. Und was soll eure Mutter tun, während diese letzten schlaflosen Stunden verstreichen? Einfach still sein? ... “

Schlaflose Nacht aus Angst vor Reaktion

Der Autor versteht sich hervorragend darauf, den Spannungsbogen bis aufs Letzte auszureizen, lässt dem Leser die Informationen nur bruchstückhaft zukommen. Dennoch muss der Leser gelegentlich seine Ungeduld zügeln, da Paula zum Beispiel mehrere Kapitel über den Kater Otis schwadroniert, über die Gründe, weshalb sie den Namen ihres Mannes angenommen hat und etliches andere. So ist die Geduld des Lesers bereits etwas überstrapaziert, als Paula endlich mit der Wahrheit herausrückt.

Das große Geheimnis, die Offenbarung entpuppt sich bedauerlicherweise als nicht ganz so spektakulär. Das Gelesene bekommt rückblickend für den Leser jedoch mehr Sinn, es erscheint nachvollziehbar, weshalb Graham Swift Paula bestimmte Anekdoten zum Besten geben ließ. Die Tatsache, dass Paula sich als Mutter so stark verantwortlich fühlt, dass ihr das Thema, nun, wo das Geheimnis gelüftet werden soll, eine schlaflose Nacht beschert hat, ist nicht verwunderlich.

Die Reaktion der Zwillinge wird dem Leser jedoch ein Rätsel bleiben, da Paulas Monolog nach 318 Seiten abreißt, als der Morgen dämmert. Graham Swift lässt den Leser im Ungewissen über den Ausgang der Geschichte.

Vanessa Ney

***Graham Swift: „Im Labyrinth der Nacht“**, DVA, München 2011, 320 Seiten, 14,90 Euro.*



Frauenquote ist Unsinn

Autor attackiert Übertreibungen bei der Gleichberechtigung

Dieses Buch lässt niemanden kalt. Radikale Feministinnen und Gender-IdeologInnen werden den Autor und sein Werk „Weiblicher Chauvinismus. Deutschlands Frauen schaffen ihre Männer ab“ hassen, Chauvis und Machos werden beide lieben. Florian Willet will provozieren, doch dieses angestrengte und schrille Radaumachen wirkt irgendwann ermüdend. Zudem macht es das Schriftbild nicht einfach, die ganzen rund 270 Seiten zu lesen, es sei denn, man hat Adleraugen im Kopf oder eine Lupe zur Hand. Mit einem schlanken und knackigen Essay, der seine Sicht auf die Dominanz der Frauen und die Ohnmacht der Männer auf den Punkt bringt, hätte der Autor mehr erreichen können. Wer liest schon 33 Kapitel zu unterschiedlichen Themen, die doch letztlich immer nur ein Thema variieren: Frauen sind eigentlich Täter, gerieren sich aber als Opfer und haben die Männer in unserer Gesellschaft völlig an den Rand gedrängt. Dies ist bisweilen eintönig und schablonenhaft.

Dabei sind Willets Ausführungen zu Frauen in der Wirtschaft durchaus lesens- und bedenkenswert. Die rituelle Debatte über Frauenquoten ist ja ein Abfallprodukt des Gender-Wahnsinns, die nicht sachlich geführt wird. Es hat doch eher den Anschein, als würden Tabuzonen um dieses Thema errichtet. Bei der Berichterstattung über die „bösen“ Dax30-Unternehmen, die keine Lust auf die Quote haben, konnte man sich über die gespielte Empörung des Nachrichtenmanns Klaus Kleber amüsieren, der im „Heute Journal“ eindeutig Partei für die angeblich Unterdrückten ergriff. Er wäre konsequent gewesen, wenn er mit Gundula Gause die Plätze getauscht hätte.

Gesetzgeber nicht vonnöten, Problem lösen Männer selbst

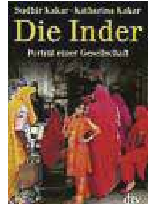
Es ist an der Zeit, hier eine Gegenposition zu beziehen. Willet tut dies – auch wenn er oft über das Ziel hinausschießt. Er offeriert ein provokatives Gegengift zum Irrsinn der medial aufgeblasenen Geschlechterdebatte. Willet macht deutlich, dass die vermeintliche Dominanz des „starken Geschlechts“ dereinst biologisch gebrochen werden wird: „Wenn man die steigende Anzahl weiblicher und die abstürzende Anzahl männlicher Abiturienten anschaut, kann man an einer Hand abzählen, dass die aufgeklärten Gesellschaften, deren hohe und höchste Führungspositionen bislang noch immer überwiegend in männlichen Händen liegen, in nur wenigen Jahren fast vollständig von Frauen besetzt sein werden.“ Denn Schulunterricht an Hauptschulen ist schon heute überwiegend eine Jungenveranstaltung.

Willet plädiert für einen realistischen Blick auf die Dinge. Unternehmen beschäftigen Arbeitnehmer nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern weil sie die Arbeitsleistung benötigen. Sie können es sich also gar nicht leisten, gleichsam aus lauter Männerbündlerei nur völlig inkompetente Herren einzustellen oder mit Führungsaufgaben zu betrauen, während die eigentlich viel cleveren Frauen „nur“ die Klos schrubben oder Kaffee kochen dürfen. Natürlich verdienen Ärzte mehr als Krankenschwestern oder Piloten mehr als Stewardessen: „Das vollständige Nachwachsen der Frauen (besagter biologischer Trend) wird aber bald abgeschlossen sein, was dann selbstverständlich bedeuten wird, dass Ärztinnen mehr als Krankenpfleger und Pilotinnen mehr als Stewards verdienen.“

Vernünftige Menschen sollten sich von dem Quoten-Gequatsche nicht irre machen lassen. Quotenregelungen setzen Leistungsprinzipien außer Kraft. Quoten, so der Autor, bewirken, dass unmittelbare natürliche soziale Prozesse ausgehebelt und durch bürokratische Autorität ersetzt werden. Wer es – unabhängig vom Geschlecht – ernst meint mit Quotierungen, der sollte auch schnellstmöglich dafür sorgen, dass die Hälfte aller Möbelpacker, Personenschützer, Wachleute, Lkw-Fahrer, Hochhausfensterputzer, Soldaten, Tiefseetaucher und Sprengstoffexperten Frauen sein müssen.

Ansgar Lange

***Florian Willet: „Weiblicher Chauvinismus. Deutschlands Frauen schaffen ihre Männer ab“**, Verlag Ludwig, Kiel 2011, broschiert, 286 Seiten, 18,80 Euro.*



Nicht ohne meine Familie

Zwischen Tradition und Moderne – Einblicke in die indische Seele

Manchmal gerät neben all den Berichten über China in Vergessenheit, dass es noch ein anderes Land gibt, das zu einer Weltmacht werden könnte: Indien. Über China hört und liest man sehr viel, über Indien vergleichsweise kaum etwas, dabei ist in dem Land auch viel in Bewegung. Der auf Goa lebende Psychoanalytiker Sudhir Kakar und die Religionswissenschaftlerin Katharina Kakar geben in „Die Inder. Porträt einer Gesellschaft“ nun einen Einblick in die indische Seele.

So erfahren wir, dass die Familie für die Inder immer noch der wichtigste Ankerpunkt in ihrem Leben ist. So sei das hohe Verkehrsaufkommen in indischen Großstädten an einem Sonntagvormittag nicht weiter überraschend: „Viele Männer, Frauen und Kinder, gekleidet in ihre besten Sachen, befinden sich in Autos, drängen sich in überfüllte Busse oder sitzen zusammengepfercht auf kleinen Motorrollern, um Familienmitglieder in anderen Teilen der Stadt zu besuchen.“ Da vor allem in der noch sehr großen Unterschicht sehr jung geheiratet wird, besäßen viele junge Paare gar nicht die ökonomischen Ressourcen, um einen eigenen Hausstand zu gründen und so wohnten viele noch bei ihren Eltern. Eine Trennung von der Großfamilie fände, wenn überhaupt, erst in späteren Jahren statt, so dass die dieser Verbindung entstammenden Kinder als Kleinkinder immer engen Bezug zu Großeltern sowie Onkel und Tanten hätten. Zudem müsse, so die Autoren, in einem Land ohne nennenswerte Regierungsprogramme für soziale Sicherheit, Arbeitslosenunterstützung und Alterssicherung die Großfamilie einspringen. Die Familie sei zumeist die einzige Lebensversicherung und bestimme damit wesentlich die Identität der meisten Inder.

Auch bestimme das Kastenwesen noch heute das Denken vieler Inder, auch wenn es politisch nicht korrekt sei. Das Autoren-Duo gibt viele Informationen zur indischen Kultur. Kastenwesen, Hinduismus, arrangierte Ehen und Ayurveda bestimmten häufig selbst in modernen Städten noch das Sein.

Leider ist das Porträt der indischen Gesellschaft recht trocken verfasst, interessante Details, warum viele Inder aus kulturellen Gründen kein Problem damit haben, ihren Schmutz auf die Straße zu kehren und dort zu belassen, werden so leicht überlesen. Trotzdem gibt das Buch schon einen groben Überblick darüber, wie die meisten Inder „ticken“.

Bel

***Sudhir Kakar, Katharina Kakar: „Die Inder. Porträt einer Gesellschaft“**, dtv, München 2011, broschiert, 205 Seiten, 9,90 Euro.*

Arbeiten ohne Arbeit

Journalistin verdingt sich als Putzfrau

Was erwartet jemanden in Frankreich, der im fortgeschrittenen mittleren Alter ist, arbeiten will, aber nichts vorzuweisen hat außer dem Abitur? Die französische Journalistin Florence Aubenas, die früher unter anderem aus Algerien und über den Völkermord in Ruanda berichtete, veränderte ihr Aussehen und meldete sich arbeitsuchend in der Provinz, im normannischen Caen: als Hausfrau Mitte 40 und geschieden. Sie sei bereit, jede Tätigkeit anzunehmen. Was sie daraufhin erlebte, hat sie in einer Reportage zu Papier gebracht, die den Leser nachdenklich zurücklässt. „Putze. Mein Leben im Dreck“ lautet der Titel ihres Buches.

Aubenas erfährt als Erstes, dass sie bei der Arbeitsagentur nicht als „gute Kundin“ eingestuft wird. Ihr einziger Pluspunkt, wie sie der Miene der Vermittlerin entnimmt: Sie hat keine Kinder. Selbst unter günstigen Bedingungen ist die Jobsuche ein harter Konkurrenzkampf, doch fehlt ihr so ziemlich alles, was bei ungelernten Kräften Mindeststandard ist, wie Erfahrung mit irgendetwas und ein Auto. Die Angebote, die sie im Internet findet, sind gespickt mit Einschränkungen. Als sie dennoch einmal zur Vorstellung erscheint, teilt ihr der Angestellte eines Gartencenters mit, dass sie zum „Bodensatz“ gehöre. Beim Anstehen in der Arbeitsagentur kann sie die Gespräche der anderen Jobsuchenden mithören. Und erfährt zum Beispiel, dass ein Arbeitgeber eine Bewerberin, die jünger ist als sie, als „Alte“ bezeichnet hat. Ein Mann versichert der Beraterin, er würde für weniger Stundenlohn als für die gesetzlich vorgeschriebenen 8,71 Euro arbeiten. Aber es nützt ihm nichts, das wäre ja gesetzeswidrig. Aubenas wird allerdings die Erfahrung machen, dass die Arbeitgeber den Mindestlohn mit Tricks unterlaufen.

Von allen Seiten ausgenutzt

Man spürt den Druck auf die Bewerber, allen widrigen Bedingungen unbedingt zustimmen zu müssen, und auch, was es heißt, wie Kehricht behandelt zu werden. Was ihr bleibt, sind Putzjobs, auf die sie sich konzentriert, nachdem sie einen fragwürdigen Vorbereitungskurs absolviert hat. Nach sechs Wochen putzt sie auf der Ärmelkanalfähre unter unzumutbaren Bedingungen. Die Tätigkeit ist so zugeschnitten, dass jeder gut 250 Euro im Monat verdient. Daher nimmt Aubenas wie ihre Kollegen weitere Putzjobs in der Umgebung an, und sie staunt, wie sich alle daran gewöhnt haben, dass die Fahrt- und Wartezeiten doppelt so lang sind wie die Arbeitszeiten. Mit einigen freundet sie sich an, wird eingeladen und sammelt weiteren Stoff für ihr Thema. Ihr Fazit ist bitter. „Man arbeitet ständig, ohne wirklich Arbeit zu haben, man verdient Geld, ein Auskommen aber hat man nicht.“

Dagmar Jestrzemski

***Florence Aubenas: „Putze. Mein Leben im Dreck“**, Pendo, München 2010, brosch., 250 Seiten, 14,95 Euro.*



Zitate hinterfragt

Ursprünge zahlreicher alltäglicher Redewendungen

Amüsant, wiewohl nicht neu. Ein sprachverliebter Autor schaut dem Volk aufs Maul, notiert, was es in formelhafter Abrundung von sich gibt, und dokumentiert, woher es seine Formeln hat. Wer das tut, misst sich (und wird gemessen) an August Georg Büchmann, der 1864 mit seinen „Geflügelten Worten“ einen langlebigen Evergreen veröffentlichte. Auch bei Seidels „Zitaten“ lässt Büchmann häufig grüßen, mit gewichtigen Unterschieden. Dessen strenge Periodisierung der Wortherkunft wird bei Seidel oft zur heiteren Kraut-und-Rüben-Mixtur, seine stenografische Kürze der Wortinterpretation weitet sich zu kleinen Feuilletons. Auch ist Seidels Auffassung von „Zitat“ schwammig: Werden Slogans zu Zitaten, nur weil die Werbung sie in alle Ohren und Augen knallt? Seidel bejaht es und führt unter dem Titel „Der Duft der großen weiten Welt“ 20 Seiten Werbesprüche an. Wohlgemerkt solche, die dem heiteren „Ach ja“-Wiedererkennen dienen, das das ganze Buch auszeichnet.

Es beginnt mit Märchen, Fabeln und Sagen („Es war einmal“), springt unvermittelt zu Filmtiteln („Vom Winde verweht“), legt den Rückwärtsgang zur Antike ein („Insel der Seligen“), prescht vor zur Literatur, die in souveräner

Antike, Märchen und Schiller

Subjektivität abgehandelt wird, von A (wie Asterix) bis Z (wie Zorro), dabei wohl eigenen Literaturvorlieben folgend: Shakespeare extensiv („Ein Königreich für ein Pferd“), Schiller endlos („Dolch im Gewande“), Goethe bescheidener, Brecht mit einigen Knallern („Und der Haifisch, der hat Zähne“), Heine und Tucholsky mit je einem Zitat, andere als Staffage ihrer berühmten Figuren wie Dorian Gray (Oscar Wilde), Sherlock Holmes (Arthur Conan Doyle).

Haseks „Schwejk“ steht stellvertretend für den ganzen Osten, den Seidel ansonsten übergeht: Dostojewskis „Schuld und Sühne“, Sienkiewicz’ „Quo vadis“, Wasows „Unter dem Joch“, Andrics „Brücke über die Drina“ und ungezählte mehr sind Seidel fremd. Ein Vorwurf ist das nicht, eher Anerkennung seines Muts zur Selektion: Was ich nicht als „Redewendung“ aufliste, ist eben keine!

Dafür ist sein Schlusskapitel „Zitate aus Liedern und Schlagern“ ein Perlchen, schon ob der unfreiwilligen Komik seiner Anordnung. Da stehen hinter einander „Auf zum letzten Gefecht“, „Marschiert im Geiste mit“ „Auferstanden aus Ruinen“, „Die Partei hat immer recht“ und das chinesische „Der Osten ist rot“. Aufschluss im Detail gibt ein Stichwortregister, das man beim unweigerlichen Lesevergnügen vielleicht gar nicht braucht.

Wolf Oschlies

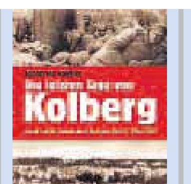
***Wolfgang Seidel: „Wie kam der Sturm ins Wasserglas? Zitate, die zu Redewendungen wurden“**, dtv, München 2011, 302 Seiten, 12,90 Euro.*

Edvins Snore
Sowjet-Story
Der dunkelrote Albtraum des Terrors



Dies ist die Geschichte einer alliierten Macht, die die Nazis bei der Bekämpfung der Juden unterstützte und die selbst die Abschlachtung des eigenen Volkes in industriellem Ausmaß betrieb. Mit dem Westen verbündet, erlebte diese Macht ihren Triumph am 9. Mai 1945. Ihre Verbrechen wurden zum Tabu erklärt und die Geschichte des mörderischsten Regimes Europas ist nie erzählt worden. Bis heute. Die Sowjet-Story untersucht auf fesselnde Weise jene Ereignisse, die dazu führten, dass Nazis und Sowjets gemeinsame Sache machten, sowie das gewaltige Ausmaß der Kollaboration sowohl vor als auch während des Zweiten Weltkriegs. Der Film analysiert den Charakter beider Systeme. Er betrachtet die theoretischen Grundlagen von Sowjetkommunismus und Nationalsozialismus und zeigt frappierende Ähnlichkeiten der beiden Theorien und ihrer praktischen Anwendung auf. Georges Watson, Historiker an der Universität Cambridge, bringt diese These im Film auf den Punkt: »Ich denke, dass nur wenige wissen, dass im 19. und 20. Jahrhundert ausschließlich Sozialisten offensichtlich für den Genozid plädierten.« Die vielen erschütternden Bilder – Massengräber, Leichenberge, perverse Gewalt gegen Unschuldige – und die erschütternden Augenzeugenberichte der letzten Überlebenden des Terrors sind Zeugnisse eines menschenverachtenden Systems. Unmittelbar nach ihrer Uraufführung im Europäischen Parlament sorgte die Sowjet-Story für einen weltweiten Aufruhr. Nur im deutschen Presse und im deutschen Fernsehen wird der Film bis heute ignoriert. Die russischen Staatsmedien inszenierten einen massiven Propagandafeldzug, um den Film glimpfen. Die öffentliche Hysterie gipfelte in Protesten in Moskau, in deren Verlauf eine Puppe des Regisseurs Edvins Snore verbrannt wurde.
Laufzeit: ca. 86 Minuten
Best.-Nr.: 7136

€ 19,95



Allergnädigster Vater
Dokumente aus der Jugendzeit Friedrichs II.
Geb., 207 Seiten
Best.-Nr.: 7132, € 14,95



Johannes Voelker
Die letzten Tage von Kolberg
Kampf und Untergang einer deutschen Stadt im März 1945
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7138, € 16,80

Mathew D. Rose
Korrupt?
Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7137, € 19,99



- Spezifikation: **Feinsilber 999, polierte Platte**
- Durchmesser: **35 mm**
- Gewicht: **15 Gramm reines Silber**
- Verpackung: **Repräsentatives Etui**

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 7139

Preis: € 49,90

Nur über den Preußischen Mediendienst zubeziehen!

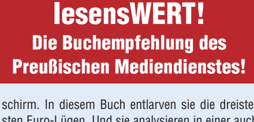


E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße

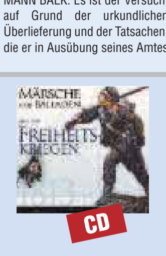
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land eroberte und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.
Kart., 217 Seiten, mit Abbildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00 nur noch **€ 9,95**



PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



W. Hankel, W. Nölling, K.A. Schachtschneider, D. Spethmann, J. Starbatty
Das Euro-Abenteuer geht zu Ende
Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört

Der Euro werde gerettet, koste es, was es wolle. So lautet die Vorgabe aus Brüssel und den meisten Hauptstädten der Eurozone. In diesem Buch erfährt der Leser, dass die versuchte Rettungsaktion nicht nur astronomisch hohe Geldsummen verschlingt. Sie kostet noch viel mehr: Glaubwürdigkeit, weil Verträge und Zusagen gebrochen werden. Und sie kostet Europa die Zukunft, weil es seinen wirtschaftlichen Halt verliert.
Vor dem Bundesverfassungsgericht klagen die fünf Autoren gegen den sogenannten Euro-Rettungsschirm. In diesem Buch entlarven sie die dreistesten Euro-Lügen. Und sie analysieren in einer auch für Nichtfachleute nachvollziehbaren Form die weitreichenden Folgen der brandgefährlichen »Euro-Rettung«.

Dazu gehört nicht zuletzt die Belastung der Steuerzahler in den europäischen Geberländern. Sie müssen nach Einschätzung der Autoren Jahr für Jahr Hunderte von Milliarden Euro hart erarbeiteter Einkommen und Ersparnisse Politikern zur Verfügung stellen, die damit ihre Euro-Illusionen fortsetzten. Die fünf Professoren Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider, Dieter Spethmann und Joachim Starbatty schließen ihrem Buch einen leidenschaftlichen Appell an die Bürger voran. Darin warnen sie, Europa könne in wenigen Jahren als Folge der Euro-Reanimation unregierbar werden. »Wenn der Ertrinkende seinen Retter mit in die Tiefe reißt, kommen beide um. Dies ist das Schicksal Deutschlands und Europas, wenn dieser Politik nicht Einhalt geboten wird«, warnen die Autoren.
Geb., 252 Seiten
Best.-Nr.: 7140

€ 19,95

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813 – 1815
29 Titel
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Udo Ulfkotte
Albtraum Zuwanderung
Zu wahr, um schön zu sein!
Wie sieht unsere Zukunft nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise und unter Berücksichtigung des millionenfachen Unterschichtenimports aus fremden Kulturkreisen tatsächlich aus? Wo belügen uns Politik und Medien? Bestsellerautor Udo Ulfkotte überwindet bei der Beantwortung dieser Fragen die Grenzen der politischen Korrektheit. Um die aktuelle Krise zu bewältigen und die Schulden abtragen zu können, benötigen wir in großer Zahl leistungsbereite und leistungsfähige Menschen. Doch viele von diesen infrage Kommenden wandern aus oder sind in Gebärstreik getreten, während sich die Vertreter zugewanderter bildungsferner Bevölkerungsgruppen stark vermehren. Es sind Menschen, die in Ländern mit einer intelligenten Einwanderungspolitik wie Kanada, Australien oder Neuseeland keine Chance hätten. Viele der Migranten sind nicht nur keine Hilfe, sondern sie müssen vom Steuerzahler teils lebenslang alimentiert werden. Die Ereignisse in London vom August 2011, in deren Folge durch Chaotengewalt ganze Stadtteile in Flammen aufgingen, zeigen überdeutlich, was geschieht, wenn die dem Sozialstaat zur Verfügung stehenden Finanzmittel immer knapper werden und Zuwendungen gekürzt werden müssen: Migranten verhalten sich dann plötzlich so, wie wir es bisher nur aus Bürgerkriegsgebieten der Dritten Welt kannten. Diese Entwicklung wird sich auch im deutschsprachigen Raum fortsetzen. Wir müssen künftig offen aussprechen, was falsch gemacht wurde und dürfen die Wahrheit nicht länger mit einem Tabu belegen. Verdrängtes, das nicht ans Licht gebracht wird, kommt eines Tages auf gewaltsame Weise zum Vorschein. Udo Ulfkotte redet in diesem Buch Klartext und belegt die geschilderten Fakten mit zahlreichen wissenschaftlichen Studien sowie mehr als 1.000 hochinteressanten Quellenverweisen.
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7135

€ 19,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund




Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Ostpreußen-Provinz-Polohemd und Schirmmütze



Klassisches Polohemd
aus 100 % Baumwolle mit dem gestickten Provinzwappen Ostpreußens auf der linken Brust, Farbe dunkelblau

Größe M: Best.-Nr.: 7101
Größe L: Best.-Nr.: 7102
Größe XL: Best.-Nr.: 7103
Größe XXL: Best.-Nr.: 7104

Polohemd **€ 24,95**

Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105



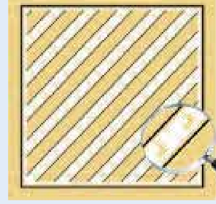
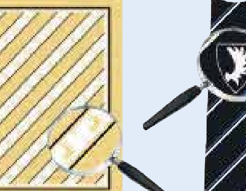
Mütze in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

Mütze **€ 14,95**

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

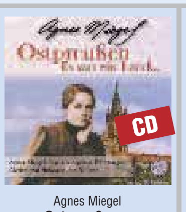



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je **€ 29,95**



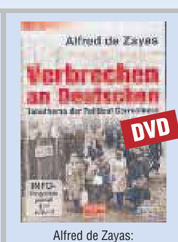
Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land...
Gedichte, Balladen und Lieder der ostpreußischen Heimat
Agnes Miegel trägt ihre Gedichte vor
Laufzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056, € 12,95



Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best-Nr.: 5325,
statt € 14,95 nur noch € 9,95



David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best-Nr.: 7118, € 19,95



Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Sommer in Ostpreußen 1942



Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche traumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 6981

€ 14,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

€ 12,95



PMD Preußischer Mediendienst



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 43/11
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

»Hitler starb 1962 in Argentinien«

London – Skurriles von der Insel: Zwei britische Forscher sind jetzt sicher, dass Adolf Hitler und Eva Braun am 27. April 1945 aus Berlin über Spanien nach Südamerika geflohen seien, wo sie ein neues Leben begonnen hätten. Zwei Töchter hätten sie dort bekommen. Nach Aussagen angeblicher Zeugen, auf die Gerrard Williams und Simon Dunstan gestoßen sein wollen, starb Hitler am 13. Februar 1962 in Argentinien. Dessen Adjutanten hätten am 30. April 1945 an der Reichskanzlei ein „Fake“ inszeniert. *CR*

Achtung, Baby an Bord!

Berlin – Als Bundesfamilienministerin setzt Kristina Schröder (CDU) auf den massiven Ausbau der außerhäuslichen Fremdbetreuung von Kleinstkindern. Auf der Netzseite ihres Ministeriums brüstet man sich mit einer Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen von bereits 23,1 Prozent. Ihr eigenes Baby Lotte Marie nimmt die Ministerin jedoch lieber mit ins Abgeordnetenbüro. Es gibt dort schon einen Wickeltisch. *CR*

ZUR PERSON

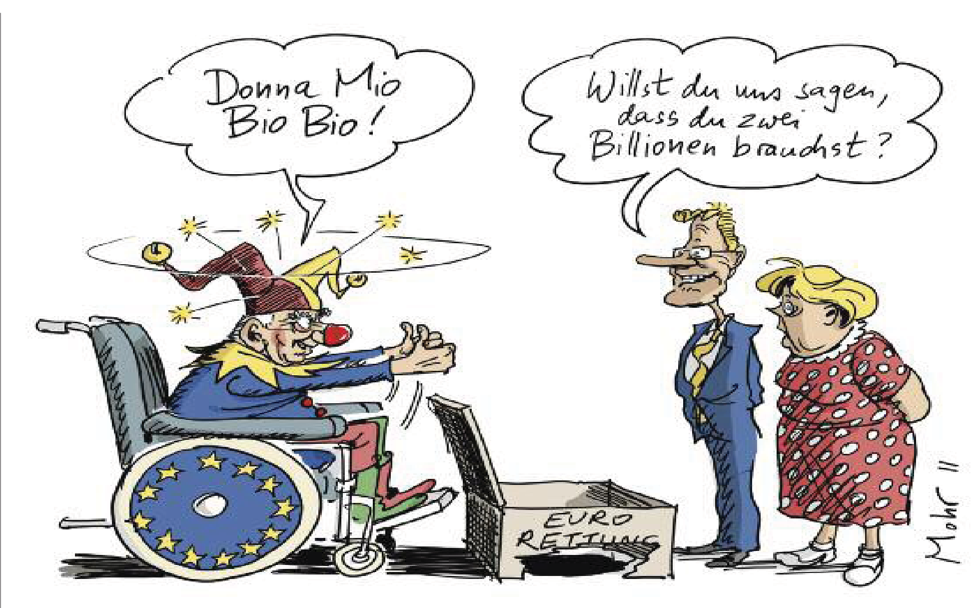
Brüsseler Hackordnung

Eigensinnig und nicht leicht zu gängeln war sie ja schon immer, die Unternehmensberaterin und Diplomatentochter **Silvana Koch-Mehrin**. Immer mal wieder löckt sie verbal wider den Stachel, ohne sich groß zu sorgen, wen sie verprellen könnte. Weder eine kaufmännische noch sehr diplomatische Einstellung, aber sei's drum.

Den Personenkult, den EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso um sich entfaltet, bezeichnete sie vor einem Jahr als „Größenwahn“. Als Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl 2009 fand sie das Glühbirnenverbot „undemokratisch“, fühlte sich an „Sozialismus“ erinnert. Die EU dürfe ihre Kompetenzen nicht überschreiten, „weniger Bürokratie, weniger Verordnungen“ wären gut. Die 2008 beschlossene steuerliche Besserstellung ihrer EU-Parlamentskollegen wollte sie verhindern und durchsetzen, „dass wir steuerlich genauso behandelt werden wie unsere Wähler in Deutschland“. Burkas verurteilte sie als „mobile Gefängnisse“ und forderte deren Verbannung aus ganz Europa.



Mit der Elle der Politischen Korrektheit gemessen, hat sich die Europaabgeordnete im Establishment von Brüssel, wo sie seit bald 15 Jahren lebt, nicht eben beliebt gemacht. Ihr gefälliges Äußeres ruft zudem Neider(innen) auf den Plan. Die Plagiatsaffäre um ihre Doktorarbeit hat die dreifache Mutter leidlich gerupft überstanden – sie verlor im Mai alle Parteiämter und den Posten als Vizepräsidentin der Straßburger Schwatzbude. Ihre Gegner lassen jedoch nicht locker und lasten ihr nun ihre Nicht-Präsenz bei den Sitzungen des EU-Petitionsausschusses an. Die Jungen Liberalen aus ihrem Wahlkreis Karlsruhe lärmten auf der Straße und forderten ihren Mandatsverzicht. Will da jemand ihren Kopf, um selbst groß rauszukommen? *CR*



Zeichnung: Mohr

Zauberei

Wie Brüssel den Winter besiegt, warum wir die Wahrheit über den »Hebel« wohl wieder zu spät erfahren, und was Linke niemals tun / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der kommende Winter wird schon wieder so ein bitter kalter. Den Verdacht hegten wir ja schon, als wir die vielen Eicheln, Nüsse und Bucheckern im Wald gesehen haben – nach alter Weisheit ein untrügliches Zeichen dafür, dass es ganz dicke kommt. Nun aber wollen britische Forscher eine Methode entwickelt haben, mit der man solche Vorhersagen auch wissenschaftlich treffen kann. Es hat mit der UV-Strahlung der Sonne zu tun. Und aus der derzeitigen Strahlung lasse sich ableiten: Es wird wieder kalt in Nord- und Mitteleuropa.

Dagegen muss man was tun. Bloß was? Gefütterte Fäustlinge kaufen und Streusalz bunkern lindert ja bloß die Symptome. Das Beste wäre, wir fänden eine europäische Lösung für das Winterproblem. Denn nationale Alleingänge, das lehrt die leidvolle Geschichte, führen ins Verderben.

Was Brüssel gegen die garstigen Minusgrade unternehmen wird, schält sich bereits heraus: Bis spätestens Ende November sind sämtliche Thermometer im Geltungsbereich des Lissabonner Vertrages zu vernichten. Keine Thermometer, keine Minusgrade – Krise abgewendet! Quatsch? Kalt wird es auch ohne Quecksilber? Ja, schon: Aber wenn es keine Zahlen mehr gibt, die die Kälte anzeigen, dann beunruhigt sie auch niemanden mehr. Sollte dennoch einer behaupten, die Luft sei arktisch, kann man das dann als wüste Spekulation destruktiver Kräfte abtun.

Mit derselben genialen Methode will die EU bereits die Schuldenkrise bewältigen: Den Rating-Agenturen soll verboten werden, Bonitätsnoten für Länder zu verteilen, weil die immer mieseren Noten die Märkte beunruhigen. So schallt es dieser Tage aus Brüssel. Ganz ernsthaft. Die Logik ist die gleiche wie beim Thermometer-Zerschlagen gegen die Kälte.

Solche Wundertaten häufen sich in Brüssel. Die Erfahrenen unter uns ahnen, woher der neue Wunderglaube rührt: Ältere Deutsche erinnern sich gut daran, dass die Aussichten schon einmal immer phantastischer wurden in dem Maße, wie der Zusammenbruch näherrückte. Waren auch ziemlich kalte Winter damals.

Heute erzählt man uns immer märchenhaftere Dinge über den sogenannten Rettungshebel, der alle Gefahren wegblasen werde: Da schießen mit einem majestätischen Knall Milliarden und Billionen aus dem nebligen Nichts, retten mal eben den halben Kontinent und verschwinden danach ebenso kostenlos, wie sie erschienen sind. David Copperfield kann einpacken! Als nächstes lernen Europas Schweine fliegen.

Und wenn das mit dem Hebel nur ein Trick ist? Dann muss er tatsächlich gut sein: Berlin scheint wirklich zu glauben, dass sich das Haftungsrisiko für die deutschen Steuerzahler um keinen Cent erhöht, wenn wir aus 440 Milliarden Euro Rettungsgeld im Handumdrehen Billionen machen. Oder lügen die uns etwa an? Ach nein, vielleicht haben sie bloß vergessen, uns irgendein Detail mitzuteilen, welches das Unerklärliche erklärlich machen würde.

> Seehofer kennt alle Gründe, warum Pofalla so unbeliebt ist. Jetzt kennt er noch einen dazu

Womöglich ist diese entscheidende Information auch einfach nur irgendwo hängengeblieben und taucht dann genau in dem Moment wieder auf, wenn nichts mehr zu ändern ist. So läuft das in Europa-Sachen ja dauernd.

Was soll's, gelegentlich stockt der Informationsfluss eben, da kann man nichts machen. Vor allem, wenn man an die Schleusen des Flusses einen Fachmann gesetzt hat wie Kanzleramtsminister Ronald Pofalla. Der redet eigentlich gern und kann vieles sagen. In Gegenwart seiner Chefin fällt ihm laut Berliner Flurfunk indes nie viel mehr ein als das Wörtchen „Ja“.

Von Ja-Sagern umgeben zu sein schafft eine gewisse Ruhe im Büro. Kanzlerin Merkel legt, wie es heißt, großen Wert auf hundertprozentige Gefolgschaft, weshalb ein anderes Wort als „Ja“ schnell zum Verlust ihrer Gunst führen kann. Auf die ist Pofalla aber angewiesen, weil er draußen im Getümmel nicht sonderlich beliebt ist, was Gründe hat, die wir nicht weiter erläutern müssen. Horst Seehofer kennt sie alle und jetzt noch einen dazu. Tagelang randalierte der CSU-Chef durchs Unterholz der Koalition, weil ihn Pofalla nicht in die Steuerpläne von CDU und FDP eingeweiht hatte, die der Schäuble mit dem Rösler dann ohne Seehofers Wissen verkündet hat.

Es sei alles ein schreckliches „Missverständnis“, versuchen Merkels Leute den Rasenden zu zähmen. Das ist Seehofer denn doch ein bisschen zu allgemein, weshalb er sich davon auch nicht wirklich beruhigen lässt.

Wie das fatale „Missverständnis“ entstanden ist, kann sich jeder denken, der den Minister Pofalla genauer beobachtet hat. Wir haben die Szene deutlich vor Augen: Merkel und Pofalla im Kanzleramt. Merkel: „Schönes Wetter heute?“ Pofalla: „Ja, Frau Bundeskanzlerin.“ Merkel: „Manchmal frage ich mich, warum ich so eine Knalltüte wie Sie eigentlich ernähre. Fragen Sie sich das nicht auch?“ Pofalla: „Ja, Frau Bundeskanzlerin.“ Merkel: „Ach ja, haben Sie dem Seehofer eigentlich das mit den Steuersenkungen erzählt?“ Pofalla läuft fleckig an, murmelt leise „verdammt, verdammt“. Merkel: „Was haben Sie gesagt?“ Pofalla: „Jjjjja, Frau Bundeskanzlerin.“ Merkel, misstrauisch geworden: „Und? Was hat er geantwortet?“ „Ja, Frau Bundeskanzlerin.“ „Na, dann machen Sie sich mal nützlich, Sie Pfeife, und sagen Rösler und Schäuble, sie sollen das an die Presse geben.“ „Ja, ...“

Von da an ging's bergab: Man mochte den Eindruck gewinnen, da fürchtet jemand, die dauernden Euro-Streitereien könnten den Gassenhauer „Koalitionskrach“ von der Bühne verdrängen. Denn in der Sache sind sich CDU und FDP mit der CSU ja vollkommen einig: Pünktlich zum Wahljahr muss eine kleine Steuerentlastung her. Es ist also ein ganz und gar „reiner“ Streit, Kunst um der Kunst willen.

Das wenigstens ist ja mal ein Grund zum Aufatmen in dieser chaotischen Zeit. Einen weiteren Grund zum Aufatmen lieferte die Berliner Polizei: Endlich hat sie einen der Serienbrandstifter gefasst, welche die vielen Autos abfackeln. Erleichterung löste vor allem die Diagnose aus, dass es sich bei dem 27-Jährigen nicht um einen Linksextremisten handelt. Er sei unpolitisch und habe bloß aus Abneigung gegen Leute gezündelt, die einer höheren sozialen Schicht angehören als er.

Eine interessante Neuigkeit, insbesondere, wenn man sie zu Ende denkt: Wenn Klassenhass nichts mehr mit Linksextremismus zu tun hat, ist dann Rassenhass auch nicht mehr rechtsextrem? „Der Täter ist als unpolitisch einzustufen. Er handelte nämlich nicht aus rechtsextremem Gedankengut heraus, sondern nur aus Abneigung gegen Leute, die anderen ethnischen Gruppen angehören als er.“

Gegen einen linken Hintergrund bei den Brandstiftungen spricht laut Berliner Polizei auch, dass bei den Feuern Menschenleben gefährdet wurden – etwa, wenn die Flammen auf Wohnhäuser übergriffen. Ein Kriminalbeamter zur „Welt“: „Es war klar, dass diese Taten nicht auf das Konto von Linksextremisten gehen, diese würden den Tod Unschuldiger nicht in Kauf nehmen.“

Eine tröstliche Einsicht. Allerdings müssten wir uns wohl ganz neu darüber verständigen, was wir mit dem Wort „Unschuldiger“ eigentlich meinen. Vor allem einige Leute mit Familiennamen wie Ponto, Schleyer oder Buback, Karry, Herrhausen oder Rohwedder dürften sich brennend für die Antwort interessieren.

Ach was, ist doch ganz einfach: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Das kann man auf jeder Antifa-Plattform nachlesen. Insofern handelt es sich bei den von den Linken als „Faschisten“ entlarvten Zeitgenossen grundsätzlich nicht um Unschuldige, sondern um Verbrecher. Und die mit den genannten Familiennamen waren allesamt Handlanger und Profiteure des faschistischen Schweinesystems, wie unser Staat von den Fortschrittlichsten der Fortschrittlichen getauft wurde. Endlich hat das auch die Polizei kapiert.

MEINUNGEN

Der isländische Neurologe ***Kári Stefánsson*** *erklärt in der Internet-Zeitung „Neugier.de“, warum er mit den* ***Deutschen nicht zurechtkommt****:*

„Wenn man sich eine Nation wie die Deutschen ansieht – eine sehr gebildete Nation relativ kluger Menschen –, so lebt sie immer noch im Schatten des Zweiten Weltkrieges. Deshalb ist jeder so bemüht, sich politisch korrekt zu verhalten. Deswegen wirkt das Verhalten der Deutschen in vielerlei Hinsicht so unnatürlich. Sie sind ... ziemlich verklemmt. Adolf hat sie immer noch fest im Griff.“

Der ehemalige EZB-Chefvolkswirt ***Otmar Issing*** *warnt im „Handelsblatt“ (21. Oktober) vor* ***Inflation****:*

„Der Vertrag über die Währungsunion verbietet eindeutig eine monetäre Finanzierung der öffentlichen Hand. Wer erwägt, dieses Verbot aufzuheben, öffnet der Politik den Zugang zur Notenpresse. Es genügt ein Blick in die Währungsgeschichte – zumal die Deutschlands –, um die unvermeidlichen Folgen zu ermessen.“

Euro-Leid und Euro-Lyse

*Der Rettungsschirm, zwar aufgestockt,
ist selber in Bedrängnis –
weil im Konzept
bereits verbockt
aus Panik vorm Verhängnis.*

*Denn das, worum es letztlich geht,
ist nicht geborgter Glitzer,
es ist vielmehr die Bonität
der Tripel-A-Besitzer.*

*Und steht da einer
unter Druck,
kommt schnell ein A abhanden –
doch auch beim Schirm ist
ruckezuck
das Tripel-A zuschanden!*

*Was könnte sonst der Ausweg sein,
wie raus aus Sumpf und Nebel?
Da fiel wem Archimedes ein,
der Grieche mit dem Hebel:*

*Der meinte einst ja klipp und klar,
er könnt' per Hebel eben
die ganze weite Welt sogar
aus ihren Angeln heben.*

*Und wenn sie auszuhebeln ist,
so scheint man nun zu denken,
dann klappt es wohl, mit Hebel-List
sie wieder einzurenken!*

*Nur leider hat's zu kurz gefunkt:
Der Alte sagte nämlich,
Bedingung sei ein fester Punkt,
denn ohne den wär's dämlich.*

*Ob so, ob so, als Fakt besteht
bei dem, was grad im Gange:
Am kürzern Hebelarm gerät
erst recht man in die Zange!*

*Was also tun fürs Tripel-A
am Rande des Infarktes?
Probiert's mal in Amerika,
dem Hort des freien Marktes:*

*Ihr könntet dort auf einen Streich
– statt euch das Haar zu raufen –
mit Hebel-Milliarden gleich
die A-Verkäufer kaufen!*

*Ihr Hebler aber macht jetzt gar
den Schirm zur „Feuermauer“ –
ihn, der verstockt verdoppelt war!
Gibt's ärgere Kalauer?*

*Schafft besser ihn zur Prosektur,
den Balg, den ruinösen –
es kann doch Euro-Lyse nur
vom Übel uns erlösen!*

Pannonicus